



# Plenarprotokoll

## 117. Sitzung

Kiel, Freitag, 28. Mai 2004

<b>Lage der öffentlichen Finanzen</b> .....	9086		
Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 15/3431		Beschluss: Antrag Drucksache 15/3431 für erledigt erklärt.....	9107
Dr. Ralf Stegner, Finanzminister .....	9086	<b>Erhalt der Tarifautonomie im öffent- lichen Dienst</b> .....	9107
Martin Kayenburg [CDU] .....	9090	Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 15/3433	
Lothar Hay [SPD] .....	9093	Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 15/3480	
Dr. Heiner Garg [FDP].....	9095, 9102	Dr. Ralf Stegner, Finanzminister .....	9108, 9114
Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	9097	Thomas Rother [SPD].....	9109
Anke Spoorendonk [SSW].....	9100	Monika Schwalm [CDU] .....	9110
Heide Simonis, Ministerpräsidentin.....	9103	Dr. Heiner Garg [FDP] .....	9111
Rainer Wiegard [CDU] .....	9104	Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	9112
Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	9106		

Anke Spoorendonk [SSW].....	9113	Joachim Behm [FDP].....	9136
Beschluss: 1. Überweisung des Absatzes 1 des Antrages Drucksache 15/3433 an den Innen- und Rechtsausschuss		Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	9137
2. Überweisung der Nummer 2 des Antrages Drucksache 15/3480 an den Innen- und Rechtsausschuss.....	9114	Anke Spoorendonk [SSW].....	9139
<b>Zukunft der Provinzial Nord Ver- sicherungsgruppe mit Sitz in Kiel</b> .....	9115	Beschluss: Antrag Drucksache 15/3437 für erledigt erklärt.....	9140
Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 15/3409		<b>Zweite Lesung des Entwurfs eines Ge- setzes zur Änderung des Landesver- waltungsgesetzes</b> .....	9141
Bericht der Landesregierung Drucksache 15/3460		Gesetzentwurf der Fraktion der CDU Drucksache 15/2730	
Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 15/3466		Bericht und Beschlussempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses Drucksache 15/3440	
Dr. Bernd Rohwer, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr .....	9115	Monika Schwalm [CDU], Bericht- erstatteerin.....	9141
Hans-Jörn Arp [CDU] .....	9116	Beschluss: Verabschiedung .....	9141
Dr. Heiner Garg [FDP].....	9117	<b>Zweite Lesung des Entwurfs eines Ge- setzes zur Änderung des Landesbeam- tengesetzes und anderer Gesetze</b> .....	9141
Ursula Kähler [SPD] .....	9118	Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 15/3122	
Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	9120	Bericht und Beschlussempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses Drucksache 15/3443	
Anke Spoorendonk [SSW].....	9120	Monika Schwalm [CDU], Bericht- erstatteerin.....	9141
Beschluss: Überweisung des Berichts der Landesregierung an den Finanzaus- schuss und den Wirtschaftsausschuss .	9121	Beschluss: Verabschiedung .....	9141
<b>Gemeinsame Agrarpolitik der EU sinn- voll umsetzen</b> .....	9121	<b>Zweite Lesung des Entwurfs eines Ge- setzes zur Förderung der rechts- verbindlichen elektronischen Kommuni- kation in der Verwaltung</b> .....	9141
Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 15/3436		Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 15/2938	
Günther Hildebrand [FDP].....	9121, 9128	Bericht und Beschlussempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses Drucksache 15/3445	
Friedrich-Carl Wodarz [SPD] .....	9123	Monika Schwalm [CDU], Bericht- erstatteerin.....	9141
Claus Ehlers [CDU] .....	9123	Beschluss: Verabschiedung .....	9141
Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	9124	<b>Zweite Lesung des Entwurfs eines Ge- setzes zur Förderung der rechts- verbindlichen elektronischen Kommuni- kation in der Verwaltung</b> .....	9141
Lars Harms [SSW] .....	9126	Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 15/2938	
Klaus Müller, Minister für Umwelt, Naturschutz und Landwirtschaft.....	9127	Bericht und Beschlussempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses Drucksache 15/3445	
Beschluss: Ablehnung.....	9129	Monika Schwalm [CDU], Bericht- erstatteerin.....	9141
<b>Europapolitik ist Landespolitik</b> .....	9129	Beschluss: Verabschiedung .....	9141
Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 15/3437		<b>Erste Lesung des Entwurfs eines Ge- setzes zur Verbesserung der Sicherheit in den schleswig-holsteinischen Hafenan-</b>	
Heide Simonis, Ministerpräsidentin .....	9129		
Ulrike Rodust [SPD] .....	9132		
Manfred Ritzek [CDU] .....	9134		



**Beginn: 10:03 Uhr**

**Vizepräsident Thomas Stritzl:**

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich wünsche Ihnen allen einen schönen guten Morgen und eröffne die Sitzung. Auf der Tribüne darf ich Lehrerinnen und Lehrer, Schülerinnen und Schüler der Klaus-Groth-Schule aus Neumünster im Schleswig-Holsteinischen Landtag herzlich willkommen heißen.

(Beifall)

Ich darf bekannt geben, dass die Abgeordneten Christel Aschmoneit-Lücke und Bernd Schröder erkrankt sind. Wir wünschen beiden von dieser Stelle aus gute Besserung.

(Beifall)

Die Abgeordneten Frauke Tengler, Roswitha Strauß, Claus Hopp, Jost de Jager und Wolfgang Kubicki sind beurlaubt. Am Nachmittag wird Frau Bildungsministerin Erdsiek-Rave wegen der Rektoratsübergabe an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel dienstlich abwesend sein. - So weit zu den geschäftsleitenden Bemerkungen. Wir treten jetzt in die Tagesordnung ein.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 23 auf:

**Lage der öffentlichen Finanzen**

Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS  
90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 15/3431

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Mit diesem Antrag wird ein mündlicher Bericht in dieser Tagung erbeten. Soll darüber abgestimmt werden, ob ein solcher Bericht in dieser Sitzung zu geben ist?

(Holger Astrup [SPD]: Herr Präsident, ich erlaube mir darauf hinzuweisen, dass genau dies von uns gefordert und gleich umgesetzt wird! - Zurufe)

- Herr Kollege, ich darf Sie aus gemachter Erfahrung darauf hinweisen, dass Sie es waren, der einmal bei einem Berichtsantrag darauf bestanden hat, darüber abzustimmen, ob ein Bericht gegeben werden soll. Deswegen möchte ich der Form genügend fragen, ob eine Abstimmung darüber gewünscht wird. - Das wird gewünscht. Wer zustimmen möchte, dass die Regierung in der heutigen Sitzung einen mündlichen Bericht abgibt, den darf ich um sein Handzeichen bitten. - Gegenprobe! - Stimmhaltungen? - Das wird vom Hause einstimmig so gewollt. Ich darf Einvernehmen darüber herstellen, dass wir zunächst der Landesregierung das Wort zur Berichterstattung ertei-

len. Für die Landesregierung hat der zuständige Finanzminister Dr. Stegner das Wort.

**Dr. Ralf Stegner, Finanzminister:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordneten! Am 29. April hat der Oppositionsführer im Landtag die **Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts** in Schleswig-Holstein mit deutlichen Worten beschrieben. Am darauf folgenden Tag vor der Presse galt das nicht mehr, ging es doch darum, eine nutzlose und überflüssige Verfassungsklage der CDU gegen den Landeshaushalt zu begründen.

Die bescheidenen Prognosen über das Wirtschaftswachstum und die extreme Korrektur der vorjährigen Steuerschätzung nach unten sowie die Arbeitslosenzahlen bestätigen die Auffassung der Landesregierung und der Mehrheit hier im Landtag, dass die Auswirkungen dieser nachhaltigen Störung nach jahrelanger Stagnation nicht durch simples Wegsparen aufzufangen sind.

Für Deutschland insgesamt sind die **Steuereinnahmen 2003** um gerade einmal 0,1 % gestiegen.

(Werner Kalinka [CDU]: Der hat von nichts Ahnung!)

- Lieber Herr Kalinka, Sie schaffen es jedes Mal, das Niveau Ihrer Zwischenrufe zu unterbieten. Das finde ich bemerkenswert.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In Deutschland insgesamt sind die Steuereinnahmen 2003 um gerade einmal 0,1 % gestiegen; dieses Jahr sollen es 0,3 % sein. Das ist weniger als die Inflation.

(Zurufe)

Die jüngste **Steuerschätzung** hat für Schleswig-Holstein zwar gezeigt, dass wir dank vernünftiger Planungen der Landesregierung dieses Jahr wohl noch mit einem dunkelblauen Auge davonkommen werden. In den nächsten Jahren aber haben wir mit Haushaltsrisiken beziehungsweise Deckungslücken durch Steuerausfälle von über 450 Millionen € pro Jahr zu rechnen, wenn nichts geschieht.

(Rainer Wiegard [CDU]: Das sind Steuerplanungs Ausgaben!)

Das bedeutet für Schleswig-Holstein, dass die Einnahmen erst 2007 wieder das Niveau von 2000 erreichen werden.

**(Minister Dr. Ralf Stegner)**

Die gewaltigen Steuereinbrüche sind aber kein schleswig-holsteinisches Phänomen, sondern ein Problem, welches alle Länder - wenn auch in unterschiedlichen Ausmaßen - trifft. Sparen allein reicht nicht. Damit wir uns nicht falsch verstehen - weil Sie das so gern falsch zitieren -: Wenn wir uns in eine hemmungslose Verschuldung im Sinne einer „Nach-uns-die-Sintflut-Politik“ oder eines allzu großzügigen Umgangs mit den Verfassungsnormen flüchten, versagen wir bei unserer Verantwortung gegenüber unseren Kindern und Enkeln, denn wir dürfen ihnen die Gestaltungsspielräume nicht entziehen, die wir für uns selbst reklamieren.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deshalb ist es schon bemerkenswert, wenn der niedersächsische Ministerpräsident Wulff mal eben so nonchalant ankündigt, über mehrere Jahre die Verfassungsgrenze reißen zu wollen. Seine Forderung nach einem nationalen Entschuldungspakt à la Maastricht wäre glaubwürdiger, wenn die Bundesratsmehrheit endlich aufhörte, von Subventionsabbau zu reden, aber jeden konkreten Schritt zu boykottieren.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Konstruktive Mitarbeit ankündigen, aber beharrlich Sand ins Getriebe werfen - das ist Sonthofen verdeckt à la Merkel und Co. So kommen wir im Lande nicht weiter.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie kann bei dieser schwierigen Lage ein wirksamer Lösungsansatz für die gewaltigen Finanzprobleme aussehen? Wir setzen auf einen Dreiklang aus **Konsolidieren, Investieren** für Wachstum, Beschäftigung und Zukunftsfähigkeit sowie entschlossene **Struktur-reformen**. Ich will das im Folgenden an vier Punkten ausführen.

(Rainer Wiegard [CDU]: Neue Behörden!)

Erstens. Wir haben uns sowohl im Landeshaushalt als auch auf Bundesebene zu unpopulären Einsparungen durchgerungen. Wer vom Ende des Sparens redet, verkennt die Wirklichkeit. Wir wollten die Ministerialbürokratie abbauen und waren erfolgreich. Wir haben in den Personaletats gekürzt und zugleich die Unterrichtsversorgung und die Polizei gestärkt. Wir haben die Arbeitzeit für Beamte verlängert und die ersten Gehaltskürzungen im öffentlichen Dienst seit 1949 durchgesetzt.

CDU und FDP haben diese und andere Einschnitte ständig abgelehnt, auch wenn der freundliche ältere Herr von der Westküste im Fernsehen das Gegenteil behauptet.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben mehrfach bei den Förderprogrammen gekürzt und selbst ASH nicht ausgenommen. Wir haben das SHMF nicht ausgenommen, wir haben das Blindengeld gekürzt. Wenn ich mich nur an ein Förderprogramm erinnern könnte, dessen Kürzung Sie öffentlich mit vertreten haben!

(Werner Kalinka [CDU]: Was?)

Mark Twain hat einmal gesagt: „Feigheit ist der wirksamste Schutz gegen die Versuchung.“

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Der Versuchung, Verantwortung für das Gemeinwesen zu tragen, hat sich diese Opposition allen verbalen Bekundungen zum Trotz konsequent entzogen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben die Vorschläge von Koch/Steinbrück unterstützt, oft schweren Herzens, aber in dem Bewusstsein - -

(Zurufe von der CDU)

Sehr geehrter Herr Präsident, es wäre sehr schön, wenn ich auch einmal so reden könnte, dass man mich im Hause versteht.

(Zuruf von der CDU: Nur Mut! - Weitere Zurufe von CDU und FDP)

- Das Einzige, was Sie schaffen, ist die Auseinandersetzung mit dem Kehlkopf. Ich habe Ihnen das schon ein paar Mal gesagt. Mit dem Kopf schaffen Sie es nicht. Sie können es nur mit dem Kehlkopf.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben die **Vorschläge** von Koch/Steinbrück unterstützt, oft schweren Herzens, aber in dem Bewusstsein der Notwendigkeit solcher **Einsparungen**. Sie halten es mit St. Florian, egal wo. Nach den Steuer-senkungen von mehr als 55 Milliarden € für die Bürgerinnen und Bürger und die Unternehmen stehen wir dazu, Pendlerpauschale und Eigenheimzulage zu kürzen. Sie haben davon noch nie gehört und Herr Koch scheint Sozialdemokrat zu sein. Wir stehen dazu, die Steuervorteile für Lebensversicherungen abgebaut zu haben. Ihre Freunde in Berlin haben

**(Minister Dr. Ralf Stegner)**

vorgestern im Vermittlungsausschuss selbst dem Kompromiss mehrheitlich die Zustimmung verweigert.

Zweitens. Allen Unkenrufen zum Trotz hat das Land enorme Anstrengungen unternommen, auch über **Investitionen** die wirtschaftliche Entwicklung im Land zu stärken. Der viel gescholtene Verkauf der Landesliegenschaften bewirkt Renovierungsarbeiten in einem Ausmaß, das sonst nicht möglich gewesen wäre. Sie in der Opposition waren dagegen, Herr von Beust kopiert gerade das erfolgreiche schleswig-holsteinische Modell, Herr Wiegard. Wir haben ein 100 Millionen € schweres Zukunftsinvestitionsprogramm für Wirtschaft und Beschäftigung aufgelegt, das in schwieriger Zeit die Wirtschaft vor Ort stützt. Ihnen fällt nichts Besseres ein, als das lächerlich zu machen. Sagen Sie das einmal einem Handwerker, der deswegen einen Auftrag erhalten hat.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sagen Sie den Beschäftigten von HDW, wie unwichtig ihr Arbeitsplatz ist. Herr Kubicki und Herr Graf Kerksenbrock, erklären Sie doch gleichzeitig, warum Sie keine Gewerbesteuer zahlen wollen. Das passt doch alles nicht zusammen, meine sehr verehrten Damen und Herren!

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben einen Kraftakt gewagt. Wir haben einen Investitionsfonds vorgelegt, einen Hochschulpakt geschlossen und unsere **Investitionen in Bildung und Ausbildung** erhöht; denn die Zukunft unseres Landes liegt nicht im Wettbewerb um die niedrigsten Löhne oder den Abbau von Arbeitnehmerrechten, wie es die CDU will, sondern in den Köpfen unserer Kinder. Das ist ein Gebot sozialer Gerechtigkeit und ökonomischer Vernunft.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

All das hätte höher ausfallen können, wenn wir einen Goldesel hätten. Den haben wir aber nicht. Und von Märchen redet hier nur die Opposition. Ich sage Ihnen aber auch: Ich drücke Ihnen die Daumen und bin ganz zuversichtlich, dass Sie die Wahlen im nächsten Jahr verlieren werden, weil Sie ansonsten zugeben müssten, dass Ihre schöne Wunderlampe nicht von Aladin stammt, sondern verrostet in Strande oder Eiderstedt angeschwemmt worden ist. Ihr Kaiser hat nämlich keine Kleider, meine sehr verehrten Damen und Herren!

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Niedersachsen kürzt seine Investitionen um 20 %, Baden-Württemberg kürzt sie um 14 %, das Saarland kürzt sie um 4 %. Schleswig-Holstein hält seine Investitionsquote, die geringer ist, als ich mir das wünsche, aber wir halten sie wenigstens einigermaßen konstant und kürzen nur um 1,4 %.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zurufe von der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, unser zukünftiger Bundespräsident, Ihr Kandidat, auf den Sie so stolz sind, hat ein Land der Ideen proklamiert.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Er ist nicht Kandidat, er ist Präsident!)

- Er war Ihr Kandidat. Ich habe gesagt: unser zukünftiger Präsident. Wenn Sie zugehört hätten, wäre Ihnen das nicht entgangen.

(Dr. Ekkehard Klug [FDP]: Er ist schon gewählt! - Zurufe von der CDU)

- Ich wiederhole meinen Satz: Unser zukünftiger Bundespräsident hat ein Land der Ideen proklamiert. Der Vorschlag einer Haushaltssanierung durch den Verkauf der HSH-Nordbank-Anteile stammt eher aus dem blau-gelben Land der Schnapsideen.

(Zurufe von CDU und FDP)

Und was ist mit den Ideen von Ihnen? - Fehlanzeige, außer Kürzungen bei den Schwächsten. Jagdsteuer abschaffen, aber Sozialleistungen kürzen. Kürzen bei den Jüngsten. Das Land tut mehr für Kindergärten, die schwarz-regierten Kommunen kürzen, die Elternbeiträge sollen erhöht werden.

(Zurufe von der CDU)

Sie kürzen bei der Zukunft. Was ist aus Ihren großspurigen Bildungsreformmankündigungen geworden?

(Klaus Schlie [CDU]: Eine Witzfigur sind Sie!)

- Ach, Herr Schlie, schauen Sie in den Spiegel!

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das mögen Sie nicht so gern; das verstehe ich. - Milliarden schwere Steuersenkungen für Besserverdienende, Abschaffung des Solidaritätsprinzips in der Krankenversicherung und gleiche Kopfpauschalen für Krankenschwestern und Chefarzte. Sie hoffen, dass Sie ohne Ideen, ohne Alternativen, ohne gescheitertes Personal sozusagen die Windfall Profits der allgemei-

(Minister Dr. Ralf Stegner)

nen Stimmungslage ernten. Das kommt die Bürger teuer zu stehen. Oder frei nach Köhler: Gott schütze Schleswig-Holstein vor solchen Vorschlägen!

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zurufe von der CDU)

Wen soll das wundern, wo Sie doch Ihre Orientierung in der Vergangenheit suchen und sich vor einem breiten Fernsehpublikum beim Parteitag den unseligen Herrn Barschel zum erfolgreichen Regierungschef hochgeklatscht haben. Nein, Ideenwettbewerb ist das nicht, meine sehr verehrten Damen und Herren!

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben auf **strukturellere Reformen** gesetzt, die die Effizienz verbessern, die die Verwaltung schlagkräftiger machen. Viele Beispiele hat Herr Hentschel hier vor wenigen Wochen vorgetragen. Ich will das mit Blick auf die Zeit nicht alles wiederholen.

Wir haben auch auf Bundesebene die **Reformen auf dem Arbeitsmarkt** unterstützt und vorangetrieben. Durch die unmittelbar haushaltswirksamere Revisionsklausel bei Hartz IV sind die Finanzfragen für die Kommunen gelöst. Das hat Ihr Landesvorsitzender nur nicht verstanden. Nun versuchen Sie zulasten der betroffenen Menschen und der Kommunen nach der Devise Biedermann und die Brandstifter Chaos anzurichten. Das ist verantwortungslos und wird unsere Haushalte nicht in Ordnung bringen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zurufe von der CDU)

Wir haben die Einführung der privaten Vorsorge in der Rentenversicherung unterstützt und trotz schwieriger Kompromisse, von denen Sie sich örtlich auch wieder davonestehlen wollen, das Kostendämpfungsgesetz im Gesundheitswesen mitgetragen.

**Vizepräsident Thomas Stritzl:**

Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Heiner Garg?

**Dr. Ralf Stegner**, Finanzminister:

Mit dem größten Vergnügen, Herr Präsident.

**Dr. Heiner Garg** [FDP]: Herr Minister Dr. Stegner, würden Sie mir sagen, wann Sie mit dem Bericht beginnen, den Sie dem Landtag vortragen wollten?

(Beifall bei FDP und CDU)

- Sehr geehrter Herr Abgeordneter Dr. Garg, ich weiß nicht, ob das in der Finanzwissenschaft vorkommt,

die Sie studiert haben. Aber die Haushaltsprobleme eines Landes bestehen auch aus der Frage, wie die Rahmenbedingungen sind, die diesen Haushalt beeinflussen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich habe darauf hingewiesen, wo wir kürzen und wo Sie immer Nein sagen, sehr verehrter Herr Abgeordneter. Sie auf dieser Seite fordern immer nur, aber jedes Mal, wenn es ernst wird, dann kneifen Sie und sind feige.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zurufe von der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich habe Ihnen, soweit es die Zeit erlaubt hat, Teile dessen vorgestellt, was die schleswig-holsteinische Landesregierung zu den Reformen und zur Konsolidierung beigetragen hat. Wir müssen und werden dies weiter fortführen. Die aktuellen positiven Wachstumswahlen sind ein Hoffnungsschimmer - -

(Zurufe von der CDU)

- Sie müssen ja richtig Spaß haben, wenn Sie hier so lärmern!

(Lachen bei CDU und FDP)

Das zeigt, dass Sie nicht mal Opposition können, muss ich Ihnen sagen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zurufe von CDU und FDP)

Wir müssen und werden dies fortführen. Die aktuellen Wachstumswahlen sind ein Hoffnungsschimmer, aber weder eine Entwarnung noch ein Anlass, jetzt noch stärker auf die Ausgabenbremse zu treten und die schwache Konjunktur abzuwürgen. Der staatliche Konsum ist im ersten Quartal um 1,2 % zurückgegangen. Wenn die Bürger nur so viel sparen würden wie im Durchschnitt der letzten Jahre, gingen 30 Milliarden € mehr in den privaten Konsum.

Wir werden deswegen die Verwaltungsstrukturreform vorantreiben. Ich möchte Sie bitten, auch dann in Ihren Wahlkreisen dafür zu werben, wenn das heißt, Behördenstandorte zusammenzulegen. Wir werden den Subventionsabbau weiter unterstützen. Wir werden unsere Steuerreform weiter vorantreiben, weil wir für ein einfaches, gerechtes und effizientes Steuersystem sind,

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**(Minister Dr. Ralf Stegner)**

das die gesellschaftlichen Grundprobleme löst und die demographische Entwicklung aufgreift, indem es Arbeit entlastet und Familien mit Kindern besser fördert. Nur so können wir den Teufelskreis endlich angehen, der hinter unseren **Finanzproblemen** steht, nämlich zu geringe Steuer- und Beitragseinnahmen, zu hohe Sozialtransferkosten, zu viel Bürokratie und zu wenig Mut zur Veränderung. Wir werden aber auch dort die Einnahmen stärken, wo es sinnvoll ist. Wir werden anders als Sie den Kommunen helfen und die Kommunalsteuer zur Stärkung der Investitionskraft vorantreiben.

(Lachen bei CDU und FDP)

Und wir wollen die Erbschaften gerechter besteuern, wie das unsere Nachbarn tun.

Lassen Sie mich abschließend sagen: Einfache Lösungen sind falsche Lösungen. Kurzfristig wirkende Wundermittel gibt es nicht. Was nötig ist, ist Ehrlichkeit und harte Arbeit.

(Beifall bei CDU und FDP - Zuruf von der CDU: Jawohl!)

Dieses Land ist bei der Ministerpräsidentin und dieser Koalition in guten Händen. Ich bin zuversichtlich, dass wir durch Sparen, Investitionen in die Zukunft und mutige Strukturreformen den Weg aus der Finanzkrise schaffen werden. Wir sind dazu bereit, mit Ihnen, wenn Sie endlich Ihre Verantwortung übernehmen, aber auch ohne Sie, wenn es sein muss. Wir werden die Krise erfolgreich bekämpfen, damit die Menschen nicht dauerhaft schwarz sehen müssen.

(Lebhafter anhaltender Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Lebhaftes Zurufe von der CDU)

**Vizepräsident Thomas Stritzl:**

Ich darf um ein bisschen Ruhe bitten. Nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung verweise ich darauf, dass sich die Redezeit für jede Fraktion nunmehr um drei Minuten verlängert hat, sofern davon Gebrauch gemacht werden soll.

Wir treten jetzt in die Aussprache ein. Ich erteile dem Oppositionsführer und Vorsitzenden der CDU-Landtagsfraktion, dem Herrn Abgeordneten Martin Kayenburg, das Wort.

**Martin Kayenburg [CDU]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Minister, es gibt ein altes Volkssprichwort, das heißt: Wer schreit, hat Unrecht.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU - Lachen bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Da kann ich nur sagen, das stimmt in jedem Fall. Wissen Sie, Sie haben mich eine ganze Zeit an Matthias Richling erinnert, der hat allerdings ein bisschen mehr Niveau. Ich würde vorschlagen, dass Sie nach dem 20. Februar 2005 Ihr Stimmvolumen vielleicht auf dem Hamburger Fischmarkt ausprobieren, aber nicht mehr hier im Parlament.

(Beifall bei der CDU)

Dennoch möchte ich mich ausdrücklich dafür bedanken - auch wenn Sie trotz der Überziehung Ihrer Redezeit um drei Minuten überhaupt nicht zur Sache gekommen sind -, dass die SPD diesen Antrag gestellt hat. Damit haben wir die Chance, das Versagen dieser Landesregierung auf der ganzen Linie deutlich zu machen.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Ich möchte nur an Folgendes erinnern: Wie war das denn Mittwoch? - Murks in der Hochschulpolitik. Der Wirtschaftsminister hält eine Pressekonferenz zu Beschlüssen, die in Berlin überhaupt nicht gefasst worden sind. Das ist die Verkehrspolitik in diesem Land. Gestern, abends spät: die meisten waren ja nicht mehr da, aber die Erfolglosigkeit der Wirtschaftspolitik wurde mehr als deutlich. Keine Ergebnisse, nur Theorien, irgendetwas von Clustern - manchmal habe ich an Pflaster gedacht, teure Pflaster und Ähnliches -, aber wirklich kein Ergebnis, Herr Minister. Und ganz peinlich war es gestern Nachmittag, als es um die Sozialpolitik ging. Meine Partei hat einen Antrag gestellt

(Konrad Nabel [SPD]: Eine Schande für dieses Haus! - Weitere Zurufe von der SPD)

- ich habe doch gesagt, wer schreit, hat Unrecht -, in dem es um eine nachhaltige Sicherung der Sozialpolitik in diesem Lande ging. Wir müssen uns da wirklich nicht verstecken. Nur Ihre sozialistischen Theorien sind schief gegangen.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU - Widerspruch bei der SPD)

Wenn sich dann hier jemand hinstellt, Frau Sozialministerin, und von politischer Brandstiftung redet, kann ich nur sagen: Das war bisher nicht der Stil dieses Hauses.

(Beifall bei der CDU)

Aber, Herr Minister, im Gegensatz zu Ihnen möchte ich nun wirklich zur Sache kommen. Wir sollten eigentlich über die **Lage der öffentlichen Finanzen**

(Martin Kayenburg)

hier im Land diskutieren. Und ich war wirklich gespannt, von Ihnen die kurz- und mittelfristigen Handlungsoptionen zu hören. Zu den langfristigen kommen Sie ja nicht mehr, das ist nicht so schlimm. Aber Sie haben nicht einmal kurzfristig etwas auf der Pfanne. Das ist doch Ihr Problem. Natürlich - wie nicht anders zu erwarten - waren wieder einmal die anderen schuld und eigentlich ist das alles nur ein Einnahmeproblem. Wo leben wir denn eigentlich?

Die Mai-Steuerschätzung hat Ihnen doch deutlich gemacht und amtlich bestätigt, dass der Landesrechnungshof und dass wir mit unseren Analysen Recht gehabt haben. Wir haben Ihnen doch vorausgesagt, dass wir unaufhaltsam in den Bankrott hineintreiben. Ich will Ihnen ehrlich sagen: Wir sind schon pleite und wir werden Ihnen das auch beweisen.

Nach der **Steuerschätzung** der vergangenen Woche hatten Sie ja Steuermehreinnahmen von 19,1 Millionen € festgestellt. Ich behaupte: Das sind geschönte Zahlen, Sie haben der Öffentlichkeit Sand in die Augen gestreut, Sie haben die Öffentlichkeit getäuscht. Denn - Sie sollten einmal in Ihren eigenen Umdruck hineinschauen - in Wirklichkeit haben wir nicht Steuermehreinnahmen, sondern wir haben Steuerminder-einnahmen von über 84 Millionen €, Herr Minister. Warum haben Sie diese falsche Zahl in die Welt setzen können? - Weil wir über den Länderfinanzausgleich 41 Millionen € erhalten, weil wir über Bundesergänzungszuweisungen 62 Millionen € erhalten. Das bedeutet im Klartext, in anderen Ländern wird besser gewirtschaftet und wir hängen am Tropf des Bundes und der Länder. Das sind im Regelfall CDU-geführte Länder, Herr Minister.

(Beifall bei der CDU)

Das ist nicht Kaffeesatzleserei, die wir hier betrieben haben. Wir lagen mit unserer Schätzung - das gestehe ich - noch zu niedrig, denn wir hatten 60 Millionen € gesagt. Es ist viel schlimmer, als Sie das dargestellt haben. Wenn wir dann die Prognosen der nächsten Jahre anschauen, insbesondere die Prognose 2005 bis 2007, stellen wir fest, uns werden 445 bis 490 Millionen € fehlen. Die werden wir in der Kasse weniger haben. Selbst Frau Heinold hat inzwischen zugegeben, dass das eine astronomische Summe ist. Und Sie stellen sich hier hin und sagen kein Wort dazu, wie wir mit diesen Fehlbeträgen umgehen wollen, Herr Minister.

(Beifall bei der CDU)

Aber auch das ist nur die halbe Wahrheit. Wenn man die so genannte **Steuerminder-einnahme von 2005**, die Sie eben auch wieder sachwidrig als Steuerausfall bezeichnet haben, annehmen, sind das 2005 allein

445 Millionen €. Wir haben zusätzlich - da müssen Sie uns einmal erzählen, wie Sie in diesem Haushalt, den Sie hier vorgelegt haben, überhaupt auf die Idee kommen, solche unsinnigen Annahmen zu machen - Minderausgaben von 190 Millionen €, Mehreinnahmen von 200 Millionen € und eine Nettokreditaufnahme von 540 Millionen €. Auch das Letzte haben Sie nicht eingehalten. Jedenfalls, wenn wir nur diese Zahlen nehmen, dann haben Sie für den Haushalt des nächsten Jahres ein strukturelles Defizit von 1,4 Milliarden €, Herr Minister. Da müssen Sie uns erklären, wie dieses Land damit umgehen will - und das bei lediglich 8 Milliarden € Nettoausgaben.

Herr Minister, Sie haben versagt, das Land hat kaum noch Chancen zu handeln.

(Beifall bei der CDU und des Abgeordneten  
Günther Hildebrand [FDP])

Eins verstehe ich nun wirklich nicht. Keinem fähigen Finanzminister wäre eingefallen, in dieser Situation zu sagen, es sei richtig gewesen, einen Doppelhaushalt 2004/2005 aufzustellen. Die Zahlen sind doch jetzt schon Makulatur. Dass sie Makulatur sind, wird doch nicht einmal von Ihnen bestritten. Sie wollten doch den **Doppelhaushalt**, nicht wir. Und wenn dieser Doppelhaushalt über 400 Millionen € Mindereinnahmen hat, wenn da eine Lücke von über 400 Millionen € ist, dann frage ich mich, wie Sie sich hier hinstellen und einen Nachtragshaushalt verweigern können. Das, Herr Minister, ist Ihr eigentliches Fehlverhalten. Sie missachten damit die Rechte des Parlamentes, denn wir haben ein Recht, diesen Haushalt neu zu justieren.

(Beifall bei der CDU)

Und auch das Prinzip Hoffnung, Herr Kollege Astrup,

(Holger Astrup [SPD]: Ich warte gespannt auf die Alternativen!)

kann so ein Verhalten nicht rechtfertigen. Denn auch in den Jahren 2006/2007 sieht es nicht besser aus. Da haben wir ein strukturelles jährliches Defizit von 1,2 Milliarden €. Das heißt, hier wird deutlich, dieses Land wird von dieser Regierung immer weiter und immer tiefer in die Misere hineingefahren.

(Zuruf des Abgeordneten Holger Astrup [SPD])

Sie, Herr Minister, haben dieses Land in den Dreck gefahren und wir, Herr Astrup, werden es da heraus-holen.

(Beifall bei der CDU - Zuruf von der SPD:  
Wie denn?)

(Martin Kayenburg)

Und die peinlichen Offenbarungseide - da ist ein Ansatz, was man ändern kann - machen doch geradezu deutlich, dass Sie schuld sind. Der Offenbarungseid, der hier gegeben wird, macht doch klar, wo die eigentlichen Versäumnisse liegen.

Sie diagnostizieren die Stagnation der Wirtschaft und die leider viel zu hohen Arbeitslosenzahlen. Damit haben Sie völlig Recht. Sie sagen, dass das im Haushalt erschreckend deutlich wird. Nur, wenn Sie sagen, Wachstum und Arbeitslosenzahlen, dann dokumentieren Sie damit doch auch das Versagen von Rot-Grün in Berlin und von Rot-Grün hier. Wer hat denn die Wirtschaftspolitik gemacht? Wer hat die Arbeitsmarktpolitik gemacht und wer ist für das Versagen in der Finanzpolitik verantwortlich? - Sie, Herr Stegner, und Frau Simonis mit ihrer Regierung. Ich kann nur sagen: Ein Versagen auf der ganzen Linie.

(Beifall bei der CDU)

Sie haben ja Recht, dass es da ein Versagen gibt. Ich will Sie nur daran erinnern. Wer hat denn 1998 die sachgerechte Steuerreform verhindert? Wer hat denn so ein miserables Körperschaftsteuergesetz verabschiedet?

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der FDP)

Wer verunsichert denn die Wirtschaft und die Menschen? - Sie und Frau Simonis mit dauernd neuen Steuererhöhungsvorschlägen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Und Sie verantworten diese ungerechte **Sozialpolitik**. Ich erinnere Sie an Ihre Renten- und an Ihre Gesundheitspolitik, durch die die Menschen verunsichert sind, die Sparraten steigen, kein Optimismus aufkommt und unser Land hier - das kann niemand mehr bestreiten - zum Schlusslicht geworden ist. Das ist die Politik von Rot-Grün hier in Kiel und auch in Berlin.

(Beifall bei der CDU - Zurufe von der SPD)

Und auch, wenn wir das, was Herr Stegner heute hier noch lautstärker vorgetragen hat, als Bericht zur Konsolidierung der Landesfinanzen ansehen sollen, muss ich sagen: Ich habe keinen Konsolidierungsvorschlag gesehen. Schließlich ist die Regierung zuständig, nicht wir. Wir werden konsolidieren, wenn wir die Verantwortung haben.

(Zurufe der Abgeordneten Lothar Hay [SPD] und Günter Neugebauer [SPD])

Wir stehen mit unserer **Kritik** überhaupt nicht allein. Der **Landesrechnungshof** hat gerade in den Bemerkungen des Jahres 2004 noch einmal deutlich ge-

macht, wie angespannt die Finanzlage hier im Land ist. Er hat Ihnen auch gesagt, wie es geht, Herr Minister: Das Land sei aufgefordert, endlich Maßnahmen zu ergreifen, die Neuverschuldung kurzfristig zu senken. Was ist? - Fehlanzeige.

Der Landesrechnungshof hat gesagt, Ausgangspunkt - und mindestens das hätte man bei der schlechten Finanzlage von Ihnen erwarten können - für eine nachhaltige Eindämmung der Staatsverschuldung sei eine ungeschönte Bestandsaufnahme der Situation des Landeshaushalts. - Ja, verdammt noch einmal, wo ist denn diese Bestandsaufnahme?

Dann hat er weiter festgestellt, die Ausgabenpolitik müsse sich den verminderten Einnahmen anpassen. - Nichts dergleichen.

Und abschließend hat er festgestellt, dass ohne konsequentes Umsteuern dem Land eine finanzielle und gestalterische Handlungsunfähigkeit drohe. - Und dem ist nun wirklich nichts mehr hinzuzufügen.

Der Landesrechnungshof macht auch noch einmal deutlich, dass der Schuldenberg am Ende des Doppelhaushaltes immerhin 21 Milliarden € betragen wird.

(Holger Astrup [SPD]: Bitte nur einen Vorschlag, Herr Kayenburg! - Weitere Zurufe)

- Entschuldigung, Herr Astrup. Wir haben Ihnen das vorgerechnet, uns haben Sie nicht geglaubt. Nun haben wir den Rechnungshof, der nun wirklich eine neutrale Institution ist, zitiert.

Und nun passt Ihnen das auch wieder nicht. Was wollen Sie denn? - Sie müssen doch zumindest sagen, was Sie wollen.

(Beifall bei der CDU)

Ich stelle fest: Ihre Zahlen sind so schlecht, wie ich sie hier dargestellt habe.

Schauen Sie sich die neuesten Zahlen des Statistischen Landesamtes an; vielleicht glauben Sie denen. Zum Ende des vergangenen Jahres hatten wir eine Pro-Kopf-Verschuldung von 6.763 €. Das ist das Ergebnis der Politik dieser Landesregierung. Und in der Stunde, in der wir hier reden, zahlen wir allein an Zinsen über 100 Millionen €. Das ist die Politik dieser Landesregierung.

(Holger Astrup [SPD]: Dann müssen Sie kürzer reden!)

Herr Stegner sagte, wir dürften der jungen Generation die Zukunft nicht verbauen. Verdammt noch mal, wer hat denn der **jungen Generation** die **Zukunft** verbaut? - Es gibt dafür eine politische Verantwortung

(Martin Kayenburg)

und die politische Verantwortung liegt seit fast 17 Jahren in SPD- beziehungsweise SPD-Grünen-Regierungen hier in Kiel. Die politische Verantwortung liegt bei einer Ministerpräsidentin, die in diesem Lande in den ersten Jahren Finanzministerin war und seit zehn Jahren Ministerpräsidentin ist.

(Beifall bei der SPD)

Die künftigen Generationen haben einen Mühlstein umgehängt bekommen, der kaum noch zu tragen sein wird.

Ich will nun nichts mehr zu den Zinsen sagen. Die Finanzlage des Landes habe ich hinreichend verdeutlicht. Ich will als Ergebnis feststellen: Rot-Grün hat kein Konzept zur Konsolidierung der Landesfinanzen. Ministerpräsidentin Simonis setzt ihre finanz- und steuerpolitische Geisterfahrt fort. Simonis geht als größte Schuldenmacherin aller Zeiten in die Geschichte Schleswig-Holsteins ein. Und Rot-Grün macht unser Land und die Bürger arm.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Deshalb brauchen wir 2005 einen Wechsel - einen Wechsel, damit Schleswig-Holstein wieder eine gute Zukunft hat.

(Anhaltender Beifall bei CDU und FDP)

**Vizepräsident Thomas Stritzl:**

Für die Fraktion der SPD erteile ich dem Herrn Abgeordneten Hay das Wort.

**Lothar Hay [SPD]:**

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Als ich noch Hauptschullehrer in Flensburg war und das Fach Wirtschaft/Politik unterrichtete, habe ich meinen Schülerinnen und Schülern immer geklärt: Opposition heißt, Alternativen zur Regierung darzustellen. - Deshalb war ich wie immer darauf gespannt, was heute vom Oppositionsführer vorgetragen würde. Leider muss ich feststellen: Dieses Land hat nicht einmal eine Opposition. Ich warte auf die FDP, Herr Dr. Garg. Vielleicht können Sie die Rolle der CDU mit übernehmen. - Erste Bemerkung.

(Beifall bei der SPD - Martin Kayenburg [CDU]: Müder Beitrag!)

Zweite Bemerkung. Herr Kayenburg, wenn Sie der Meinung sind, dass der gestrige Beitrag von Herrn Kalinka zur Sozialpolitik eine Sternstunde hier im Parlament war, dann ist Ihnen sicherlich entgangen, wie peinlich berührt die Mehrheit des Parlamentes und Teile Ihrer eigenen Fraktion waren.

(Martin Kayenburg [CDU]: Weil Sie danebenlagen!)

Was Ihr Kollege hier vorgetragen hat, war eine Politik der sozialen Kälte, der Ausgrenzung von Menschen und des Herunterdrückens auf die Existenzminimumsgrenze. Das ist mit Sozialdemokraten nicht machbar.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Gestatten Sie mir eine dritte Vorbemerkung und dann werde ich auch nicht weiter auf die Rede des Oppositionsführers eingehen. Ich habe einmal von einem großen deutschen Klassiker gelernt: Reisen bildet. - Dieses scheint bei der CDU noch nicht angekommen zu sein. Ich lade Sie, Herr Kayenburg, ein: Besuchen Sie mit mir gemeinsam die Bundesländer Niedersachsen, Hessen und Saarland. Ich gehe später darauf ein. Sie werden dann wissen, warum ich es gerade zu Ihnen gesagt habe.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es gibt keinen Zweifel daran, dass die **prognostizierten Steuerausfälle** für die Jahre 2005 bis 2007 eine erhebliche Belastung für unser Land darstellen. Die Stagnation der Wirtschaft in den vergangenen Jahren und die hohen Arbeitslosenzahlen wirken sich mittelfristig ausgesprochen negativ aus.

Wir brauchen Strukturreformen am Arbeitsmarkt und da bin ich gespannt, wie sich die Opposition im Vermittlungsausschuss verhält und ob die Sondhofen-Strategie nach dem Motto: „Dann wollen wir doch mal sehen, ob wir am dem 1. Januar ein Chaos produzieren können“, durchschlägt. Sie haben auch eine Verantwortung für die Menschen, die am unteren Ende der Gesellschaft stehen und die auf Zahlungen, die ihnen nach dem Grundgesetz rechtlich zustehen, angewiesen sind. Das schauen wir uns dann an.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es kommt darauf an, durch Vereinfachungen und sinnvolle Reformen beim Steuersystem für eine dauerhafte **Stabilisierung der Steuereinnahmen** zu sorgen. Gleichzeitig müssen weitere Ausgaben reduziert werden.

Der Kollegen Wiegard, der sicherlich auch heute noch in die Debatte eingreifen wird, hat die Forderung aufgestellt, wir müssten angesichts der Zahlen für 2004 einen Nachtragshaushalt vorlegen. Dies kann ich beim besten Willen für dieses Jahr nicht nachvollziehen. Aber da die Opposition jedes Jahr zu diesem Zeitpunkt einen Nachtragshaushalt gefordert

(Lothar Hay)

hat, will sie von dieser lieb gewonnen Tradition auch in diesem Jahr nicht abweichen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, obwohl ich nicht immer die Bewertungen des Journalisten Peter Höver teile, so gestehe ich ein, dass er mit seiner Aussage Recht hat:

„An der aktuellen Ausweglosigkeit der Lage könnten auch CDU und FDP, die bereits eifrig Vorbereitungen für den Machtwechsel in 2005 treffen, nichts ändern. Genauso wie Rot-Grün und ihre klammen Kassenwarte in Berlin und Kiel hätten sie verzweifelt zu rüden.“

Ich persönlich finde diese Lage nicht ausweglos. Ich glaube vielmehr, dass es viele Möglichkeiten gibt - wir haben einiges vorgelegt; ich gehe später kurz darauf ein, wenn ich von unserem Steuerkonzept spreche -,

(Lachen bei der CDU)

wie man gegensteuern kann. Im Übrigen weiß jeder, dass ein Fußballspiel nicht 90 Minuten dauert, sondern es dauert so lange, bis der Schiedsrichter abpfeift und wer sein Pulver zu früh verschießt, den bestraft das Leben. Das werden wir am 20. Februar des nächsten Jahres wieder erleben; da bin ich mir ganz sicher.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Günther Hildebrand [FDP]: Ihr seid schon in der Verlängerung!)

Nun, Herr Kayenburg, komme ich zum Thema „Reisen bildet“. Der saarländische Finanzminister Jacobi sagt angesichts der aktuellen Steuerschätzung, „bei allem müsse gesehen werden, dass ohne eine nachhaltige Verbesserung der gesamtwirtschaftlichen und konjunkturellen Situation in Gesamtdeutschland kein Land in der Lage sein wird, seine Haushaltsprobleme zu lösen.“

(Martin Kayenburg [CDU]: Recht hat er!)

Dem stimme ich uneingeschränkt zu. Und der Versuch von Ihnen, Herr Kayenburg, die Hauptschuld für diese Lage der Landesregierung zuzuschieben, ist heute genauso untauglich wie schon in der Vergangenheit.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es liegt mir fern, die prognostizierten Zahlen für die Jahre 2005 bis 2007 in irgendeiner Form zu relativieren. Wir nehmen diese Steuerschätzung ernst und werden gemeinsam mit der Regierung alle Anstrengungen er-

greifen, um unseren Anteil einzubringen, um Wachstumsimpulse zu setzen.

(Martin Kayenburg [CDU]: Wie denn?)

Aber derjenige, der jetzt eine Haushaltssperre fordert, befindet sich über das psychologische Instrument einer Haushaltssperre völlig im Unklaren.

(Martin Kayenburg [CDU]: Wer hat denn eine Haushaltssperre gefordert?)

Es ist ein völlig falsches Signal. Wir müssen in dieser Situation **investive Ausgaben** tätigen, um Impulse in unsere Wirtschaft zu bringen.

Man könnte es sich in der Bewertung natürlich ähnlich leicht machen wie Ihr CDU-Kollege Weimar, der Finanzminister von Hessen. Dort heißt es in einer Presseerklärung des Finanzministeriums vom 19. Mai:

„Weimar betonte, dass es sich bei den Ergebnissen der Steuerschätzung um eine Momentaufnahme handele, die derzeit noch keine hinreichend verlässliche Aussage zur konkreten Einschätzung der tatsächlichen Steuereinnahmen zulasse.“

Eine solche Bewertung der Steuerschätzung könnte uns natürlich auch helfen, würde sie doch jede Steuerschätzung für völlig bedeutungslos erklären. Eine solche Bewertung ist allerdings nicht zu empfehlen, weil sie sich jenseits der Wirklichkeit bewegt.

Jetzt gehe mit einigen Worten auf den schon näher beschriebenen Landsmann aus Nordfriesland ein und daran kann man deutlich machen, wie ernst es der CDU nimmt, konkrete Vorschläge zu machen, die den Haushalt vielleicht entlasten könnten.

Am 23. April fordert Herr Carstensen laut „Flensburg Avis“ die Konzentration der Lehrerbildung in Flensburg. Er weiß sicherlich Folgendes: Wenn zum jetzigen Zeitpunkt die Realschullehrer-Ausbildung in Flensburg konzentriert würde, müssten erhebliche zusätzliche investive Ausgaben getätigt werden.

(Dr. Ekkehard Klug [FDP]: Es ist auch sonst Unfug!)

Leider hat er wie so oft vergessen, die entsprechenden Einsparvorschläge mit auf den Tisch des Hauses zu legen.

Meine Damen und Herren von der Opposition, ich glaube kaum, dass die Menschen in diesem Lande auf Ihre Versprechungen hereinfliegen werden. Das gilt aus meiner Sicht auch für den Bereich der **Polizei**. Ich gehe davon aus, dass Ihnen niemand auf den Leim

(Lothar Hay)

geht, wenn Sie dort das „Schwarze“ vom Himmel versprechen.

Unsere Landesregierung hat im **Steuerbereich** ein **Konzept** vorgelegt, das den Notwendigkeiten Rechnung trägt. Ich gehe darauf ein, was von Ihnen vorgelegt worden ist, obwohl die Finanzministerkonferenz eindeutig festgestellt hat, dass die Mehrbelastungen in Form von Steuerausfällen, die das Vorstellbare weit übersteigen, nicht akzeptabel sind.

Die Länderfinanzminister haben erklärt: Alles, was bisher von CDU, CSU und FDP vorgelegt worden ist, ist nicht finanzierbar. Ich nenne noch einmal die Kernforderungen unserer Steuervorschläge. Es gibt keinen Spielraum für weitere Steuersenkungen über die letzte Stufe der Steuerreform hinaus. Die Leistungsfähigen müssen sich ihrer steuerlichen Verantwortung stellen. Subventionen müssen abgebaut und Bemessungsgrundlagen verbreitert werden, um dann Steuersenkungen für Geringverdienende und zur Förderung von Familien nutzen zu können.

(Günter Neugebauer [SPD]: Sehr richtig!)

Wir brauchen eine **Senkung der Lohnnebenkosten**, die in ausreichendem Umfang über eine Erhöhung der Umsatzsteuer erreicht werden kann, und zwar bei gleichzeitiger Senkung des ermäßigten Umsatzsteuersatzes.

(Beifall bei der SPD)

Das sind vier ausgewählte Punkte, mit denen wir deutlich machen wollen, wie man durch eine Veränderung der Steuerpolitik Impulse setzen kann, damit die Wirtschaft wieder stärker wächst. Wir alle hoffen das natürlich.

Ein deutliches Anspringen wird nur dann gelingen, wenn die Angst der Verbraucher weicht, wenn sich die Furcht vor Arbeitslosigkeit verringert, wenn deutliche Wachstumsimpulse spürbar werden und wenn die Politik in allen wichtigen Fragen eine sichere Orientierung gibt. Wir sollten uns aber auch bewusst machen, dass auch das beliebte Jammern auf hohem Niveau nicht dazu beitragen wird, uns den notwendigen Ruck zu geben, um den Aufschwung zu erzeugen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir alle haben schon am Pfingstwochenende die Möglichkeit, der Konjunktur bei uns im Lande auf die Sprünge zu helfen.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Durch einkaufen?)

Ich rufe Ihnen zu: Auf geht's! Viel Vergnügen!

(Anhaltender Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsident Thomas Stritzl:**

Für die Fraktion der FDP erteile ich Herrn Abgeordneten Dr. Heiner Garg das Wort.

**Dr. Heiner Garg [FDP]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Finanzminister, ich finde, Sie haben heute eine Chance verpasst. Sie hätten die Gelegenheit gehabt, ausnahmsweise einmal ganz sachlich die dramatische **Situation der öffentlichen Finanzen** in diesem Land darzustellen. Sie hätten auch die Gelegenheit gehabt, ganz sachlich darzustellen, wie Ihre Vorstellungen - jedenfalls für die nächsten neun Monate - aussehen, aus dieser dramatischen Lage herauszukommen.

(Beifall bei der FDP)

Stattdessen haben Sie lieber den - zugegeben kräftigen - Beifall der regierungstragenden Fraktionen entgegengenommen. Den Menschen draußen hilft das offen gestanden überhaupt nicht, wenn Sie sich hier mittlerweile gegenseitig in Anwürfen gegen den Oppositionsführer und gegen die Opposition überbieten.

Worum geht es im Kern, wenn hier von den Regierungsfractionen eine Debatte zur Lage der öffentlichen Finanzen beantragt wird? Ich habe gedacht, dass es im Kern um zwei Punkte geht: Erstens um die kurzfristige **Sicherung politischen Handlungsspielraums**, das heißt um die Frage, wie finanziere ich öffentliche Aufgaben, die die Politik definiert hat, vor dem Hintergrund der dramatischen Finanzsituation. Das ist der erste Kernpunkt, wenn man aus meiner Sicht zur Lage der öffentlichen Finanzen spricht. Herr Finanzminister, den zweiten Punkt haben Sie ganz kurz gestreift. Er ist aus meiner Sicht noch wesentlich wichtiger als die Sicherung des kurzfristigen Handlungsspielraums. Er ist die Frage: Wie schaffe ich wieder politische Handlungsspielräume für künftige Generationen? Wir - und zwar alle - sind auf dem besten Weg, künftigen Generationen jeden politischen Handlungsspielraum zu verbauen und damit jede Möglichkeit zu nehmen, selber zu entscheiden, wie künftige Generationen ihre eigene Zukunft gestalten wollen. Das halte ich für dramatisch!

(Beifall bei FDP und CDU)

Deswegen habe ich mich auch ein wenig über den Gesamtverlauf dieser Debatte geärgert. Viele, die mich hier schon zu finanzpolitischen Themen gehört haben, wissen, dass ich auch ganz gern einmal lauter

**(Dr. Heiner Garg)**

werde. Die Probleme sind in der Tat aber zu ernst, als dass man die Verantwortung wie Pingpongbälle hin- und herschieben könnte.

Um das 9-Milliarden-Loch zu stopfen, gibt es drei Möglichkeiten. Entweder man nimmt mehr Geld ein, man gibt weniger Geld aus oder man versucht, beides gleichzeitig zu machen. Mehr Geld einzunehmen, wäre auf zwei Wegen möglich. Entweder man erhöht die Steuern oder man macht mehr Schulden. Beides wäre aus unserer Sicht sowohl wirtschafts- als auch finanzpolitisch falsch, jedenfalls wäre es für all diejenigen falsch, die Wachstum und Beschäftigung ankurbeln und die Arbeitslosigkeit senken wollen. Die hohe Staatsquote, die hohe Abgabenquote und die hohen effektiven Unternehmensteuersätze sind Wachstumsbremsen. Das ergeben viele Untersuchungen. Die unverdächtigste ist sicherlich die der offiziellen Berater der Bundesregierung.

Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung hat die Ursachen der deutschen Wachstumsschwäche untersucht und die Ergebnisse in seinem Jahresgutachten 2002/2003 veröffentlicht. Hiernach bremsen vor allem folgende wirtschafts- und finanzpolitisch relevante Größen das **Wirtschaftswachstum**: Die direkten und die indirekten Steuern, die Haushaltsdefizite, die Staatsschulden, der Staatskonsum, die Sozialabgaben und die bürokratischen Verkrustungen der Märkte für Waren, Dienstleistungen, Kapital und Arbeit.

Um diesem Missverständnis gleich vorzubeugen: Dies bedeutet selbstverständlich nicht, dass die Fünf Weisen vorschlagen, alle Steuern, Abgaben und Verwaltungsvorschriften abzuschaffen und den Staatskonsum auf null zu senken. Das bedeutet, dass das Ausmaß der derzeitigen Steuern, Abgaben, Defizite, Schulden und des Staatskonsums die deutsche Wachstumsschwäche wesentlich mitverursacht haben. Es bedeutet auch, dass noch höhere Steuern, Abgaben, Defizite, Schulden und Staatskonsum unser Wachstum noch stärker bremsen würden. Daraus folgt: Wer Wachstum und Beschäftigung mit finanzpolitischen Instrumenten fördern will, der darf die Staatseinnahmen nicht mehr steigern. Er muss sie mittelfristig senken.

(Beifall der Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [FDP] und Uwe Greve [CDU])

Weil die Defizite und Schulden mittelfristig auch nicht steigen sollten, müssten die **Staatsausgaben** mitsinken, und zwar nicht die öffentlichen Investitionen, beziehungsweise der öffentlich finanzierte Konsum. Die bisherigen Planungen der Landesregierung laufen daher aus unserer Sicht in die falsche Rich-

tung. Die Investitionen des Landes sollen von 2004 bis 2007 dramatisch sinken. 2007 sollen sie 15 % niedriger sein als im Jahr 2004. Das ist die falsche Richtung. Zieht man von den geplanten Nettoausgaben die Investitionen und die Zinsausgaben ab, dann erhält man einen Anhalt für konsumtiv wirkende Ausgaben und Transfers des Landes. Diese Ausgaben steigen bis 2007 um gut 4 %. Auch das ist die falsche Richtung.

Die **Zinsausgaben** für die Landesschulden bringen kein zukünftiges Wachstum. Sie binden nur Geld, das weder verbraucht noch investiert werden kann. 2007 sollen die Zinsausgaben 9 % höher sein als 2004. Auch das ist die falsche Richtung. Von 2004 bis 2007 sind die erwarteten Zinsausgaben mit 3,6 Milliarden € um 600 Millionen € oder 22 % höher als die geplanten Investitionen. Hierbei ist der zu erwartende Anstieg des Zinsniveaus erst teilweise berücksichtigt.

Die Schulden des Landes sollen weiter steigen; bis 2007 um 2,2 Milliarden €. Die Summe der geplanten **Neuverschuldung** erhöht sich damit. Das ist auch die falsche Richtung. In Schleswig-Holstein sind die Landesschulden pro Einwohner höher als in jedem anderen westdeutschen Flächenland. Auch das muss uns zu denken geben. Auch das schränkt künftige politische Handlungsspielräume ein.

Die geplanten **Defizite** sind zu hoch. Nach langjährigen Erfahrungen müssen wir davon ausgehen, dass die Defizite viel zu niedrig angesetzt sind. Auch das ist aus unserer Sicht die falsche Richtung. Diese Pläne sind bereits wachstumsschädlich, bevor sie in die Tat umgesetzt werden, denn sie verschlechtern die Erwartungen der Menschen und die Erwartungen der Unternehmen. Damit bremsen sie auch das Wachstum der Beschäftigung und den Abbau der Arbeitslosigkeit.

In der letzten Tagung und in der letzten Sitzung des Finanzausschusses haben wir über Ihr Steuerkonzept gesprochen, Frau Ministerpräsidentin. Der Finanzminister konnte sich und dem Ausschuss nicht erklären, warum führende Ökonomen und Finanzwissenschaftler Deutschlands an diesem Konzept kein wachstumförderndes Element entdeckt haben. Er hat sich zwar ein wenig über die Professoren lustig gemacht, was man machen kann, es ist aber wenig hilfreich bei der Bewertung des Gesamtkonzeptes.

Ich glaube, die Antwort ist relativ einfach. Nach Ihrem Konzept, Frau Ministerpräsidentin, wären die Steuern zu hoch und schwächten dadurch das Wachstum, weil sie besonders die Anreize zu privaten Investitionen in Sachkapital erheblich einschränkten. Das liegt daran, dass unternehmerische Entscheidun-

(Dr. Heiner Garg)

gen weniger von den nominalen Steuersätzen beeinflusst werden als vom effektiven durchschnittlichen Steuersatz und vom effektiven Grenzsteuersatz. Dabei beeinflusst der effektive Durchschnittssteuersatz besonders Standortentscheidungen, während der effektive Grenzsteuersatz Erweiterungsinvestitionen an vorhandenen Standorten beeinflusst.

Deshalb täuscht auch der alleinige Vergleich gesamtwirtschaftlicher Steuerquoten über die Belastung der Steuersysteme, wie ihn Karl-Martin Hentschel manchmal anstellt. Dabei schneidet Deutschland zwar in der Tat ziemlich gut ab.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist doch auch der Sinn des Steuermodells!)

Das ist aber wenig relevant für tatsächliche Investitionsentscheidungen.

Beim effektiven durchschnittlichen Steuersatz und beim effektiven Grenzsteuersatz auf Unternehmerrträge sind wir bedauerlicherweise Spitzenreiter, Herr Hentschel. Unternehmerisches Engagement und unternehmerischer Erfolg lohnen sich deshalb in Deutschland viel weniger als anderswo.

Durch das Steuerkonzept von Frau Simonis würde sich daran fast nichts ändern.

(Beifall bei der FDP)

Deshalb fördert dieses Konzept auch weder Wachstums noch Beschäftigung, Frau Ministerpräsidentin.

Nun fragt der Finanzminister die Opposition ja immer wieder gerne nach ihren Alternativen. Herr Minister, ich gestehe Ihnen zu: Die Frage nach Alternativen der Opposition ist legitim. Ich hätte mich aber gefreut, wenn Sie in Ihrer 13-minütigen Rede auch einmal gesagt hätten, was Sie eigentlich wollen, anstatt nur zu fragen: Was wollt ihr denn?

(Beifall bei der FDP)

Offensichtlich haben Sie in der Vergangenheit bedauerlicherweise auch mir, was ich gar nicht recht verstehen kann - nicht gut genug zugehört. Daher hier noch einmal unsere Vorschläge.

Die FDP hat drei Gesetzentwürfe in den Deutschen Bundestag eingebracht, um die **Finanzpolitik des Bundes** wieder auf gesunde Füße zu stellen: Erstens eine Reform der Besteuerung der Einkommen von Privatpersonen und Unternehmen, zweitens eine Reform der Gemeindesteuern durch Ersatz der Gewerbesteuer durch Aufschläge auf die Einkommen- und Körperschaftsteuer für alle Einkommen- und Körperschaftsteuerpflichtigen, und zwar für Gewerbetrei-

bende und Freiberufler, Herr Finanzminister. Bei beiden Vorschlägen streichen wir fast alle Ausnahmen, die unser Steuerrecht so wachstumsschädlich und beschäftigungsfeindlich machen. So verbreitern wir die Bemessungsgrundlagen und können gleichzeitig die Steuersätze senken und so steigern wir die Anreize zu arbeiten, zu sparen und zu investieren. Die Spitzensteuersätze bei Einkommen- und Körperschaftsteuer werden dann inklusive des durchschnittlichen Zuschlags durch die Kommunalsteuer bei etwa 35 % liegen, im Übrigen, liebe Kolleginnen und Kollegen, am oberen Rand dessen, was der Sachverständigenrat in seinem aktuellen Gutachten als international wettbewerbsfähig dargestellt hat. Insgesamt wollen wir dadurch auch die Steuereinnahmen und damit langfristig auch die Steuerlast in Deutschland langfristig senken. Um dies zu finanzieren, haben wir in unserem dritten Entwurf beantragt, alle Subventionen des Bundes um 20 % zu kürzen.

(Beifall bei der FDP)

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, wie wir die Finanzen des Landes ordnen werden, können Sie unseren Haushaltsanträgen entnehmen. Ich wiederhole hier nur ganz kurz unser Konzept.

Mit unseren Vorschlägen kürzen wir den Haushalt. Wir schichten innerhalb des gekürzten Haushalts auf die zu den Kernaufgaben des Landes zählenden Aufgabenbereichen um. Das ist die Bildung, das ist die innere Sicherheit und das sind Investitionen in die Infrastruktur. In der Tat, Frau Heinold: Wir verkaufen Landesvermögen. Wir verkaufen es aber einnahmemaximierend, um neue Schulden zu vermeiden.

Ich bedanke mich bei Ihnen allen herzlich, dass es möglich war, im Rahmen dieser Debatte sachlich zu diskutieren.

(Beifall bei FDP und CDU)

**Vizepräsident Thomas Stritzl:**

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteile ich jetzt der Frau Abgeordneten Monika Heinold das Wort.

**Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ein kleines Schmäckerl vorweg, weil ich, wie ich gestehen muss, zwischendurch in den „Pressespiegel“ geschaut habe. Dort kann ich lesen, die SPD sei die reichste Partei in Deutschland, die FDP stehe mit 1,8 Mil-

(Monika Heindl)

tionen € im Minus. Daran kann man doch sehen, wer mit Geld umgehen kann.

(Heiterkeit und Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD - Günther Hildebrand [FDP]: Frau Kollegin, Sie sollten sich die schleswig-holsteinischen Zahlen ansehen! - Zurufe von der CDU)

Obwohl ich wie Herr Garg eine eher sachliche Rede vorbereitet habe, möchte ich doch am Anfang kurz noch etwas zu Ihnen, Herr Kayenburg, und zur Ernsthaftigkeit der CDU-Politik sagen.

Es ist schon erwähnt worden: Sie waren damals gegen die Kürzung von Weihnachts- und Urlaubsgeld, Herr Carstensen war zumindest im Fernsehen dafür. Sie waren zunächst für die Kündigung von Tausenden von Stellen im öffentlichen Dienst, dann wollten Sie 2.000 Stellen abschaffen, dann wollten Sie 1.000 Stellen abschaffen, dann konnten Sie nicht mehr sagen, wann man denn Stellen reduzieren kann.

(Martin Kayenburg [CDU]: Erzählen Sie nicht so einen Quatsch!)

Als Herr Kayenburg dann beim Beamtenbund war - so ist es zu lesen -, hat er gesagt, keinesfalls sei **Personalabbau** das Ziel aller Bemühungen.

(Martin Kayenburg [CDU]: Stellenabbau, jawohl!)

Herr Kayenburg, so viel zu Ihrer Ernsthaftigkeit.

(Martin Kayenburg [CDU]: Sie haben es immer noch nicht kapiert!)

Was die Verschuldung angeht, so klagen Sie per Verfassungsklage gegen den Haushalt, während Herr Carstensen Schlagzeilen macht, indem er sagt: Höhere Verschuldung für Bildung und innere Sicherheit. Auch das passt nicht zusammen.

(Beifall der Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Ingrid Franzen [SPD])

Es gibt aber auch kleine Beispiele. Ich nenne einmal die **Landesvertretung in Berlin**. In Ihren Haushaltsvorschlägen für diesen Doppelhaushalt sind Kürzungen in Bezug auf die Landesvertretung in Berlin vorgesehen und Herr Carstensen produziert dann wieder Schlagzeilen. Er will nicht nur die Landesvertretung in Berlin ausbauen, sondern er will gleich noch eine zweite in Brüssel bauen.

Wenn dann Ihr Parteichef und Ihr Spitzenkandidat auf die Frage, wie man den Haushalt sanieren könnte, zu der Aussage kommt: Ich weiß auch nicht, wie das gehen soll - so Ihr Spitzenkandidat zu Lösungsmög-

lichkeiten für diesen Haushalt! -, dann sage ich Ihnen: Mit Ihnen setze ich mich ausgesprochen gerne über den Landshaushalt und über die Lösungsmöglichkeiten auseinander.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD - Zurufe von der CDU)

Meine Damen und Herren, wir hatten eine gute und interessante Sitzung des Finanzausschusses. Herr Garg, ich habe diese Finanzausschusssitzung sehr positiv in Erinnerung. Wir haben uns parteiübergreifend sachlich mit dem vorgelegten **Steuerkonzept** der Landesregierung, aber auch mit anderen Konzepten beschäftigt. Ich habe aus der Debatte mitgenommen, dass wir uns in einigen Punkten durchaus einig sind und uns im Prinzip auch auf gemeinsame Positionen verständigen könnten, wären da nicht - das muss man ehrlicherweise sagen - die harten parteipolitischen Auseinandersetzungen in Berlin. Aber vielleicht - das ist meine Hoffnung - gelingt es uns doch noch, im Herbst gemeinsame Anträge zur Steuerpolitik zu machen, sei es zur Kfz-Steuer, sei es zum Ehegattensplitting oder auch zur Erbschaftsteuerreform. Für meine Fraktion kann ich sagen, dass wir an parteiübergreifenden Anträgen ein großes Interesse haben, auch, wenn wir uns damit das eine oder andere Mal gegen unsere eigene Bundespartei stellen.

Für die schleswig-holsteinischen Grünen steht ein Ziel im Vordergrund: Wir brauchen dringend eine zeitnahe **Steuerreform**, welche die Einnahmen von Bund und Land stabilisiert, welche die Lohnnebenkosten deutlich senkt, eine Steuerreform, die familien- und kinderfreundlich ist, die unsere Steuergesetzgebung entrümpelt und die insbesondere ökologisch schädliche Subventionen drastisch senkt.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Der Finanzausschuss hat sich letzte Woche in Dänemark davon überzeugen können, dass es sich lohnt, ein Land zu reformieren und insbesondere die Lohnnebenkosten deutlich zu senken. Natürlich erwarte ich nach dieser Reise nicht, dass die Opposition nun anfängt, das Steuerkonzept der Landesregierung zu loben. Aber ich erwarte schon - insofern fand ich den Beitrag von Herrn Garg ausgesprochen gut -, dass wir in der heutigen Debatte nicht nur das klassische Schwarz-weiß-Muster bedienen, sondern dass wir uns ohne Scheuklappen kritisch mit der Frage auseinandersetzen, wie wir die Situation der öffentlichen Finanzen in Bund, Land und Kommunen verbessern können.

Wenn ich Haushaltsdebatten in den verschiedenen Landtagen vergleiche, so stelle ich fest, dass die Re-

(Monika Heinold)

den nahezu austauschbar sind, je nachdem, welche Partei an der Regierung ist. Das zeigt doch deutlich, dass es bei aller berechtigten Kritik im Detail keinen Sinn macht, allein der jeweiligen Landesregierung die Verantwortung für die riesigen Haushaltslöcher in die Schuhe zu schieben.

Sehr geehrte Damen und Herren, der Ruf nach weiteren Steuersenkungen und nach der Kündigung von Tarifverträgen bringt uns keinen Schritt weiter. Wir können und wollen uns nicht mit Niedriglohnländern messen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Die Landesregierung hat mit ihrem Vorschlag für eine Steuerreform einen guten Impuls gesetzt und mit dem Gesetzentwurf zur Erbschaftsteuerreform einen ersten konkreten Baustein geliefert.

Das Hauptelement des schleswig-holsteinischen Konzeptes ist jedoch die Senkung der Lohnnebenkosten durch eine Erhöhung der Mehrwertsteuer.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Deswegen warne ich an dieser Stelle auch vor Vorschlägen, die Mehrwertsteuer zu erhöhen, um Haushaltslöcher zu schließen. Dies würde unser eigenes Modell kaputtmachen, und dagegen müssen wir uns wehren.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Die **Mai-Steuerschätzung** war kein Tag der Freude, auch wenn wir im Jahr 2004 deutlich besser dastehen als andere Bundesländer, welche teilweise riesige Haushaltslöcher bewältigen müssen. Die vorausschauende Politik unseres Finanzministers hat dazu geführt, dass das Land 2004 sogar ein leichtes Plus verzeichnen kann. Aber in den Jahren 2005 ff. haben wir riesige Probleme. Ich sage sehr deutlich: Jede, der versucht, zu suggerieren, er hätte darauf eine einfache Antwort oder überhaupt eine Antwort, wie wir bis zu 500 Millionen € jährlich zusätzlich einsparen wollen oder umschichten können, argumentiert wissentlich unredlich.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir müssen uns die Größenordnung dieses Defizits einmal bildlich vorstellen. Es handelt sich um die Kosten für 10.000 Lehrer und Lehrerinnen. Das sind 40 % unserer gesamten Lehrerstellen. Selbst wenn wir alle Polizisten entlassen würden, hätten wir erst 300 Millionen € eingespart. Auch der Vorschlag der CDU, bis zu 2.000 Menschen aus dem öffentlichen

Dienst zu entlassen, wäre nicht ausreichend. Nicht einmal die Vorschläge des Steuerzahlerbundes, der von der Polizeistärke über die Klassengrößen in Schulen bis hin zum Datenschutz alles infrage stellt, würde diese Finanzlücke schließen können.

Wenn sich die Opposition in ihrer Kritik an der Landesregierung so gern dem Landesrechnungshof anschließt - auch das ist wieder erwähnt worden -, so muss die CDU ehrlicherweise auch sagen, dass der Landesrechnungshof auch vorschlägt, die Polizeireform zum **Stellenabbau** bei der Polizei zu nutzen und die Personalausgaben im Bildungsbereich zu verringern. Doppelzüngigkeit gilt also nicht. Die CDU kann nicht mehr Geld für Polizei und Bildung versprechen und gleichzeitig das Einsparlied des Landesrechnungshofs singen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Deshalb muss es unser gemeinsames Interesse sein, ein parteiübergreifendes Signal nach Berlin zu senden: So geht es nicht weiter. Wenn sich die Situation nicht grundlegend ändert, werden wir auf Jahre hinaus keinen verfassungskonformen Haushalt aufstellen können. Ich halte dies im Interesse der zukünftigen Generation für verantwortungslos.

(Rainer Wiegard [CDU]: Das sind schöne Sprüche!)

Wir sollten uns einig sein, dass alle Parteien im Vermittlungsausschuss die Aufgabe haben, Subventionen abzubauen und Steuerschlupflöcher zu schließen. Wer den Bundesrat noch immer als parteipolitisches Blockadeinstrument versteht, hat noch nicht verstanden, dass wir uns taktische Spielchen nicht mehr leisten können.

Aber auch im Land müssen wir mit unserer **Strukturreform** weitermachen. Wenn sich Abgeordnete vor Ort wie Don Quichotte vor jedes aufzulösende Amt stellen, werden wir keine schlanken Verwaltungsstrukturen erhalten. Wir müssen uns der Diskussion öffnen, wie wir durch eine grundlegende Neuordnung von Landes- und kommunalen Aufgaben einschließlich der Frage von Kreisgrenzen und der Neuorganisation von Ämtern mehr Effizienz und Bürgernähe schaffen. Auch hier war der Besuch des Finanzausschusses in Dänemark sehr interessant und, hoffe ich, auch hilfreich. Dänemark wird seine Gemeindegrößen auf bis zu 30.000 Einwohner und Einwohnerinnen vergrößern und nur noch vier bis fünf Regionalkreise haben, was im Gegenzug dazu führt, dass die Gemeinden noch mehr Aufgaben und noch mehr Selbstständigkeit erhalten. Die Regionen sind dann nur noch für den Gesundheitsbereich zuständig.

(Monika Heinold)

Meine Damen und Herren von der Opposition, polemisieren Sie nicht gegen eine tief greifende **kommunale Verwaltungsreform**, sondern stellen Sie sich der Herausforderung, anhand einer Aufgabenanalyse neue Lösungswege zu finden.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD - Widerspruch bei der CDU)

Wir müssen die Strukturen im Land straffen, unseren Sparkurs insbesondere bei den **Förderprogrammen** durchhalten und bundesweit für unser Steuerkonzept werben. Was uns nicht voranbringt, ist eine Vollbremsung bei den Investitionen oder eine Reduzierung der Bildungsausgaben. Gute Bildung ist das Kapital unseres Landes. Es ist die Grundlage für unsere Wettbewerbsfähigkeit.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Unser **Investitionsprogramm** stellt sicher, dass Unternehmen in Schleswig-Holstein die Chance haben, Aufträge der öffentlichen Hand zu erhalten und damit Arbeitsplätze zu schaffen.

Zuletzt eine eher rhetorische Frage. Geht es uns in Schleswig-Holstein, in Deutschland wirklich schlecht? Ich glaube, nicht. Wenn ich mir anschau, womit andere Länder auf dieser Welt zu kämpfen haben, von Naturkatastrophen bis hin zu Kriegen, wenn ich mir vergegenwärtige, dass Deutschland mit seiner gut ausgebildeten Bevölkerung und mit seiner hohen sozialen Sicherheit für alle Bürgerinnen und Bürger zu den privilegierten Ländern in dieser Welt gehört, dann weiß ich, es geht uns noch immer verdammt gut. Aber ich weiß auch, dass wir uns endlich zusammenraufen müssen, gemeinsam zukunftsweisende Entscheidungen zu treffen, damit es auch unseren Kindern und Enkeln noch gut geht. Packen wir doch alle miteinander endlich an, verändern wir unsere Gesetzgebung so, dass Lasten gerecht verteilt werden, dass Arbeit und Dienstleistung in Deutschland wieder bezahlbar sind, dass unsere sozialen Sicherungssysteme zukunftstauglich sind.

Meine Fraktion ist bereit, auch öffentlich quer zu denken. Ich habe es dargestellt. Liebe Kolleginnen und Kollegen, machen Sie mit!

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

**Vizepräsident Thomas Stritzl:**

Das Wort für den SSW im Schleswig-Holsteinischen Landtag erteile ich jetzt seiner Sprecherin, Frau Abgeordneten Spoorendonk.

**Anke Spoorendonk [SSW]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! In der Hochschuldebatte gestern sagte die Bildungsministerin sinngemäß, dass sie die Rede des Kollegen de Jager auch hätte singen können. Ich will nicht verhehlen, dass auch mir bei der heutigen Debatte zeitweise das Gefühl kam, dass wir die Beiträge der jeweils anderen Fraktion hätten singen können. Ob daraus jetzt ein Chor entstanden wäre, will ich einmal als fraglich betrachten. Mit anderen Worten: Ich wünsche mir wirklich, dass wir einmal lernen könnten, im Chor zu singen. Das wäre dem Thema angemessen.

(Lothar Hay [SPD]: Wir können in Flensburg anfangen!)

- Das machen wir dann auch. - Es sollte nicht jeder aus seiner Ecke argumentieren, sondern dem Thema angemessen. Keiner soll hier heute sagen, dass er die Weisheit mit Löffeln gegessen hat, dass er die Lösung aller Probleme in der Tasche hat.

(Beifall beim SSW)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Zahlen der **Mai-Steuerschätzung** sind - Sie wissen es, es ist heute schon in jedem Redebeitrag gesagt worden - jenseits von Gut und Böse. Insgesamt fehlen Bund, Ländern und Gemeinden im Verhältnis zur letzten Steuerschätzung vom November 2003 bis 2007 fast 50 Milliarden € an Steuereinnahmen. Wieder mussten die Steuerschätzer die Wirtschaftsprognosen für dieses und die nächsten Jahre nach unten korrigieren. Wieder einmal sind die Folgen für die öffentlichen Haushalte fatal. Auch die Ausnahme bestätigt in diesem Fall die Regel. So bekommen die Kommunen in diesem Jahr zwar 2,2 Milliarden € Mehreinnahmen, aber eine wirkliche Gewerbesteuerreform, wie sie beispielsweise auch von der Landesregierung - das will ich deutlich hervorheben - vorgeschlagen wurde, wäre den großen finanziellen Problemen der Kommunen besser gerecht geworden.

Der Landeshaushalt ist ebenfalls von den neuesten Zahlen der Steuerschätzer betroffen. Es ist zwar positiv, dass wir für 2004 mit Mehreinnahmen von circa 19 Millionen € rechnen können, aber die langfristigen Steuerausfälle ab 2005 von jährlich fast 500 Millionen € sind natürlich dramatisch. Dem Landtag stellt sich daher die Frage: Wie sollen wir auf diese neuen **Steuereinbrüche** reagieren? Der SSW fordert die Landesregierung auf, trotz sinkender Steuereinnahmen Kurs zu halten und einen möglichen Aufschwung im Lande nicht durch ein neues Sparpro-

(Anke Spoorendonk)

gramm zu gefährden. Wir brauchen keine Haushaltsperre oder einen Nachtragshaushalt für 2004.

(Beifall bei SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Insbesondere die beschlossenen **Investitionen** im Landeshaushalt für 2004 und 2005 dürfen aus Sicht des SSW nicht angetastet werden. Es macht auch keinen Sinn, jetzt panikartig massive Kürzungen beispielsweise bei Landesverwaltung oder Personal vorzunehmen, so wie es die CDU gefordert hat. Die notwendigen Verwaltungs- und Strukturreformen werden nur gelingen, wenn sie gemeinsam mit den Beschäftigten kontinuierlich weitergeführt werden. Solange die großen Parteien nicht einmal den Mut haben, die kleinteilige kommunale Struktur in Schleswig-Holstein zu ändern, wäre dies eine kontraproduktive Politik.

(Beifall beim SSW)

Eine wirkliche finanzielle Entlastung des Landes - das wissen wir alle - ist nur durch Reformen auf Bundesebene zu erreichen, die den Ländern und Kommunen wieder Luft zu Atmen bringen. Wir wissen ja auch, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass mindestens 95 % unseres Landeshaushalts in Beton gegossen sind. Das heißt, unser Spielraum ist wirklich gering. Im Moment sieht es leider so aus, als wolle der Bund uns praktisch ersticken lassen. Dabei bin ich der festen Überzeugung, dass die Bundesregierung Schiffbruch erleiden wird, wenn sie nicht bald einen klaren Kurs absteckt. Der Bundesfinanzminister segelt zur Zeit aber in zwei Weltrichtungen gleichzeitig, wenn er einerseits die Maastricht-Kriterien einhalten und andererseits neue Wachstumsimpulse geben will. Beides zugleich geht aus unserer Sicht nicht.

Die Erfahrungen mit der Agenda 2010 zeigen auch, dass diffuse Steuersenkungen nicht mehr Wachstum und Beschäftigung bringen. Damit verschärft man im Gegenteil nur die Krise der öffentlichen Haushalte. Wenn die katastrophale Arbeitslosigkeit beseitigt werden soll, dann brauchen wir auch keine neuen Sparmaßnahmen, sondern Investitionen in Bildung, Verkehrsinfrastruktur und neue Technologien.

Auch ich möchte in diesem Zusammenhang auf die Gespräche hinweisen, die der Finanzausschuss bei seinem Besuch in Kopenhagen vor 14 Tagen über die erfolgreiche **Finanzpolitik der dänischen Regierung** während der letzten zehn Jahre geführt hat. Dänemarks Staatshaushalt erzielt seit 1996 jährlich Überschüsse in Milliardenhöhe und in Dänemark kann sogar ein großer Teil der Staatsschulden abgezahlt werden.

(Martin Kayenburg [CDU]: Dann lassen Sie uns das doch so machen!)

- Lieber Kollege Kayenburg, die Pointe dieser Gespräche war, dass man sich zusammensetzte, dass man aus den verschiedenen Beiträgen gewissermaßen einen Chor machte.

(Beifall bei SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Diese positiven finanziellen Eckdaten sind das Ergebnis einer gezielten, ich sage es noch einmal: schon in den 80-er Jahren parteiübergreifend beschlossenen Finanzpolitik, die mit dem Regierungswechsel 1993 weiter ausgebaut wurde. Der damaligen Wirtschaftskrise - und diese war massiv - begegnete die neue sozialdemokratisch geführte Regierung mit einem Mix aus expansiver Finanzpolitik, die das Ziel hatte, die Wirtschaft wieder in Gang zu bringen, und einer aktiven Arbeitsmarktpolitik, die insbesondere auf Aus- und Weiterbildung der Arbeitslosen setzte.

In einem Artikel unter der Überschrift „Cleverer als die Deutschen“ am 13. Mai dieses Jahres in der „Zeit“ würdigte der Autor eben diese Politik. Ich zitiere aus diesem Artikel:

„Die Dänen betreiben eine stark antizyklische Fiskalpolitik. Soll heißen, sie haben im Aufschwung die Staatsausgaben im Zaum gehalten und sie dafür in der Abschwungphase erhöht. Was dann wiederum die Krise milderte. Eine Strategie, die sie vor allem von den Deutschen unterscheidet, die im Aufschwung meist das Geld mit vollen Händen ausgeben. Dafür haben sie dann in Krisenzeiten versucht zu sparen. Ein ökonomisch zweifelhaftes Konzept. Ein Land kann sich nicht aus der Verschuldung heraussparen, es kann nur herauswachsen.“

So der Bonner Wirtschaftsprofessor Jürgen von Hagen.

**Vizepräsident Thomas Stritzl:**

Frau Kollegin, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Heiner Garg?

**Anke Spoorendonk [SSW]:**

Im Moment noch nicht, weil ich noch nicht überblicken kann, ob ich Zeit genug habe.

So ähnlich sieht das inzwischen auch das Mitglied des Sachverständigenrates Professor Peter Bofinger, der sogar vor einer Finanzpolitik à la Reichskanzler Brüning warnt. Die **zukünftige Finanzpolitik** ist auch

**(Anke Spoorendonk)**

ein Kampf zwischen zwei verschiedenen ökonomischen Denkschulen. Vereinfacht gesagt, lieber Kollege Garg, haben wir auf der einen Seite die Monetaristen und auf der anderen Seite die Keynesianer. Das ist jetzt zwar vereinfacht dargestellt, aber diese beiden Richtungen erkennen wir immer wieder. Daran halte ich fest. Ich frage mich allerdings wirklich allen Ernstes, warum in Deutschland immer noch überwiegend die neoliberalen Finanzwissenschaftler in der öffentlichen Meinung wahrgenommen werden, wenn die Ergebnisse dieser Politik in den letzten 20 Jahren so katastrophal waren und eine Massenarbeitslosigkeit die Folge war, wie wir sie seit dem Krieg nicht mehr erlebt haben. Diese neoliberale Politik ist doch auch am Ende ihrer Kunst angelangt.

(Beifall bei SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Laut Pressemitteilungen von Anfang Mai wollte Bundesfinanzminister Eichel angesichts der neuesten Steuerschätzungen endlich den gordischen Knoten durchschlagen und sich den Vorschlägen der Landesregierung von Schleswig-Holstein zur Umsteuerung in der Finanzpolitik anschließen. Angeblich hatte eine Abteilung im Bundesfinanzministerium bereits ein konkretes Konzept erarbeitet, das eine Mehrwertsteuererhöhung auf den europäischen Durchschnitt von 21 % bei gleichzeitiger massiver Senkung der Lohnnebenkosten vorsah. Leider hatten Bundeskanzler Schröder und SPD-Chef Müntefering nicht den Mut, diese Vorschläge umzusetzen, die die Arbeitskosten der Unternehmen drastisch gesenkt und somit neuen wirtschaftlichen Schwung und vor allem neue Arbeitsplätze gebracht hätten.

So bleibt uns aus Landessicht in der jetzigen Lage nur, insbesondere darauf zu drängen, dass die Föderalismus-Kommission von Bundestag und Bundesrat so schnell wie möglich Vorschläge erarbeitet, die endlich zukunftsfähige Aufgaben- und Finanzrelationen zwischen Bund, Ländern und Gemeinden sichern. Denn eines dürfte auch klar sein: Unter den jetzigen Bedingungen kann praktisch kein Bundesland seinen Haushalt allein sanieren.

Natürlich steht Schleswig-Holstein auf den ersten Blick im Ländervergleich bei der Pro-Kopf-Verschuldung als letztes der westdeutschen Flächenländer nicht sehr gut oder, anders gesagt, sehr schlecht da. Dennoch ist die finanzielle Situation aller Bundesländer miserabel und kann nicht allein mit der Farbe der Regierung erklärt werden. Ich habe gelesen, dass der niedersächsische Ministerpräsident Wulff der Opposition in seinem Lande einen Allparteienpakt zur Finanzpolitik vorgeschlagen hat. Er ist mit seinem finanzpolitischen Latein eben auch am Ende, genau

wie die Mehrzahl der Ministerpräsidenten. Auch die Umsetzung der Haushaltsanträge von CDU und FDP hier im Landtag seit 1996 hätte keine grundlegend andere finanzpolitische Ausgangslage für den Landeshaushalt geschaffen.

(Beifall beim SSW und vereinzelt bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn Sie ehrlich sind, werden Sie das auch eingestehen. Herr Kollege Kayenburg, natürlich haben Sie Recht, wenn Sie das Verhalten der SPD 1998 im Bundesrat anprangern. Mein Steckenpferd in diesem Zusammenhang ist die Finanzierung der deutschen Einheit. Damals hatten wir die Möglichkeit, die Weichen neu zu stellen. Diese Chance ist vertan worden. Das gilt auch für die Weiterentwicklung oder Modernisierung unseres Föderalismus. Dies ist doch das allergrößte Problem.

Eine wirkliche **Haushaltssanierung**, die diesen Namen auch verdient und bei der nicht nur einige Millionen hin- und hergeschoben werden, ist letztlich nur durch eine grundlegende Änderung der Wirtschafts- und Finanzpolitik auf Bundesebene möglich, kombiniert mit aktiver Arbeitsmarktpolitik und einer grundlegenden Reform der föderalen Strukturen. In dieser Hinsicht könnte man, wie ich denke, durchaus etwas vom Norden lernen.

(Beifall bei SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsident Thomas Stritzl:**

Auf der Tribüne begrüße ich als Gäste Lehrerinnen und Lehrer sowie Schülerinnen und Schüler der Klaus-Groth-Schule aus Neumünster, Mitglieder der Jungen Union Breitenfelde, den Herrn Bürgermeister aus Fürstenfeldbruck sowie Mitglieder der Stadtfraktion der SPD aus Wedel. - Seien Sie alle im Schleswig-Holsteinischen Landtag herzlich willkommen!

(Beifall)

Wir kommen nun zu den Kurzbeiträgen. Als Erster hat der Kollege Dr. Heiner Garg zu einem Kurzbeitrag das Wort.

**Dr. Heiner Garg [FDP]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Die Kollegin Spoorendonk hat mich herausgefordert, denn ich habe mein schriftliches Examen bei einem abgelegt, den Sie wahrscheinlich als Keynesianer - er hat sich nämlich selbst so bezeichnet - bezeichnen würden. Später habe ich dann für jemanden gearbeitet, der sich selbst als angebotsorientiert bezeichnet hat und den Sie wahrscheinlich einen Monetaristen

**(Dr. Heiner Garg)**

nennen würden. Das Problem bei dem keynesianischen Kollegen war, dass er, wie er in seinen Übungen und Vorlesungen immer wieder dargelegt hat, die gesamte deutsche Einheit - deren Finanzierung ist ja Ihr Steckenpferd, Frau Spoorendonk - über die zweite Kaldorianische Verteilungsgleichung finanzieren wollte. Bis zu einem gewissen Grade hat Bundeskanzler Kohl das ja auch versucht. Was dabei bedauerlicherweise herausgekommen ist, sehen wir nun. Ich bin sicher, dass bei der Finanzierung der deutschen Einheit massive Fehler gemacht worden sind. Hinterher ist man aber immer klüger. Wir hatten vor zwölf Jahren für dieses Projekt keine Blaupause. Das ist kein gutes Beispiel für nachfrageorientierte oder keynesianische Politik.

Frau Kollegin Spoorendonk, ich habe mich zu einer Zwischenfrage gemeldet, weil die Vorstellung, man könnte die Staatsfinanzen durch die reine Lehre, also durch reine keynesianische, nachfrageorientierte Politik in Ordnung bringen, zwar sehr schön und lehrbuchmäßig immer einfach zu erklären ist. Da funktioniert immer alles bei den beiden grundsätzlichen Gleichungen, die man dafür braucht. Das Problem ist allerdings, dass wir in einem föderalen System leben.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

**Vizepräsident Thomas Stritzl:**

Ich darf darum bitten, Gespräche draußen zu führen.

**Dr. Heiner Garg [FDP]:**

Die Voraussetzung, dass dieser Theorieansatz in praktische Politik umgesetzt werden könnte, wäre, dass alle 16 Bundesländer und der Bund gleichzeitig eine gleichgerichtete, nämlich genau dem Lehrbuch folgende Politik machen müssten, und das widerspricht in vielen Fällen den Interessen der Länder, die im Zweifel vor ganz anderen Finanzproblemen stehen oder möglicherweise zu dem Zeitpunkt, für den der Bund die Notwendigkeit sehen würde, überhaupt keine Finanzprobleme haben.

Liebe Kollegin Spoorendonk, so charmant der Vorschlag auch immer ist, die reine Lehre oder ein keynesianischer Ansatz in einem föderalen System wie der Bundesrepublik Deutschland mit 16 Bundesländern und dem Bund als Finanzverantwortliche wird bedauerlicherweise nie funktionieren.

Ich darf noch eines hinzufügen: Die Finanzpolitik war in weiten Strecken der Bundesrepublik immer eher nachfrageorientiert denn angebotsorientiert. Dass das nicht so ganz geklappt hat, darüber haben wir uns heute schon über 60 Minuten unterhalten.

**Vizepräsident Thomas Stritzl:**

Für die Landesregierung erteile ich Frau Ministerpräsidentin Simonis das Wort.

**Heide Simonis, Ministerpräsidentin:**

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Erlauben Sie mir bitte einige Bemerkungen zur Richtigstellung.

Der designierte Bundespräsident hat uns allen einiges ins Stammbuch geschrieben. Darüber habe ich mich geärgert, aber immerhin. Er hat gesagt, die Agenda 2010 ist ein Schritt in die richtige Richtung.

Deshalb hätten wir heute gute Möglichkeiten gehabt, uns darüber zu unterhalten, ob wir auf einer solchen Basis nicht vielleicht auch überlegen könnten, was man in diesem Land gemeinsam oder was man auf keinen Fall gemeinsam macht. Es gibt auch Sachen, die man nicht gemeinsam machen kann.

(Martin Kayenburg [CDU]: Dann machen Sie doch einmal Vorschläge!)

- Lieber Herr Oppositionsführer, Sie haben mich mit Ihrer Bemerkung vorhin hier hingetrieben. - Stattdessen erheben Sie immer die gleichen Vorwürfe. Es kommt reflexartig: Frau Simonis, Sie sind eine Steuererhöherin.

(Zurufe von der CDU: Ja!)

Warum haben Sie denn nicht mit uns darüber diskutiert - was Frau Spoorendonk gesagt hat -, dass in den Ländern, in denen die Mehrwertsteuer höher ist, aber die Lohnnebenkosten niedriger oder bei null sind, die Balance bei der Arbeitslosigkeit, die Balance in Haushalten erreicht worden ist?

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Zuruf des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

Das ist nicht nur Dänemark. Es ist quasi in jedem Land, wo man diesen Systemwechsel durchgeführt hat. Darüber hätte man sich unterhalten können.

Ja, ich habe auch gesagt: Die **Erbschaftsteuer** muss erhöht werden. Es kann doch nicht angehen, dass jeder in diesem Land einen Beitrag zur Sanierung des Landes leisten muss, nur diejenigen, die ein großes Erbe machen, geben nicht einen Pfennig. Das ist keine Steuererhöhung, die die Leute davon abbringen könnte zu arbeiten, das ist allein der Versuch, ein bisschen Gerechtigkeit walten zu lassen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**(Ministerpräsidentin Heide Simonis)**

Ich muss Ihnen ehrlich sagen: Die **Kopfpauschale**, die Sie vorgeschlagen haben, wo der Pfortner und ich das Gleiche in die Krankenkasse zahlen sollen, ist mir unangenehmer als die Diskussion über die Erbschaftsteuer. Damit kann ich ganz gut leben.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Damit auch darüber Klarheit herrscht: Sie haben den Landesrechnungshofbericht immer auf Ihrer Seite, das ist ja auch Ihr gutes Recht. Aber nehmen Sie bitte auch die Passagen mit, die nicht so schön sind. Wenn der Rechnungshof beispielsweise empfiehlt, jede freigewordene Polizistenstelle abzubauen, wegfallen zu lassen, müssen Sie das den Polizisten sagen.

(Martin Kayenburg [CDU]: Das müssten wir sagen, wenn wir es täten!)

Das müssen Sie ihnen schon sagen. Wenn Sie den **Rechnungshofbericht** als die Grundlage für Ihre Kritik nehmen, müssen Sie auch diese Punkte nennen. Und Sie müssen einem Viertel der Beschäftigten in unserer Verwaltung sagen, dass der Landesrechnungshof vorschlägt, ihre Stellen abzubauen, 1.000 Stellen. Auch das müssen Sie mit dazu sagen.

(Martin Kayenburg [CDU]: Haben wir gesagt!)

Immer nur einen Teil zu diskutieren, führt am Ende dazu, dass es Ihnen passieren kann wie Frau Merkel, über die heute in der „Financial Times“ steht: „Saboteure im Bundestag“. Das ist ein ziemlich heftiger Vorwurf für eine Frau, die angetreten ist, um Macht zu gewinnen.

Letzte Bemerkung! Ich bin vorhin fast von meinem Stuhl gefallen, als Sie gesagt haben, Herr Oppositionsführer, der Finanzminister habe das Land in den Dreck gefahren.

(Zurufe von der CDU: Das hat er ja auch!)

Sie merken gar nicht, was Sie da machen. Dann ist es fast unmöglich, es Ihnen zu erklären. Sie können doch nicht von dem Land, in dem Sie Parlamentarier sind, sagen, es sei im Dreck. Wer um Himmels willen soll denn hier Urlaub machen, wer um Himmels willen soll sich denn hier ansiedeln, wer um Himmels willen soll denn hier wohnen,

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zurufe von der CDU)

wenn Sie hier hingehen und das Land, für das auch Sie als Opposition Verantwortung tragen, nach außen so beschreiben? Stellen Sie sich einmal so eine Überschrift vor: Schleswig-Holstein ist in den Dreck ge-

fahren worden! Ich muss Ihnen ehrlich sagen: Wenn das einer von uns gesagt hätte, hätte ich erstens gequatscht und zweitens hätten Sie hier sofort einen Antrag gestellt, dass derjenige hier hinzitiert und befragt worden wäre.

(Zurufe von der CDU)

Herr Oppositionsführer, es ist Ihr gutes Recht, auf uns herumzuhacken, soviel Sie wollen. Das ist nun auch einmal die Aufgabe der Opposition und Sie üben ja auch noch einmal schön für das nächste Jahr, damit es weitergehen kann.

(Zurufe von der CDU)

Ich weise hier mit allem Nachdruck zurück, dass dieses Land a) im Dreck ist, b) diese Bezeichnung verdient hat, und c) - Sie sind doch sonst so patriotisch - halte ich es für unpatriotisch, vom eigenen Heimatland zu sagen, dass es in den Dreck gefahren worden ist. Das tut mir sehr Leid.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Vizepräsident Thomas Stritzl:**

Ich verweise auf § 58 Abs. 1 unserer Geschäftsordnung. Jetzt steht allen Fraktionen fünf Minuten Redezeit zu, soweit Sie davon Gebrauch machen wollen. Eine Wortmeldung liegt vor. Für die Fraktion der CDU erteile ich Herrn Abgeordneten Rainer Wiegard das Wort.

**Rainer Wiegard [CDU]:**

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Ministerpräsidentin, ich glaube, man kann dieses Land so schlecht nicht reden, wie die Politik ist, die für dieses Land gemacht wird, von Ihnen in den letzten Jahren zu verantworten.

(Beifall bei CDU und FDP)

Ich hätte mir eigentlich gewünscht, dass ein paar mehr Sachbeiträge geleistet werden vom Herrn Finanzminister zu dem, was das Parlament beschlossen hat, nämlich einen Bericht über die finanzielle Lage, in der sich dieses Land befindet, abzugeben.

Lassen Sie mich zum Beitrag der Ministerpräsidentin kurz zwei Punkte anführen. Sie sagen, Ihr Vorschlag, die **Mehrwertsteuer** zur Entlastung der **Lohnnebenkosten** zu erhöhen, sei der Königsweg. Darüber haben wir schon mehrfach, auch in anderen Runden, miteinander diskutiert. Einfach die Mehrwertsteuer zu erhöhen und dann einen Betrag an die gesetzliche Krankenversicherung zu überweisen, ist garantiert nicht der Königsweg, sondern der Königsweg ist, erst

(Rainer Wiegard)

einmal die Strukturen in der gesetzlichen Sozialversicherung neu zu ordnen,

(Beifall bei CDU und FDP)

sie von Kosten zu befreien, die nicht dahin gehören, festzulegen, wer sich gegen welche Risiken zu versichern hat, und dann festzulegen, welche Leistungen der gesetzlichen Sozialversicherung aus allgemeinen Steuermitteln zu befriedigen sind, weil die Gesellschaft sie will. Darüber müssen wir zuerst reden. Wenn diese Reihenfolge eingehalten wird, sind wir auf dem richtigen Weg.

Meine Damen und Herren, Ihr Beitrag zur **Stärkung der Gerechtigkeit** in Deutschland und Schleswig-Holstein ist, dass Sie die Erbschaftsteuer anheben wollen mit einem riesigen Monstrum, das Sie da bewegen wollen. Nach Ihren eigenen Berechnungen bewegt das immerhin 16 Millionen € mehr in die Kassen des Landes Schleswig-Holstein. Großartig! Damit decken Sie wenigstens ein Drittel der zusätzlichen Zinslasten, die Sie fürs nächste Jahr im Haushalt einplanen. Das ist bedeutender Beitrag zu mehr Gerechtigkeit in Schleswig-Holstein!

Ich bitte, dass wir nur ernst gemeinte Zuschriften entgegennehmen, die auch wirklich Wirkung entfalten.

(Beifall bei CDU und FDP)

Herr Finanzminister, das war eine teure Rede, die Sie hier heute Morgen gehalten haben. Es war die teuerste Rede, die ein Finanzminister vor dem Plenum des Schleswig-Holsteinischen Landtages je gehalten hat. Nie hat ein Finanzminister in der Zeit, in der er hier gesprochen hat, so viel **Zinsen für Schulden** bezahlen müssen wie Sie. Nie hat ein Finanzminister in der Zeit, in der er hier gesprochen hat, so viel neue Schulden aufgenommen wie Sie. Das hätte zur Beschreibung der Lage der öffentlichen Finanzen des Landes Schleswig-Holstein gehört, wenn Sie den Auftrag heute Morgen pflichtgemäß erfüllt hätten.

Stattdessen pöbeln Sie schon im ersten Satz gegen die Opposition, als sei die dafür verantwortlich, welche finanziellen Zustände hier herrschen.

Es gibt die Aussage, insbesondere von Herrn Hay, dass es nun keinen Sinn mache, einen Nachtragshaushalt aufzustellen und etwa eine Haushaltssperre zu verfügen. Ich darf Ihnen eine Pressemitteilung vorlesen: „Der Finanzminister hat heute, 15. Mai, angekündigt, dem Kabinett einen Nachtragshaushalt vorzulegen. Mit dem Nachtragshaushalt sollen die drohenden Steuermindereinnahmen kompensiert werden. Zur Unterstützung der nötigen Einsparungen hat der Finanzminister eine differenzierte Haushaltssperre

verfügt.“ Es handelt sich um den 15. Mai 2001! Die Steuerschätzung hatte ergeben, dass wir eine Steuermindereinnahme von 30 Millionen € haben werden. Wegen 30 Millionen € wurden alle gesetzlich und verfassungsmäßig zulässigen Notmaßnahmen getroffen. Aber heute, bei Größenordnungen, die in die Milliarden gehen, sagen Sie, das sei alles nicht notwendig, das sei alles nicht sinnvoll.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, zur Beschreibung hätte es gehört, dass Sie wenigstens das Ergebnis der **Steuerschätzung** einmal der Öffentlichkeit und dem Hause offen und transparent dargestellt hätten. Zum Ergebnis der Steuerschätzung gehört - Herr Finanzminister, wenn Sie die Güte hätten, einmal zuzuhören; offensichtlich kennen Sie die Zahlen nicht, deshalb möchte ich sie Ihnen vortragen - erstens der Haushalt 2004, den Sie mit Ihrer Mehrheit hier im Dezember beschlossen haben, und dazu gehört zweitens der Bericht über die Auswirkungen der nach der Haushaltsverabschiedung erfolgten Einigung im Vermittlungsausschuss, den Sie am 22. Januar dem Hause vorgelesen haben. Da haben Sie gesagt, dass dies 120 Millionen € mehr in die Kassen des Landes bringt. Das ist dann die Grundlage, nämlich 5,025 Milliarden € Haushalt plus 120 Millionen € angebliche Mehreinnahmen durch den Vermittlungsausschuss, das ergibt 5,1 Milliarden € **angenommene Steuereinnahmen**. - Da brauchen Sie nicht den Kopf zu schütteln, Herr Finanzminister. Das ist die Grundlage, auf der wir hier zu diskutieren haben. Das Land wird aber nach dieser Steuerschätzung zum ersten Mal tatsächliche **Steuermindereinnahmen** gegenüber dem Vorjahr in Höhe von 200 Millionen € haben, die auch etwas mit der konjunkturellen Lage zu tun haben. Es hätte sich gehört, dass Sie das hier darstellen.

Zur Beschreibung der Lage hätte auch gehört - ich habe das vorhin hochgehalten; vielleicht können wir uns da ja noch miteinander austauschen -, dass Sie sich die drei **Eckdaten**, auf denen die Finanzlage unseres Landes beruht, zu Gemüte führen. Sie hatten am Ende des vergangenen Jahres einen Schuldenberg von 19 Milliarden €. Am Ende dieses Jahres werden es vermutlich 20 Milliarden € sein, und zum Ende Ihrer Regierungszeit mit dem Haushalt 2005 werden Sie mehr als 21 Milliarden € Schulden aufgetürmt haben. Allein in den Jahren, in denen ich dem Landtag angehören durfte, nämlich seit 2000, haben Sie an Schulden und Vermögensveräußerungen so viel Schaden angerichtet, wie die CDU-geführte Landesregierung in 40 Jahren für den Aufbau des Landes Schleswig-Holstein verwendet hat.

(Beifall bei der CDU)

(Rainer Wiegard)

In nur sechs Jahren haben Sie die gleiche Summe zusammengetragen, nämlich fast 8 Milliarden €, meine Damen und Herren!

Sie sagen, das sei überall so, und Sie sagen auch, dafür sei die Bundesregierung und seien alle anderen mitverantwortlich. Es gibt heute die Veröffentlichung der **Pro-Kopf-Verschuldung** der Flächenländer. Warum liegt Schleswig-Holstein denn am Ende aller Länder und warum liegt Deutschland am Ende aller Staaten in Europa? Das hat etwas mit der Politik zu tun, die Sie mit begleitet haben.

(Beifall bei CDU und FDP)

Die Frau Ministerpräsidentin hat im vergangenen Jahr bei den Haushaltsberatungen gesagt: Wir sind zur Umsetzung der Vorschläge der rot-grünen Bundesregierung bis an die Grenze der Belastbarkeit Schleswig-Holsteins gegangen. Wie kommen Sie eigentlich dazu, bis an die Grenze der Belastbarkeit Schleswig-Holsteins zu gehen, um Vorschläge der rot-grünen Bundesregierung umzusetzen - Herr Kayenburg hat es vorhin angesprochen -, die uns insgesamt nur schaden und nicht helfen?

**Vizepräsident Thomas Stritzl:**

Herr Kollege!

**Rainer Wiegard [CDU]:**

Ich komme zum Schluss, Herr Präsident.

Ich will nur noch einmal ein Zitat vorlesen, da Sie diesmal dabei sind, Frau Ministerpräsidentin, das aus Ihrer ersten Haushaltsrede als Finanzministerin des Landes Schleswig-Holstein am 6. Dezember 1988 stammt und im Wesentlichen beschreibt, wo das Manko unseres Landes liegt, seit Sie hier die Verantwortung übernommen haben. Sie sagten:

„Ich komme zu einem weiteren wichtigen Eckdatum eines jeden Landeshaushalts, nämlich den Investitionen. Da die Investitionen von heute die Voraussetzungen beziehungsweise der Anreiz für private Investitionen von morgen sind und damit also auch über die Arbeitsplätze von morgen und die soziale Leistungsfähigkeit entscheiden,“

- über all das haben wir heute viel gesprochen -

„ist dies ein Punkt, der erschrecken muss, wenn man sich im Süd-Nord-Gefälle ansieht, wie die Sachinvestitionen der einzelnen Länder aussehen. Wir wollen“

- so haben Sie am 6. Dezember 1988 gesagt -

„den rückläufigen Trend der Investitionsquoten aufhalten und die Investitionsquote von 16,2 % auf 17 % erhöhen.“

Das war die Frau Ministerpräsidentin. Hätten Sie es nur getan! Sie haben sie tatsächlich halbiert. Im letzten Jahr und im vorletzten Jahr, in denen Sie die Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts erklärt haben, haben Sie die niedrigsten **Investitionen** aller Zeiten für Schleswig-Holstein aus diesem Landeshaushalt bewirkt. Das ist eine der wesentlichen Ursachen für die Misere, in der wir uns befinden.

(Beifall bei CDU und FDP)

**Vizepräsident Thomas Stritzl:**

Herr Kollege, die CDU hatte noch eine Restredezeit von zwei Minuten. Zusätzlich zu den fünf Minuten, die vereinbart waren, ergibt das entsprechende Redezeiten.

Jetzt hat der Kollege Karl-Martin Hentschel für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

**Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich fand es interessant, dass Sie in diesem Zusammenhang auf den Nachtragshaushalt des Jahres 2001 eingegangen sind. Ich finde, das zeigt, wie beliebig Sie hier argumentieren. Im Jahre 2001 waren zwei Dinge anders als heute. Erstens gab es eine andere Konjunkturlage. Damals gingen alle Konjunkturprognosen davon aus, dass es einen selbst tragenden Aufschwung gibt. Das ist zurzeit nicht der Fall. Das heißt, es geht im Moment um die Frage: Macht es Sinn, noch weitere Einsparungen vorzunehmen, oder gefährdet das das zurzeit gestörte gesamtwirtschaftliche Gleichgewicht? Das ist der erste Unterschied.

Der zweite Unterschied ist: Der Nachtrag bezog sich auf den laufenden Haushalt. Der laufende Haushalt für 2004 ist aber gedeckt.

(Rainer Wiegard [CDU]: Er ist verfassungswidrig!)

Wir reden über den Haushalt von 2005. Es handelt sich um zwei völlig verschiedene Dinge, die Sie einfach mal zusammengebracht haben, ohne darauf überhaupt einzugehen. Das ist nicht zulässig, Herr Wiegard.

Ich möchte nun auf die Frage der deutschen Einheit eingehen, weil die hier zweimal angesprochen worden ist. Es gab ein Modell für die Finanzierung der **deutschen Einheit** und das Modell ist der **Lasten-**

(Karl-Martin Hentschel)

**ausgleich** von 1948. Damals hatten wir eine außerordentliche Situation, in der alle Vermögen mit einer Sonderabgabe von 50 % belastet worden sind, um in dieser einmaligen Situation die Lasten zu finanzieren. Diese Lasten sind auf alle umgelegt worden. Dieser Vorschlag lag 1990 auf dem Tisch. Er ist damals auch von meiner Partei gemacht worden. Dieser Vorschlag ist nicht aufgegriffen worden. Es hätte ausgereicht, eine 10-prozentige **Sonderabgabe** auf sämtliche Vermögen zu erheben. Die hätte man über zehn Jahre strecken können. Das hätte den Leuten wenig ausgemacht. Das wären jährlich 1 % gewesen. Damit wäre die deutsche Einheit finanziert gewesen. Niemand hätte irgendetwas dagegen sagen können, in dieser Situation von 1990, als alle von der deutschen Einheit begeistert waren, dass jeder 10 % seines Vermögens abgibt, um die deutsche Einheit zu finanzieren.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Das ist nicht gemacht worden. Stattdessen hat man die **Sozialkassen** ausgeräubert und hat blühende Landschaften versprochen. Ich halte das immer noch für einen gravierenden Fehler. Ich habe Ihre Argumentation wirklich nicht verstanden.

Zu den Schulden! Es ist richtig, wir haben die höchsten **Schulden**. Aber Schleswig-Holstein hatte bereits die höchsten Schulden, als die Regierung 1988 wechselte.

(Widerspruch bei der CDU)

Das müssen Sie ehrlicherwise auch sagen. Es gehört zumindest zur Ehrlichkeit, dass man so etwas sagt.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Wir tun nichts weiter, als Jahr für Jahr die Zinsen zu zahlen. Hätten wir diese Vorbelastung nicht gehabt, hätten wir jedes Jahr ein Plus gemacht. Das muss man ehrlicherwise auch sagen.

(Zuruf von der FDP: Herr Hentschel, was haben Sie denn für Zahlen?)

Letzter Punkt: Herr Wiegard, Sie haben Ihre Rede mit der Forderung nach einem Nachtrag begonnen. Ich verstehe den **Nachtrag** angesichts der Situation so, dass Sie sagen, man sollte die Ausgaben kürzen. Am Ende Ihrer Rede haben Sie dann von mehr Investitionen gesprochen. Mehr Investitionen bedeuten doch, die Ausgaben anzuheben. Ich finde, für beides spricht viel.

Wir brauchen mehr **Investitionen**, wir brauchen auch eine **Kürzung der Ausgaben**. Das ist auch genau der Weg, den wir ständig beschreiten. Ich finde es richtig,

dass Sie diese Punkte ansprechen. Aber am Anfang der Rede zu sagen, Sie forderten sofort einen Nachtrag und die Senkung der Ausgaben, und am Ende der Rede zu sagen, Sie forderten mehr Investitionen und eine Erhöhung der Ausgaben, ist zumindest inkonsequent und unrichtig, Herr Wiegard.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei SPD und SSW)

Und es bestätigt das, was meine Kollegin Heinold gesagt hat: Sie sind nicht in der Lage, Alternativen zur bestehenden Haushaltspolitik vorzutragen, Sie sind nur in der Lage, inkonsequent einzelne Punkte zu kritisieren, allerdings mit Vorschlägen, die sich jedes Mal insgesamt widersprechen. Das hilft uns leider nicht weiter, so sehr ich mich auch freuen würde, wenn Sie einen Vorschlag machen würden, der uns weiterhelfen könnte.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

**Vizepräsident Thomas Stritzl:**

Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Dann schließe ich die Beratung. Ich gehe davon aus, dass der Berichtsantrag Drucksache 15/3431 durch die Berichterstattung der Landesregierung selbst seine Erledigung gefunden hat. - Ich bedanke mich. Damit ist der Tagesordnungspunkt 23 erledigt.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 24 auf:

**Erhalt der Tarifautonomie im öffentlichen Dienst**

Antrag der Fraktion der SPD  
Drucksache 15/3433

Antrag der Fraktion der CDU  
Drucksache 15/3480

Ich darf fragen: Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Ich möchte darauf hinweisen, dass mit dem Absatz 2 des Antrages Drucksache 15/3433 sowie mit dem Antrag Drucksache 15/3480 ein schriftlicher und auch ein mündlicher Bericht in dieser Tagung beantragt werden. Ich schlage vor, zunächst über diese beiden Berichtsanträge gemeinsam abzustimmen. Ist das in Ordnung? - Wer dann zunächst den Berichtsanträgen seine Zustimmung geben will, den darf ich um sein Handzeichen bitten. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Damit sind diese Berichtsanträge beschlossen. Wir kommen zunächst zu dem mündlichen Bericht der Landesregierung.

Für die Landesregierung erteile ich Herrn Finanzminister Dr. Stegner das Wort.

**Dr. Ralf Stegner**, Finanzminister:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich darf mich bei den Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für die Gelegenheit bedanken, über dieses wichtige Thema hier heute zu sprechen.

Worum es geht, ist ganz einfach gesagt. Wir haben große Probleme in den **öffentlichen Haushalten**, die wir eben unterschiedlich sachgerecht diskutiert haben. Das bedeutet auch, dass wir bei den **Personalkosten** zu Begrenzungen kommen müssen, nicht nur davon reden, sondern es auch tun müssen. Das ist einer der Punkte, Herr Kayenburg, bei denen ich wirklich sagen muss: Warum stimmen Sie eigentlich nicht mit, wenn wir so etwas vorschlagen? Sie versprechen den Menschen alles. Wir schlagen etwas vor, Sie stimmen dagegen. Und draußen wird dann gesagt: Eigentlich wäre das schon richtig. Das hat mit Verantwortung nichts zu tun.

Wir müssen also die Personalkosten begrenzen. Das tun wir. Das haben wir im **Beamtenbereich** getan, so wie sich das gesetzlich auch gehört. Aber im Angestelltenbereich und bei den **Arbeitnehmern** ist das Konzept der Landesregierung, dass man das nicht per Presseerklärung und per öffentlicher Drohkündigung macht, sondern dass wir miteinander **Tarifverhandlungen** führen und zu Ergebnissen kommen.

(Beifall der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD])

Diese Landesregierung bekennt sich ausdrücklich zur Tarifautonomie und zum **Flächentarifvertrag** auch im öffentlichen Dienst.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD - Zuruf von der CDU: Wir auch!)

- Wenn Sie sagen „Wir auch“, dann frage ich Sie, wie das damit zu vereinbaren ist, dass im Wesentlichen die CDU/CSU-regierten Länder, nämlich Herr Stoiber und Herr Koch, hingehen und sagen, sie seien dafür, die Arbeitszeit im öffentlichen Dienst schlichtweg anzuheben, und sie tun das; sie gehen hin und tun das.

(Rainer Wiegard [CDU]: Eben haben Sie das ganz anders zitiert!)

Wir haben in der Tarifgemeinschaft der Länder der Kündigung der Tarifverträge zugestimmt, um die TdL, die **Tarifgemeinschaft der Länder**, zu erhalten und um in der Lage zu sein, mit den Gewerkschaften zu verhandeln. Hessen ist ausgetreten und was sagt Herr Stoiber öffentlich, er sagt: Wir wollen den öffentlichen Dienst zum Vorreiter für die private Wirtschaft durch pauschale Arbeitszeiterhöhung machen.

Da kann ich Ihnen nur sagen, dass das der falsche Weg ist.

Im Übrigen, das, was Sie im **Vermittlungsausschuss** nicht erreicht haben, nämlich die Tarifautonomie kaputt zu machen, das wollen Sie nun hinten herum über den öffentlichen Dienst erreichen. Schleswig-Holstein ist stolz darauf, das Land zu sein, das diesen Weg nicht mitgeht. Denn wir brauchen keine pauschale Arbeitszeitverlängerung im öffentlichen Dienst.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Was wir brauchen, ist, dass wir darüber reden und verhandeln - und ich sage noch einmal, es ist ein Unterschied, ob man verhandelt oder ob man markige Presseerklärungen abgibt -, wie wir zu einer Begrenzung der Personalkosten in zweierlei Hinsicht kommen. Denn erstens wollen wir die Arbeitnehmer und die Beamten nicht generell unterschiedlich behandeln. Im Zusammenhang mit den **Sonderzuwendungen** sollten wir darüber in der Tat verhandeln, und zwar sozial ausgewogen. Die Schleswig-Holsteiner haben eine Regelung vorgelegt, die sozusagen die ausgewogenste in der ganzen Bundesrepublik ist - um das deutlich zu sagen. Darüber muss man reden. Aber bei den Arbeitsverträgen müssen wir über die **Flexibilisierung** reden und nicht über pauschale Erhöhung.

Ich will Ihnen dazu ein Beispiel nennen. Wir haben in den **Klinikbereichen** enorme Probleme und es droht dort eine massive Tariffucht, wenn wir das nicht geregelt bekommen. Deshalb müssen wir da zu einer Art **Beschäftigungspakt** kommen, sodass wir in der Lage sind, sowohl das zu tun, was im Haushalt notwendig ist, als auch zu erträglichen Bedingungen für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer kommen - und nicht immer zu Lasten derjenigen, die am wenigsten haben, wie das die Vorstellung der anderen ist. Das müssen wir anders hinbekommen.

(Beifall der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD])

Ich möchte noch etwas anderes sagen. Es ist doch wirklich absurd, wenn Länder hingehen und sagen, durch diese **Arbeitszeitverlängerung**, durch die pauschale, würden ihre Haushalte saniert. Gar nichts wird saniert. Wo werden denn die Leute eingestellt, Angestellte und Arbeiter? Wir stellen doch kaum jemand ein. Sie wollen doch sogar welche entlassen.

Die Modernisierung des BAT - na ja, Ihr Herr Carstensen sagt es mal so und Sie sagen wieder etwas anderes. Das stimmt ja nicht, das passt auch nicht zur Arbeitszeit, aber es hat wenig Sinn, sich damit zu

(Minister Dr. Ralf Stegner)

beschäftigen. Sie bestreiten das immer gerade so, wie es Ihnen passt.

(Zurufe von der CDU)

Der Punkt ist aber, dass wir über die **Modernisierung des Bundesangestelltentarifvertrages** reden müssen, der sich in der Tat zu einer Art Monstrum entwickelt hat.

(Beifall der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD])

Dagegen ist das Beamtenrecht geradezu ein Hort von Modernität, Liberalität und Mobilität. Das muss anders werden im BAT. Es ist auch viel interessanter für den öffentlichen Dienst, darüber zu verhandeln als über pauschale Arbeitszeitverlängerungen - und das nach dem Motto, wie es früher im preußischen Ständehaus üblich gewesen ist, mit den Arbeitnehmern umzugehen. Das können wir nicht tun. Wir sollten verhandeln.

Ich sage Ihnen: Schleswig-Holstein will versuchen, mit der Stimme der Vernunft - das ist schwierig, weil die Mehrheit das im Augenblick leider anders sieht - dazu beizutragen, dass wir mit den Gewerkschaften zurechtkommen.

Ich füge ein Letztes hinzu: Ich glaube eben nicht, dass Ihr Konzept richtig ist, dass Deutschland vorankommt, indem wir nur die Arbeitnehmer schlecht behandeln, Arbeitnehmerrechte abbauen und uns in Europa um die niedrigsten Löhne streiten.

(Beifall der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD])

Ich glaube eher, dass wir hoch qualifizierte Arbeitnehmer brauchen. Mit denen müssen wir ordentlich umgehen, mit denen müssen wir verhandeln statt verordnen. Dann kommen wir auch zu vernünftigen Ergebnissen, zu denen dann auch Zumutungen dazugehören. Sie drohen öffentlich, aber wenn es konkret wird, dann flüchten Sie sich ins Gebüsch und versprechen alles Mögliche. Das passt einfach nicht zusammen und ist keine Verantwortung, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Ich bin sehr zuversichtlich, dass die Mehrheit dieses Hauses - das wird auch außen wahrgenommen - mit den Arbeitnehmern ganz anders umgeht und dass wir beides erreichen, das, was für die Haushalte notwendig ist und gleichzeitig unsere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ordentlich behandeln können.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Martin Kayenburg [CDU]: Das

haben wir bei der Rentenpolitik gesehen, bei der Gesundheitspolitik und bei der 10-€-Praxisgebühr!)

**Vizepräsident Thomas Stritzl:**

Das war zunächst der mündliche Bericht. Ich eröffne die Aussprache. Das Wort für die Fraktion der SPD hat Herr Abgeordneter Thomas Rother.

**Thomas Rother [SPD]:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Erst einmal vielen Dank an die Landesregierung für den ausführlichen mündlichen Bericht. Der wird dann ja auch noch schriftlich ergänzt werden.

Kolleginnen und Kollegen, aus dem Tarifgeschäft haben wir uns als Politik eigentlich weitgehend herauszuhalten. Die aus der Koalitionsfreiheit des Grundgesetzes abgeleitete **Tarifautonomie** gebietet das auch. Tarifverhandlungen sind Sache der Tarifparteien. Wenn es um den öffentlichen Dienst geht, wird das manchmal etwas schwierig. Einerseits haben wir mit der Beamtenbesoldung ein besonderes System, auf das wir unmittelbar Einfluss nehmen können, andererseits zwingt uns nicht nur die Haushaltssituation, sondern auch die Gleichbehandlung aller Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im öffentlichen Dienst zu Positionsbestimmungen. Mit diesen Zwängen sollten allerdings alle politischen Akteure verantwortungsbewusst umgehen.

Es ist richtig, dass wir im **Beamtenrecht** für eine **Öffnungsklausel** eingetreten sind. Wir halten eine Neuregelung beim **Urlaubs- und Weihnachtsgeld** für Arbeiter- und Angestellte entsprechend der Regelungen für Beamte für erforderlich.

Es ist auch richtig, dass wir für ein eigenes **Beihilferecht** in Schleswig-Holstein eintreten, um die teilweise absurden Regelungen des Bundesrechts hier bei uns zu vermeiden. Und es ist weiter auch richtig, dass die Beförderungsstruktur nicht nur bundesweit, sondern auch innerhalb unseres Landes von Kommune zu Kommune sehr unterschiedlich ist.

Das sind alles Sachverhalte, die sich vor allem daraus ergeben, dass wir noch immer kein einheitliches öffentliches Dienstrecht haben. Das sind Sachverhalte, die aber den Rahmen des Bundes nicht verletzen. Dieser Rahmen wird nicht von der Regierung in Frage gestellt. Dazu gibt es auch den Antrag der CDU und ich verweise in diesem Zusammenhang auf das Papier der Landtagspräsidenten - Heinz-Werner Arens ist leider nicht im Raum - aus dem April, das hierzu eine Klarstellung enthält.

(Thomas Rother)

Was sich allerdings die Mehrzahl der **öffentlichen Arbeitgeber** – namentlich die B-Länder – im Tarifbereich gegenwärtig erlaubt, geht weit über diese Punkte hinaus und gefährdet die Tarifautonomie und den Flächentarifvertrag, die sich beide in der Vergangenheit bewährt haben.

Die B-Länder unterlaufen damit auch die Vereinbarung zur Neugestaltung des Tarifrechts vom 9. Januar 2003, in der unter anderem ausgeführt ist:

„Die Tarifparteien sind sich darin einig, dass der öffentliche Tarifverbund zu erhalten ist... Bei der Neugestaltung des Tarifrechts des öffentlichen Dienstes lassen sich die Tarifparteien von folgenden wesentlichen Zielen leiten...

- eine Auswahl: „Lösung vom Beamtenrecht, einheitliches Tarifrecht für Angestellte und Arbeiter.“

Die **Tarifgemeinschaft deutscher Länder** mit der CDU/FDP-Mehrheit pfeift mittlerweile auf diese Ziele, Herr Kayenburg. Damit wird die Gemeinsamkeit aller öffentlichen Arbeitgeber inklusive Bund und Kommunen - gucken Sie sich mal die letzten Mitteilungen des Landkreistages an - zerstört. Damit wird die Tarifgemeinschaft selbst zerstört, denn Hessen ist ja schon ausgetreten; andere reden über einen Ausstieg. Damit wird zu Regelungen zur Wochenarbeitszeit wie in Bayern ermuntert, was immer diese auch bringen sollen. Damit werden Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst gefährdet und betriebsbedingte Kündigungen immer wahrscheinlicher. Peter Harry Carstensen - je nachdem, wie der Wind gerade weht - lässt grüßen!

Die B-Länder haben die Verhandlungen zu Urlaubs- und Weihnachtsgeld - wahrscheinlich sehr bewusst - gründlich missverstanden und nutzen dies zu einem Großangriff auf Tarifautonomie und Flächentarifvertrag. Maßnahmen, die gerade dazu dienen sollten, den **Flächentarifvertrag** - insbesondere den BAT; der Finanzminister hat darauf hingewiesen - zu entwickeln und zu stärken, werden zur Tariffucht missbraucht. Es kommt einem vor wie die Rache für das Scheitern der Gesetzesinitiativen von CDU/CSU und FDP im Bundestag vor gut einem Jahr, als noch gefordert wurde, Tarifverträge zugunsten betrieblicher Regelungen aufzuweichen und auf diesem kalten Wege die Beteiligung der Gewerkschaften an der Regelung von Löhnen und Arbeitsbedingungen zu unterlaufen.

Ich erinnere mich noch gut an die Proteste vor dem Landeshaus zu Urlaubs- und Weihnachtsgeld. Und ich erinnere mich auch noch sehr gut an die Krokodilstränen der Opposition an dieser Stelle. Das Ver-

halten der B-Länder bestätigt leider, dass die Befürchtungen der Gewerkschaften, die damals geäußert worden sind, gerechtfertigt waren. Aber die Arbeitnehmer im öffentlichen Dienst und ihre Gewerkschaften werden wissen, wer mit ihnen in dieser Frage ehrlich umgeht und verhandelt und wer Beförderungen - gelegentlich das volle Urlaubs- und Weihnachtsgeld - verspricht und wie die Arbeitswirklichkeit in den Ländern aussieht, wo diese Leute regieren.

Lieber Herr Finanzminister, für Ihr geschildertes Vorgehen haben Sie unsere Unterstützung.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsident Thomas Stritzl:**

Für die Fraktion der CDU erteile ich Frau Abgeordnete Monika Schwalm das Wort.

**Monika Schwalm [CDU]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Bericht des Finanzministers und auch die Ausführungen des Kollegen Rother zum Stand der Neugestaltung des Tarifrechts haben deutlich gemacht, wie schwierig die aktuelle Gemengelage ist.

Im Rahmen der Tarifrunde 2002/2003 haben die Vertragsparteien vereinbart, das **öffentliche Tarifrecht** neu zu gestalten. Arbeitsgruppen wurden gebildet und ein Zeitplan verabschiedet. Das neue Tarifrecht sollte flexibel, einfach, verständlich, leistungsorientiert und wettbewerbsfähig sein.

Der BAT ist seit 1961 in seiner Substanz im Wesentlichen unverändert. Verwaltungen und Betriebe sind nicht mehr so wie vor 40 Jahren. Veränderte Bedingungen am Arbeitsplatz, die Entwicklung vieler Verwaltungen zum Dienstleister, die erhöhten Anforderungen an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im öffentlichen Dienst verlangen nach einer Neugestaltung.

(Beifall der Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU] und Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Darüber sind sich im Grundsatz alle einig: die öffentlichen Arbeitgeber von Bund, Ländern und Gemeinden und die Gewerkschaften. Auch meine Fraktion ist der Auffassung, dass die Reformen nicht beim Beamtenrecht stehen bleiben dürfen, sondern dass wir auch eine Reform des BAT brauchen.

(Beifall bei CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Monika Schwalm)

Das habe ich hier bereits verschiedentlich deutlich gemacht.

Schwerpunkte der Verhandlungen sind die Arbeitszeit, die Mantelbestimmungen, die Eingruppierung und die Entgelttabellen. In allen vier Bereichen gibt es bereits einige grundsätzliche Übereinstimmungen zwischen den öffentlichen Arbeitgebern und der Gewerkschaft, aber die Liste der Punkte, für die es noch keine Einigung gibt, ist erheblich länger.

Der vereinbarte Zeitplan, die **Eckpunkte** dieses neuen Tarifsrechts bis Ende März beziehungsweise Juni 2004 festzulegen, ist nicht mehr zu halten. Als besondere Problempunkte haben sich die Fragen der Regionalisierung und des Arbeitszeitgesamtvolumens herausgestellt.

Nachdem die **Tarifgemeinschaft deutscher Länder** den Tarifvertrag über die **Arbeitszeit** der Angestellten und Arbeiter im öffentlichen Dienst, die zurzeit 38,5 Stunden beträgt, am 26. März 2004 mit Wirkung zum 1. Mai 2004 gekündigt hat, hat die Gewerkschaft ver.di die Verhandlungen für gescheitert erklärt. Im Vorfeld der Kündigung haben sich auf Fachebene alle Referenten aller Länder - auch die aus Schleswig-Holstein - für eine Kündigung ausgesprochen.

(Martin Kayenburg [CDU]: Hört, hört!)

Auch die **Ministerpräsidentenkonferenz** hat sich mit diesem Thema beschäftigt, und zwar einen Tag vor der Kündigung, am 25. März. Dabei waren die SPD-Länder in dieser Frage zunächst sehr zögerlich.

Während sich dann Nordrhein-Westfalen und Bremen für eine Kündigung ausgesprochen haben, waren Ministerpräsident Beck und unsere Ministerpräsidentin nicht für die Kündigung.

(Martin Kayenburg [CDU]: Nur für eine Nacht!)

- Das kommt jetzt.

In der Sitzung der Tarifgemeinschaft deutscher Länder hat Schleswig-Holstein dann doch für die Kündigung gestimmt - aus Solidarität und um die TdL zu erhalten.

Nordrhein-Westfalen, Bremen und Rheinland-Pfalz haben die Wochenarbeitszeit für Angestellte und Arbeiter inzwischen erhöht, obwohl Ministerpräsident Beck in der Ministerpräsidentenkonferenz dagegen war.

(Martin Kayenburg [CDU]: Das ist SPD-Politik)

Sie sehen, liebe Kolleginnen und Kollegen, die Front geht quer durch die Ministerpräsidentenkonferenz und quer durch die Parteien.

Bei der **Arbeitszeitverlängerung** für Arbeiter und Angestellte geht es den Ländern um strukturelle Einsparungen im **Personalbereich** und um eine Gleichbehandlung mit den Beamten. Der vor Jahren gefasste Beschluss, die Arbeitszeit für die Beamtinnen und Beamte in unserem Land zu erhöhen, war richtig. Gerade in einem kleinen Land wie Schleswig-Holstein belasten die Personalausgaben den Landshaushalt besonders. Zu fragen bleibt an dieser Stelle, warum Schleswig-Holstein den mitgetragenen Beschluss für die Angestellten und Arbeiter nicht umsetzt.

Die CDU-Landtagsfraktion hat bisher einmütig die Meinung des bayrischen Finanzministers geteilt, die TdL zu erhalten. Bayern hat entschieden, in der TdL zu bleiben. Genau wie eben bei den Ministerpräsidenten dargestellt, gibt es natürlich auf bei uns Kolleginnen und Kollegen, die inzwischen im Zweifel sind, ob das so richtig ist. Das gilt im Übrigen auch für die Beibehaltung der Gesetzgebungskompetenz des Bundes für die Besoldung und Versorgung der Beamtinnen und Beamten.

Unlogisch ist die Forderung nach dem Erhalt der Tarifautonomie und des Flächentarifvertrags, obwohl gleichzeitig im Zuge der **Föderalismusdiskussion** die Ministerpräsidenten fordern, die Gesetzgebungskompetenz des **Bundes** für die **Besoldung und Versorgung der Landesbeamten** auf die Länder zu verlagern.

Hier kommen wir an einen Konflikt. Hier gibt es weiteren Beratungs- und Diskussionsbedarf in allen Parteien, und zwar nicht nur in Schleswig-Holstein. Wir werden uns daher bei der Abstimmung zu Punkt 1 Ihres Antrages der Stimme enthalten.

Ich erwarte weitere Beratungen im Ausschuss und hoffe, dass es doch noch gelingt, den BAT neu zu gestalten.

(Beifall bei CDU und FDP)

**Vizepräsident Thomas Stritzl:**

Für die Fraktion der FDP erteile ich dem Herrn Abgeordneten Dr. Heiner Garg das Wort.

**Dr. Heiner Garg [FDP]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Kollege Rother, der einzige, der meiner Wahrnehmung nach heute Krokodilstränen

(Dr. Heiner Garg)

vergossen hat, war der Finanzminister Stegner und sonst niemand hier in diesem Haus.

Die Landesregierung hat über die Tarifgemeinschaft deutscher Länder alle **Arbeitszeitregelungen** der geltenden Tarifverträge für den **Landesdienst** mit dem Ziel der Arbeitszeitverlängerung ohne Lohnausgleich gekündigt.

Ministerpräsidentin Heide Simonis hat jeweils in den Ministerpräsidentenkonferenzen am 18. Dezember 2003 und 25. März 2004 ausdrücklich ihre Zustimmung zur Verlängerung der Arbeitszeit im öffentlichen Dienst gegeben; die Kollegin Schwalm hat daran erinnert.

Einerseits wirft Finanzminister Dr. Stegner, der auch stellvertretender Vorsitzender der Tarifgemeinschaft der Länder ist, den Ministerpräsidenten von Bayern und Hessen vor, sie würden im Streit um die **Arbeitszeitverlängerung** im öffentlichen Dienst einen Kurs der Totalkonfrontation gegenüber den Gewerkschaften steuern. Andererseits möchte der Finanzminister dieses Landes, der in der Öffentlichkeit jeden Eindruck vermeiden möchte, dass ihm nicht am Erhalt der Tarifautonomie und des Flächentarifvertrags gelegen ist, auch in Schleswig-Holstein die Verlängerung der Arbeitszeit insgesamt durchsetzen.

Nach dem Willen des Finanzministers müssen deshalb auch Arbeiter und Angestellte des öffentlichen Dienstes aus Kostengründen Einbußen hinnehmen, wie es bereits bei den Beamten geschehen ist.

Da stellt sich dann schon die Frage, Herr Dr. Stegner, warum der **Erhalt der Tarifautonomie und des Flächentarifvertrags** beschworen wird, obwohl Sie stellvertretend für Schleswig-Holstein genau aus diesem Tarifvertrag ausgestiegen sind und zumindest durch Ihr Handeln deutlich machen, dass Ihnen der Erhalt der Tarifautonomie und des Flächentarifvertrags nicht sonderlich am Herzen liegt, wie Sie es hier vorhin geschildert haben.

(Beifall bei der Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [FDP] und Martin Kayenburg [CDU])

Liebe Kolleginnen und Kollegen, selbstverständlich kann diese Landesregierung nicht erwarten, dass durch eine Kündigung **kurzfristige Einspareffekte** entstehen, und zwar schon allein deshalb, weil Tarifverträge nachwirken. Änderungen bei der Arbeitszeit können allenfalls bei Neueinstellungen, die im öffentlichen Dienst aber zurzeit bekanntlich so gut wie nicht mehr stattfinden, beziehungsweise bei einzelvertraglichen Änderungen durchgesetzt werden.

Die Kündigung der Verträge bedeutet eines: Sie markiert den Versuch, bei den anstehenden Verhandlungen

über die **Modernisierung und Flexibilisierung** mehr Druck auszuüben. Und genau das, Herr Finanzminister Dr. Stegner, werfen Sie den Ländern Bayern, Baden-Württemberg und Hessen vor. Sie tun es aber selbst.

(Dr. Ekkehard Klug [FDP]: Original!)

Seit Jahren wird darüber diskutiert, wie eine solche **Reform der Tarifverträge** im öffentlichen Dienst auszusehen hat. Ich will hier ganz deutlich sagen: Eine solche Reform liegt ausdrücklich im Interesse der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer.

(Martin Kayenburg [CDU]: So ist das!)

So ist es nicht sonderlich verwunderlich, dass die **Tarifparteien** im Hinblick auf die Flexibilisierung des Tarifvertrags, bei der Bezahlung von Führungsaufgaben sowie bei der Neugestaltung der Eingruppierung mit mehr als 17.000 Tätigkeitsmerkmalen gar nicht so weit auseinander sind.

Umso unverständlicher ist es, jetzt durch das Handeln des Finanzministers zu dokumentieren, dass die Verträge, die man sehenden Auges im Dezember letzten Jahres geschlossen hatte, von Anfang an nicht tragfähig waren. Wenn Schleswig-Holstein tatsächlich am Erhalt des **Flächentarifvertrags** gelegen ist und wenn es befürchtet, dass reichere Bundesländer durch Bezahlungsanreize die besten Kräfte abzuwerben versuchen, dann müssen Sie, Herr Dr. Stegner, dafür sorgen, dass motivierte, leistungsbereite und leistungswillige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes in diesem Bereich nicht durch taktische Spielereien verunsichert werden.

(Beifall bei FDP und CDU)

**Vizepräsident Thomas Stritzl:**

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteile ich dem Herrn Fraktionsvorsitzenden Karl-Martin Hentschel das Wort.

**Karl-Martin Hentschel** [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Anlass der Diskussion um die **Reform des BAT** resultiert aus drei Problemkreisen: Erstens. Der **Bund** hat bei Tarifverhandlungen völlig andere Interessen als die **Länder**, denn die Masse der Angestellten und Beamten im öffentlichen Dienst ist bei den Ländern und den Kommunen, nicht beim Bund angestellt. Der Bund gewinnt durch die höheren Sozialabgaben und die höheren Steuern sogar durch Tarifierhöhungen. Von daher ist es logisch, dass wir diesen Schnitt machen. Es kann nicht sein, dass Tarifierhö-

(Karl-Martin Hentschel)

hungen vom Bund befürwortet werden und dieser auch noch die Tarifgemeinschaft führt. Es ist daher logisch, dass es hier zu einer Trennung gekommen ist.

Zweitens. Der **BAT** ist zu unflexibel. Insbesondere die **Eingruppierung** und die **Alterszulagen** erschweren eine Bezahlung, die die individuellen Fähigkeiten und das Engagement der Beschäftigten angemessen berücksichtigen und belohnen. Auch ich ärgere mich als Vorsitzender einer Landtagsfraktion, dass ich gezwungen werde, meine Angestellten nach BAT zu tarifieren und dass ich sie nicht so tarifieren und mit ihnen Verträge machen kann, dass ich ihre jeweilige Leistung entsprechend würdigen kann.

(Beifall bei der FDP)

Drittens. Wir haben im öffentlichen Dienst zwei Bezahlungssysteme, die zunehmend auseinander laufen, nämlich das der Beamten und das der Angestellten. Wir führen hier eine Debatte über die **Einheitlichkeit des BAT**. In Wirklichkeit wird die größte Anzahl der Beschäftigten im öffentlichen Dienst schon längst völlig anders tarifiert. Sie unterliegt auch völlig anderen Bedingungen. Das sind die Beamten. Für die **Beamten** gibt es keine Tarifautonomie. Hier werden die Tarife vom Staat einfach festgelegt. Wenn wir also über Tarifautonomie und einheitliche Systeme reden, dann können wir das nur, wenn wir Beamte und Angestellte zusammen sehen. Sonst gibt das Ganze überhaupt keinen Sinn.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deswegen ist mein schlichtes Plädoyer: Wir brauchen eine Modernisierung. Die jetzigen Schritte, die unternommen worden sind, erhöhen die Handlungsfreiheit der Länder, um endlich mehr Druck in Richtung Modernisierung auszuüben. Wir brauchen ein **einheitliches Dienstrecht**. Ich bin für Tarifautonomie. Das heißt, ich möchte die zukünftige Gestaltung der Tarife natürlich mit den Gewerkschaften in Tarifverhandlungen aushandeln. Flächentarife sind übrigens auch Tarife, die landesweit gelten. Auch das sind Flächentarife. Wenn möglich ist es sinnvoll, Bundestarife zu machen. Man muss gucken, ob man das hinkriegt. Ich hoffe, dass es durch die Veränderung gelingt, etwas in Bewegung zu bringen. Ich hoffe, dass die Politik nicht wieder am Widerstand - insbesondere der Beamtenlobby - scheitert.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsident Thomas Stritzl:**

Für den SSW im Schleswig-Holsteinischen Landtag erteile ich seiner Sprecherin, Frau Abgeordneter Anke Spoorendonk, das Wort.

**Anke Spoorendonk [SSW]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der SSW setzt sich seit jeher für den Erhalt der **Tarifautonomie** zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern ein. Das gilt natürlich auch für den öffentlichen Dienst, wobei wir grundsätzlich keinen Unterschied zwischen Beamten und Angestellten machen, obwohl dieser rechtlich gesehen natürlich erheblich ist.

Wir treten aber dafür ein, dass ein moderner Staat - von wenigen Ausnahmen abgesehen - keine Beamten braucht. Was wir aber brauchen, ist endlich eine **Reform des öffentlichen Dienstrechts**. Es ist zum Beispiel nicht einzusehen, dass Beamte nicht streiken dürfen und einfach zu Mehrarbeit verdonnert werden können. Allerdings leuchtet es im Gegenzug auch nicht ein, warum Beamte nicht in die öffentlichen Renten- und Krankenkassen einzahlen sollen.

Ich möchte auf diese Position des SSW hinweisen, weil wir nicht über die Situation der Angestellten im öffentlichen Dienst diskutieren können, ohne auch die Bedingungen der **Beamten** im Auge zu haben. Durch die Kündigung des BAT-Arbeitszeitvertrag von der Mehrheit der unionsgeführten Länder wollen einige Ministerpräsidenten - genau wie die Beamten - jetzt auch die Angestellten im öffentlichen Dienst mit der Brechstange zu längeren Arbeitszeiten zwingen.

Der SSW ist der Auffassung, dass diese einseitige Kündigung ein großer Fehler ist. Vernünftigerweise haben sich weder der Bund noch die **Kommunen**, die ja auch Beschäftigte nach dem Bundesangestelltentarifvertrag angestellt haben, diesem angeschlossen. Auch die schleswig-holsteinische Landesregierung ist für den Erhalt der Tarifautonomie und des Flächentarifvertrags im öffentlichen Dienst.

Aus meiner Sicht kann man mit der Modernisierung und der flexibleren Ausgestaltung des Bundesangestelltentarifvertrages nur durch Verhandlungen mit den **Gewerkschaften** weiterkommen. Die Gewerkschaften sind auch bereit, diese Fragen zu diskutieren. Das haben sie mitgeteilt. Ich glaube, es hat sich bis hin zu den Gewerkschaftsvertretern herumgesprochen, dass viele Bestimmungen des jetzigen **BAT-Tarifvertrags** einfach veraltet sind. Es ist zum Beispiel nicht einsehbar, dass die Bezahlung für Angestellte nach BAT im Alter ohne Leistungsnachweis automatisch immer höher wird. Wir brauchen auch im öffentlichen Dienst mehr finanzielle Leistungsanreize für qualifizierte Arbeitskräfte unabhängig vom Alter. Der Bundesangestelltentarifvertrag muss also modernisiert werden.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold  
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

(Anke Spoorendonk)

Leider werden diese wichtigen BAT-Reformbemühungen durch die einseitige Kündigung des **Arbeitszeittarifvertrags** blockiert. Es kann keinen verwundern, dass die Gewerkschaften die notwendigen Reformen des BAT erst wieder diskutieren wollen, wenn die Arbeitszeitverlängerung vom Tisch ist. Dazu möchte ich auch aus gesellschaftspolitischer Sicht auf die negativen Folgen einer Arbeitszeitverlängerung hinweisen. Natürlich sparen die Länder unmittelbar gesehen Personalkosten, aber solche Maßnahmen führen auch immer zu mehr Arbeitslosen insgesamt. Von daher ist auch die Verlängerung der Arbeitszeit von Beamten - in Bayern sogar auf 42 Stunden in der Woche - nicht unproblematisch.

Im Interesse des Landes und im Interesse seiner Beschäftigten hoffe ich, dass sich die **Tarifgemeinschaft der Länder** besinnt und mit den Gewerkschaften zu einem vernünftigen Verhandlungsergebnis kommt. Ansonsten droht eine völlige Aushebelung des Flächentarifvertrags im öffentlichen Dienst. Ich denke, das ist ganz gewiss nicht im Interesse Schleswig-Holsteins.

Nun hat die CDU-Fraktion einen weiteren Antrag eingebracht, der mit der **Kommissionsarbeit zur Neuordnung der bundesstaatlichen Ordnung** zusammenhängt. So ist es uns vom Oppositionsführer mitgeteilt worden, der in einer Arbeitsgruppe dieser Kommission mitarbeitet. Anscheinend kommt es jetzt zu einer Initiative vonseiten der Länder. Ich denke, es ist richtig, dass wir uns im Ausschuss noch einmal intensiv mit dieser neuen Situation auseinandersetzen. Im Ausschuss soll weiterhin noch ein schriftlicher Bericht gegeben werden. Das ist also eine erste Runde zu diesem wichtigen Thema.

(Beifall beim SSW)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Ich erteile Herrn Finanzminister Dr. Stegner das Wort.

**Dr. Ralf Stegner, Finanzminister:**

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Debatte zwingt mich dazu, noch drei Anmerkungen zu machen. Frau Schwalm und Herr Dr. Garg, ich wollte Ihnen den ersten Punkt eigentlich ersparen. Die **Kündigung des Arbeitszeittarifvertrags** - auch mit der Stimme Schleswig-Holsteins - ist erfolgt, weil mehrere Unionsministerpräsidenten gesagt haben: Wenn der Vertrag nicht gekündigt wird, dann treten sie sofort aus der **TdL** aus. Dann ist der Flächentarifvertrag sofort am Ende. Ich will Ihnen sagen, wie so etwas im Strafgesetzbuch heißt. Im

politischen Zusammenhang kann man das ja nicht so werten, aber im Strafgesetzbuch heißt so etwas Erpressung, um das einmal ganz deutlich zu sagen. Die schleswig-holsteinische Landesregierung ist in der Tat der Meinung, dass es das nicht wert war, sondern dass wir darüber verhandeln müssen. Das ist der Grund. Lieber Herr Klug, insofern ist Ihr Zwischenruf mit der Heuchelei - gemessen am Sachverhalt - schon sehr eigenartig.

Ich will Ihnen gern die Protokollerklärung, die das Land Schleswig-Holstein gemeinsam mit Rheinland-Pfalz abgegeben hat, zur Verfügung stellen. Frau Schwalm, dann wüssten Sie, dass Ihre Information falsch war, denn Rheinland-Pfalz hat die Arbeitszeit noch nicht erhöht. Dort hat man gesagt, man wolle eine gewisse Frist setzen, um zu solchen Verhandlungsergebnissen zu kommen.

Zum zweiten Punkt, der den Antrag der CDU angeht: Es ist ein grundlegender Unterschied, ob man zum **Beamtenrecht** über Gesetze, die in Parlamenten diskutiert werden, den Spielraum für **föderale Vielfalt** diskutiert, oder ob man Tarifverhandlungen führt. Tarifverhandlung und Gesetzgebung sind zwei unterschiedliche Dinge. Deswegen kann man das nicht in einen Topf werfen.

Ein Drittes. Mein Staatsverständnis ist nicht so, dass der Staat für Arbeitsplätze sorgen sollte. Aber ich finde nicht - diesbezüglich hat Frau Spoorendonk Recht -, dass der Staat bei 4,5 Millionen Arbeitslosen die Arbeitsmarktkrise dadurch verschärfen sollte, dass er **pauschale Arbeitszeiterhöhungen** ohne Sinn und Vernunft vornimmt. Das muss mit **Flexibilität** und bezogen auf die **Branchen** geschehen, und zwar in einer Art und Weise, die fair ist, so wie ich dies für den Klinikbereich dargestellt habe.

(Beifall bei SPD und SSW)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Ich schließe die Beratung.

Es ist Ausschussüberweisung beantragt worden. Da über die Anträge selbst bereits entschieden ist, werden wir bezüglich der Ausschussüberweisung über Abs. 1 der Drucksache 15/3433 und über die Ziffer 2 der Drucksache 15/3480 abstimmen. Wer diese beiden Punkte der Anträge dem Innen- und Rechtsausschuss zur Beratung überweisen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Dies ist einstimmig so beschlossen.

(Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 20 auf:

**Zukunft der Provinzial Nord Versicherungsgruppe mit Sitz in Kiel**

Antrag der Fraktion der CDU  
Drucksache 15/3409

Bericht der Landesregierung  
Drucksache 15/3460

Antrag der Fraktion der FDP  
Drucksache 15/3466

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Für den Bericht der Landesregierung erteile ich Herrn Wirtschaftsminister Professor Bernd Rohwer das Wort.

**Dr. Bernd Rohwer**, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Provinzial-Versicherungsgruppe ist ein für Schleswig-Holstein außerordentlich bedeutendes Dienstleistungsunternehmen. Deswegen freue ich mich über die Gelegenheit, einige Bemerkungen hierzu machen zu können und diesen Bericht abgeben zu dürfen. Es ist richtig, dass wir auch im Landtag hierüber sprechen. Auf den Ergänzungsantrag der FDP komme ich noch zurück.

Ich begrüße es, dass die **gemeinsame Lebensversicherung** im Zuge der Neuordnung der Provinzial ihren **Sitz in Kiel** haben soll. Dies ist sicherlich ein positives Ergebnis der bisherigen Gespräche. Den Zusammenschluss mit einem starken Partner halte ich auch grundsätzlich für richtig und erforderlich, weil damit die Marktposition in Kiel gestärkt wird. In diesem Geschäft sind größere Mengen erforderlich. Das wissen alle Insider. Man kann unterschiedlicher Meinung darüber sein, welches die richtigen Partner sind; aber nicht jeder Partner steht für eine sinnvolle Zusammenarbeit zur Verfügung. Insofern ist das jetzt gewählte Modell sicherlich das von verschiedenen Modellen am ehesten gangbare.

Ebenso wie die Frau Ministerpräsidentin selbst werde auch ich künftig genauso wie bisher Gespräche mit dem Sparkassen- und Giroverband und der Provinzial-Versicherungsgruppe führen, damit wir sicherstellen, dass die **Arbeitsplätze** in Kiel weitestgehend erhalten bleiben. In diesem Zusammenhang spielt der **öffentlich-rechtliche Vertrag** von 1995 eine entscheidende Rolle. In diesem Vertrag steht bekanntlich - wir haben darüber immer wieder gesprochen -, dass Arbeitsplätze in Kiel gesichert werden, dass die Sparkassenorganisation 75,1 % der Anteile hält und dass ein möglicher Übererlös an das Land geht.

Damit sind wir beim Thema Gutachten, das in diesem hohen Hause auch immer wieder diskutiert worden ist. Gern gebe ich hierzu noch einmal den aktuellen Stand wieder.

Wir stimmen mit dem Landtag völlig überein, dass ein **Rechtsgutachten** und ein **Wertgutachten** grundsätzlich erforderlich sind, aber erst das eine, dann das andere. Ein Gutachten ist mit dem Sparkassen- und Giroverband vereinbart worden. Wir haben im Finanzausschuss darüber gesprochen. Dieses Gutachten befindet sich zurzeit in Bearbeitung. Denn vor einem Wertgutachten müssen natürlich die Rechtsfragen geklärt sein. Diese Rechtsfragen sind durch die neuen Fusionsmodelle nicht leichter geworden, sondern es sind zusätzliche Fragen hinzugekommen. Frau Schmitz-Hübsch, das sollten Sie auch wissen:

(Zuruf der Abgeordneten Brita Schmitz-Hübsch [CDU])

Wenn es neue **Fusionsüberlegungen** gibt, ändern sich auch die Überlegungen, die der Gutachter anstellen muss. Das ist doch selbstverständlich. Wenn man ein bisschen vom Wirtschaftsleben versteht, sollte man das eigentlich wissen. Dieses Gutachten wird zurzeit von Herrn Professor Lutter erarbeitet und im Juni vorgelegt werden.

Es bleibt bei den drei klaren Prämissen, die hier immer wieder formuliert worden sind, und genau diese drei Prämissen prüft der Gutachter für uns. Das heißt, wir werden dann durch den Gutachter wissen, ob überhaupt eine **Übererlösklausel** in diesem Zusammenhang in Kraft tritt.

Liebe Frau Schmitz-Hübsch, lieber Herr Garg, Sie wissen auch aus Ihren Erfahrungen außerhalb dieses hohen Hauses, dass man ein Wertgutachten erst dann erstellt, wenn klar ist, dass ein übererlösrelevanter Tatbestand ausgelöst wird. Das genau wird dieses Gutachten klären, und es kann dies auch erst klären, wenn klar ist, inwieweit das **Fusionsmodell**, das jetzt von der Provinzial-Versicherungsgruppe verfolgt wird, relevant ist oder nicht.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Das ist völlig klar. Das sollte auch Ihnen einleuchten. Ich bin gespannt, ob Sie das gleich bestätigen werden.

Wir werden jedenfalls in den nächsten Wochen weitere Gespräche mit der Provinzial-Versicherungsgruppe führen, denn die Beteiligten auf deren Seite haben klar erklärt: Die Ergebnisse des Rechtsgutachtens sind auch für das Fusionsmodell verbindlich. Das heißt: Die Fusion, wie immer sie am Schluss aussieht, wird nur stattfinden, wenn zuvor alle vertraglichen

**(Minister Dr. Bernd Rohwer)**

Bedingungen geklärt sind und wenn das Rechtsgutachten abgearbeitet ist. Das ist doch die entscheidende Frage, die Sie hoffentlich auch interessiert.

Wir sollten die Überlegungen der Provinzial konstruktiv begleiten. Es geht darum, ein schleswig-holsteinisches Unternehmen leistungsfähiger zu machen. Das soll mit dieser Fusion geschehen. Ich bitte Sie, den weiteren Prozess zu unterstützen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Ehe ich die Aussprache eröffne, möchte ich etwas nachholen. Es sind ein mündlicher und ein schriftlicher Bericht gefordert. Deshalb lasse ich über die Anträge abstimmen.

Mit dem Antrag Drucksache 15/3409 wurde ein Bericht während dieser Tagung des Landtages erbeten. Ich frage zunächst, wer diesem Antrag zustimmt.

(Widerspruch bei der SPD)

- Trotzdem. Es muss formell getan werden. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Dies ist einstimmig so beschlossen.

Ich lasse ebenfalls über den Antrag Drucksache 15/3466 abstimmen. Wer diesem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Dies ist ebenso einstimmig beschlossen. Der Form halber musste dies geschehen.

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat der Herr Abgeordnete Arp.

**Hans-Jörn Arp [CDU]:**

Frau Präsidentin! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Bei unserer letzten Landtagssitzung, genauer gesagt am 28. April, habe ich schon einmal an dieser Stelle gestanden und Sie mit einem Dringlichkeitsantrag aufgefordert, über die Zukunft der Provinzialversicherung hier in Kiel zu beraten. Leider haben Sie, meine Damen und Herren von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW, die Dringlichkeit meines Antrages nicht gesehen und die Diskussion kurzerhand abgelehnt. Das war fatal. Denn jetzt ist es eigentlich zu spät und das Kind ist in den Brunnen gefallen. Ihr Wort, Herr Minister, in Gottes Ohr. Wir werden sehen, ob wir noch Einfluss auf die **Verträge der Fusion** haben. Wir werden es beobachten.

Jetzt müssen wir allerdings in der Presse lesen, dass die Fusion der Provinzial in Münster und in Kiel feststeht und ein Personalabbau geplant ist. Ist es das,

was Sie damals mit der Ablehnung des Dringlichkeitsantrages bezwecken wollten? Ich glaube nicht.

Es ist schon bedrückend zu sehen, wie ein Traditionsunternehmen nach dem anderen Schleswig-Holstein verlässt und wie die Arbeitsplätze dahinschwinden. Kommt es zur Unternehmensfusionen, wandert der **Hauptsitz** und damit auch immer das gesamte Back-Office des Unternehmens in andere Bundesländer ab. Die an sich zu begrüßende Fusion der Thyssen-Werft mit HDW lässt in dieser Hinsicht ebenfalls nichts Gutes ahnen. Nach den nahezu täglichen Hiobsbotschaften ist jetzt also die Provinzial-Versicherung hier in Kiel an der Reihe, und die Landesregierung und der Wirtschaftsminister stehen staunend daneben und schauen tatenlos zu. - Bis jetzt haben wir keine Taten von Ihnen gesehen, und die Frage ist, Herr Minister: Was wollen Sie tun? Sie sagen, Sie wollen die Arbeitsplätze weitestgehend erhalten. Wir werden sehen.

Seinen Einfluss - dort liegt nämlich der gravierende Fehler - hat das Land im Jahre 1995 durch den Verkauf an den Sparkassen- und Giroverband aufgegeben.

(Brita Schmitz-Hübsch [CDU]: Das ist es!)

Unseren damaligen Vorschlag zur Umwandlung in eine **Aktiengesellschaft** nach einer weitreichenden Unternehmensanalyse blieb ungehört. Meine Kollegin Frau Brita Schmitz-Hübsch hatte vor 10 Jahren schon vorhergesagt, was heute auf uns zukommt. Einige, auch Herr Neugebauer, waren seinerzeit dabei. Sie hat damals gesagt, welches Ergebnis dabei herauskommen wird, und das Ergebnis haben wir jetzt: Wir haben jetzt keinen Einfluss mehr.

Obwohl in den damaligen Gutachten der **Wert** der Provinzial-Versicherung auf 1 Milliarde DM festgesetzt worden war, erfolgte der **Verkauf** völlig willkürlich für 245 Millionen DM.

(Beifall bei CDU und FDP)

Also 750 Millionen DM wurden verschenkt.

Auf ein neues **Wertgutachten**, das diese Summe begründen könnte, Herr Minister - ich sage dies auch im Namen meines Kollegen Heiner Garg von der FDP - warten wir im Finanzausschuss seit Jahren, und es wird uns nicht vorgelegt. Sie können uns auch nicht erklären, dass es dieses Gutachten nicht schon längst gebe. Denn wo ist die Basis der Wertermittlung für die Aufteilung von 25:75? Das muss doch auf der Basis eines Wertgutachtens erfolgt sein, man macht doch die Aufteilung der Beteiligung nicht willkürlich.

(Hans-Jörn Arp)

Ich kann mir nicht vorstellen, dass die Einnahmen und die weiteren Unternehmenskennzahlen der Provinzial Versicherung der Landesregierung unbekannt waren, Herr Minister. Ich glaube, Sie legen sie dem Finanzausschuss nur nicht vor, sondern erst dann, wenn die Fusion fertig ist. Dann können wir eh nichts mehr daran machen. Aber wir sind jahrelang hingehalten worden.

Es waren immer die FDP und wir, die darauf gedrängt haben, endlich ein Wertgutachten zu bekommen. Nun können wir das Ergebnis aus der Presse erfahren. Auf die Provinzial Münster entfallen bei der Fusion 75 % der **Anteile** an der neuen Holding, und der schwächere Partner sitzt wieder einmal in Kiel. Wir wissen, wie man mit schwächeren Partnern umgeht, das haben wir jetzt oft genug erfahren. Der Anfang der Synergieeffekte soll mit dem **Abbau** von 190 hoch qualifizierten **Arbeitsplätzen** hier in Schleswig-Holstein erfolgen. Man muss sagen, von denen haben wir in Schleswig-Holstein nicht so viel, nun werden sie abgebaut. Ich möchte wissen, wie dies aufgefangen werden soll und wo die Betroffenen einen neuen Job finden sollen.

Wie lange sollen wir eigentlich noch zuschauen, wie Schleswig-Holstein immer mehr Arbeitsplätze verliert, immer weitere Unternehmen wegziehen und der Norden wirtschaftlich und finanziell immer weiter ausblutet? Sie, Herr Minister Rohwer, haben hier gestern Abend einen Wirtschaftsbericht gehalten. Ich hätte von Ihnen gern gehört, dass auch Sie bedauern, dass die 190 Leute in Kiel weggehen oder in dieser Woche bei Bayer in Brunsbüttel 300 Arbeitsplätze verloren gehen. Das ist die wirkliche Situation, die wir in Schleswig-Holstein haben.

(Beifall bei CDU und FDP)

Sie sagen - damit zitiere ich Sie sinngemäß -, es geht auch in Schleswig-Holstein bergauf. Der einzige Berg, der steigt, ist der der Schulden, das haben wir eben gehört, und der der Arbeitslosen. Ich fordere die Landesregierung und die sie tragenden Parteien auf, endlich mehr für die heimische Wirtschaft zu tun. Der **Wirtschaftsstandort Schleswig-Holstein** muss attraktiver werden, denn unsere Jugend braucht eine Zukunft in diesem schönen Land. Wenn Sie es nicht machen: Wir machen es im nächsten Jahr garantiert!

(Beifall bei CDU und FDP)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Für die zweite antragstellende Fraktion erteile ich jetzt Herrn Abgeordneten Dr. Garg das Wort.

**Dr. Heiner Garg [FDP]:**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich hoffe, den Kollegen Arp nicht zu enttäuschen. - **1995** verkaufte das Land die Provinzial für 245 Millionen DM an den Sparkassen- und Giroverband Schleswig-Holstein, obwohl die von der Landesregierung beauftragten Gutachter der Provinzial einen Marktwert von 1,1 Milliarden DM zusprachen. - Dass Sie da den Kopf schütteln, Frau Heinold, ist unverständlich. Es war nicht die FDP-Fraktion, es war nicht die CDU-Fraktion, es waren die von der Landesregierung beauftragten Gutachter, die in ihr **Gutachten** hineingeschrieben haben, das Ding ist 1,1 Milliarden DM wert. Da brauchen Sie nicht den Kopf zu schütteln. Das ist wirklich albern.

(Beifall bei FDP und CDU)

Die Differenz von 857 Millionen DM oder 438 Millionen € war der Rabatt an den Sparkassen- und Giroverband. Gegen diesen Rabatt war der SGV unter anderem bereit, Arbeitsplätze in Schleswig-Holstein zu erhalten. Es wurde aber vereinbart, dass dem **Land** nicht näher definierte **Übererlöse** zustehen könnten, wenn die Provinzial erstens in eine **Aktiengesellschaft** umgewandelt und zweitens Aktien verkauft würden. Die Landesregierung hat damals aber so schlecht verhandelt, dass sie bis heute nicht so recht weiß, wie denn diese Übererlöse definiert sein könnten. Dafür hat sie dann nach langen Verzögerungen, Herr Professor Rohwer, eingewilligt, dies extern begutachten zu lassen.

(Zuruf von der SPD: Quatsch!)

- Das ist kein Quatsch, das sind die Tatsachen. - Am Ende dieses **Rechtsgutachtens** - vielleicht hatten Sie es schon ein Jahr vorher, Herr Neugebauer, wir nicht - steht dann hoffentlich eine Rechenformel, in die man als Variablen den Wert der Provinzial 1995 und einen späteren Wert der Provinzial einsetzen kann und dann die Höhe der Übererlöse ausrechnen kann. Diese Formel, ihre Entstehungsgeschichte und die Begründungen für die einzelnen Parameter und deren Werte wird die Landesregierung uns nach zehn Jahren dann endlich - da wird sich Frau Schmitz-Hübsch besonders freuen - erklären, wenn das Rechtsgutachten, das Herr Neugebauer offensichtlich schon viel früher hat, vorliegt.

Diesen Aufwand hätten wir uns allerdings ersparen können, wenn die **Provinzial** 1995 gleich ordentlich **privatisiert** worden wäre,

(Beifall bei FDP und CDU)

und ordentlich privatisiert heißt, erst in eine Aktiengesellschaft umgewandelt und dann verkauft. Das

(Dr. Heiner Garg)

hätte die Einnahmen des Landes maximiert, und die Arbeitsplätze in Kiel wären dann sicher gewesen.

(Beifall bei der FDP)

Das Rechtsgutachten zur Berechnung der Übererlöse ist das eine. Der **Wert** der Provinzial Nord das zweite. Diesen aktuellen Wert kennt die Landesregierung, denn die vorgestern verkündete Fusion, Herr Professor Rohwer, wurde nicht beschlossen, ohne dass sich alle Beteiligten über die Werte geeinigt hätten, mit denen die Unternehmen in die **Fusion** gehen. Es würde mich allerdings überraschen, wenn es anders gewesen wäre.

Seit Jahren drückt sich die Landesregierung davor, Angaben zum aktuellen Wert der Provinzial zu machen. Sie sagte bisher immer, es sollen auch gar keine Aktien verkauft werden. Dieses Problem hat sie jetzt nicht mehr. Die Provinzial Nord ist aktuell bewertet worden.

Der Haupteigentümer der Provinzial Nord, der **Sparkassen- und Giroverband Schleswig-Holstein**, kennt den Wert selbstverständlich. Er wird sicherlich bereit sein, diesen Wert der Landesregierung und dem Landtag mitzuteilen. Somit haben wir am 15. Juni 2004 alles, was wir brauchen: erstens den Wert der Provinzial 1995, den aktuellen Wert der Provinzial und die Formel, wie wir hieraus die theoretischen Übererlöse ermitteln können.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, dann werden wir sehen, wie nahe diese theoretischen **Übererlöse** an 714 Millionen € herankommen. 714 Millionen €, dieser Betrag errechnet sich, wenn man den Rabatt von 1995 mit den jährlichen durchschnittlichen Zinssätzen auf die Landesschuld bis 2003 hochrechnet. So viel Geld hat die Landesregierung bis jetzt dem Sparkassen- und Giroverband geschenkt. Genau das wird problematisch, denn Zeitungsberichten zufolge beträgt das Prämienaufkommen der beiden fusionierenden Versicherungen 3 Milliarden €, 1 Milliarde € davon kommt von unserer Provinzial. Legt man jetzt die Daumenregel der Gutachter der Landesregierung, also nicht der FDP oder der CDU, von 1995 an, 1 € Prämie entspricht 80 c Marktwert des Unternehmens, dann wäre die **fusionierte Provinzial** 2,4 Milliarden € wert. Davon wird nach den Angaben der beiden Versicherer ein Viertel auf die Provinzial Nord entfallen, also 600 Millionen €.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das wären 114 Millionen € weniger als der heutige Barwert des Rabatts, den die Landesregierung 1995 dem Sparkassen- und Giroverband eingeräumt hat. Das deutet ganz stark darauf hin, dass der Verkauf der Provinzial für das Land ein großes Minusgeschäft war, bei dem

erhebliches Landesvermögen - weil Sie es sind und nicht Herr Dr. Stegner, werde ich weder „verscherbelt“ noch „verramscht“ sagen - verschwendet wurde.

(Beifall bei FDP und CDU)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Ich erteile der Frau Abgeordneten Kähler das Wort.

**Ursula Kähler [SPD]:**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wenn dieses Unternehmen 1995 völlig privatisiert worden wäre, würden wir heute auch nicht über einen einzigen Arbeitsplatz sprechen.

(Brita Schmitz-Hübsch [CDU]: Aber wir hätten mehr Geld!)

- Ja. Sie sollten sich vielleicht in Griechenland für die Rolle der Cassandra bewerben. Aber das bringt uns heute auch nicht weiter. - Sowohl die CDU-Fraktion als auch die FDP-Fraktion sind als Opposition jeden Beweis schuldig geblieben, wer denn bitte schön dieses Unternehmen ansonsten hätte kaufen können. Vor allen Dingen die Summe sind Sie schuldig geblieben.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Es waren Ihre Gutachter!)

Lieber Kollege Dr. Garg, wenn Sie schon heute eine Bewertung mit Summen vornehmen, frage ich: Wozu wollen Sie eigentlich noch ein Wertgutachten haben?

(Brita Schmitz-Hübsch [CDU]: Eine Frechheit!)

Lieber Kollege Hans-Jörn Arp, die Kernfrage, um die wir heute zum wiederholten Male streiten, scheint bei manchen Kollegen dieses hohen Hauses immer noch nicht gelöst zu sein. Da beziehe ich mich insbesondere auf den Redebeitrag von Herrn Arp und auch auf Ihre Presseerklärung, die Sie vor einiger Zeit - ich glaube, am 4. Mai - herausgegeben haben. Sowohl im Dezember 2003 als auch im Februar 2002 im Plenum und auch auf diversen Sitzungen des Finanzausschusses hat die Landesregierung uns mitgeteilt, wann frühestens ein **Wertgutachten** eingeholt werden soll beziehungsweise kann, und der SGV Schleswig-Holstein hat die gleiche Auffassung vertreten - bis heute übrigens. Lesen Sie das einfach einmal in den Protokollen nach. Man muss allerdings auch richtig lesen können.

Anders verhält es sich bei der Vergabe eines **Rechtsgutachtens**. Hierzu wurde uns im Dezember 2003 mitgeteilt, dass ein Rechtsgutachten in Auftrag gegeben wurde, mit dessen Ergebnis wir voraussichtlich

(Ursula Kähler)

im April 2004 rechnen könnten. Die Vorlage hat sich, wie wir der Drucksache 15/3460 entnehmen können, etwas verzögert. Jetzt ist der 15. Juni 2004 im Gespräch. Das hat offensichtlich etwas mit der **Erweiterung des Auftrags** an den Gutachter zu tun, der gebeten wurde, aktuelle **Fusionsmodelle** mit zu berücksichtigen.

Zur Zeit werden, was Fusionsmöglichkeiten angeht, drei Denkmodelle vom SGV geprüft. Der Landtag wäre gut beraten, den Abschlussbericht dieses Prüfverfahrens abzuwarten und von sich aus nicht schon heute ein Signal im Blick auf ein bestimmtes Modell zu geben.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Insbesondere sollte nicht vergessen werden, meine lieben Kolleginnen und Kollegen von der CDU, dass nach **Übertragung der Trägerschaft** und nach **Erlöschens der Rechtsaufsicht** infolge der Umwandlung der Provinzial-Anstalten in **Aktiengesellschaften** die rechtlichen Einflussmöglichkeiten des Landes erheblich eingeschränkt sind.

Für die SPD-Landtagsfraktion hat die nachhaltige Sicherung von **Arbeitsplätzen** in Schleswig-Holstein oberste Priorität,

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

egal, welches Denkmodell letztlich favorisiert werden soll. Dass dabei immer auch die Gesamtsituation - dazu habe ich von Ihnen kein Wort gehört - des Versicherungsmarktes im Wettbewerb einbezogen werden muss, versteht sich doch von selbst.

Nun zu dem Antrag der FDP vom 25. Mai dieses Jahres, der - wohlgermerkt - eine Woche nach der Zuleitung des Berichtes der Landesregierung zur Zukunft der Provinzial verfasst wurde.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Genau deswegen!)

Ich frage deshalb die Landesregierung, und zwar im Wissen um die vorangegangene Beantwortung aller Fragen, die in dem Antrag der FDP stehen: Herr Minister, können Sie den FDP-Mitgliedern noch einmal schriftlich mitteilen, auf welcher Rechtsgrundlage die Landesregierung den SGV hätte zwingen können, bereits vor der konkreten Absicht einer Veräußerung ein **Wertgutachten** erstellen zu lassen? Können Sie den Kollegen von der FDP und vielleicht auch Frau Schmitz-Hübsch mitteilen, seit wann und wie oft Sie gesagt haben, dass die Sicherung von Arbeitsplätzen bei der Provinzial in Schleswig-Holstein erste Priorität hat? Können Sie den Kollegen vielleicht auch noch mitteilen, wie oft Sie uns im Finanzausschuss und auch im Plenum gesagt haben, dass der SGV die

Landesregierung regelmäßig über den Sachstand informiert, und was die erreichte Verständigung von SGV und Landesregierung - ich verweise auf Umdruck 15/2870 vom 27. Dezember 2002 - beinhaltet?

(Glocke der Präsidentin)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Frau Abgeordnete, bitte kommen Sie zum Schluss.

**Ursula Kähler [SPD]:**

Ich komme zum Schluss. - Ich möchte die Opposition dabei insbesondere auf die Nummern 2 und 3 verweisen. Ein Wertgutachten kann doch sinnvollerweise erst dann gefordert werden, wenn die Möglichkeit der Entstehung eines Übererlöses gegeben ist, das heißt also bei Veräußerung der Aktien an Dritte. Dieser Zeitpunkt scheint nun erreicht zu sein.

(Zuruf des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

- Herr Kayenburg, Sie sind doch gerade erst hereingekommen.

(Martin Kayenburg [CDU]: Sie haben nicht gesehen, dass ich die ganze Zeit dort oben gestanden habe!)

Die Vereinbarungen scheinen, wie in der Presse gestern nachzulesen war, kurz vor dem Abschluss zu stehen. Jetzt kann das **Wertgutachten** in Auftrag gegeben werden

(Zurufe von der CDU)

- quaken Sie nicht herum -,

(Widerspruch bei der CDU)

welches je zur Hälfte vom Land und dem SGV finanziert werden muss.

(Glocke der Präsidentin)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Frau Abgeordnete, bitte formulieren Sie Ihren letzten Satz.

**Ursula Kähler [SPD]:**

Ich formuliere den letzten Satz. - Ich bin ja gern bereit, mit allen Kollegen dieses Thema zum x-ten Mal im Ausschuss aufzugreifen. Lassen Sie doch aber erst einmal Fakten vorhanden sein, bevor wir immer nur spekulativ in irgendwelche Trickkisten greifen.

(Ursula Kähler)

Diese Form der Begleitung ist der Zukunft der Provinzial-Versicherungsgruppe eher abträglich.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Das Wort hat Frau Abgeordnete Heinold.

**Monika Heinold** [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Garg schüttelt für die FDP mal eben ein Rechenmodell aus dem Ärmel, wonach zukünftig die Provinzial-Versicherten den Schuldenberg des Landes abtragen.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Wir werden ja sehen, wie nahe wir dranliegen!)

Herr Arp trägt uns hier das wirtschaftspolitische Märchen der CDU vor: Wenn das Land an genug Betrieben beteiligt ist, bleiben Arbeitsplätze im Land erhalten. - Herr Arp, was ich nicht zulasse, ist Ihre Unterstellung, uns würden Unterlagen oder Zahlen verheimlicht beziehungsweise nicht vorgelegt. Ich habe diese Unterlagen oder Zahlen auch nicht. Sie suggerieren, dass das Ministerium, die Regierung oder auch wir Zahlen hätten, die schon längst angefordert worden seien, die aber nicht zur Verfügung gestellt würden. Das ist eine Frechheit. Sie müssen erst einmal den Beweis antreten, bevor Sie so etwas hier behaupten.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Herr Arp, Sie machen den Wirtschaftsminister auch dafür noch verantwortlich, dass er gestern nicht genug Zeit hatte, seinen Wirtschaftsbericht ordentlich vorzutragen. Angesichts dessen platzt mir allerdings der Kragen. Sie haben gestern eine unsägliche Debatte über einen völlig substanzlosen CDU-Antrag geführt. Wir haben uns zu dieser Debatte verleiten lassen nach dem Motto: Je nutzloser der Antrag, desto länger die Debatte. Wir hatten deshalb - von Ihnen war das anscheinend gewollt - keine Zeit mehr für eine ordentliche Beratung über Wirtschaftspolitik. Wir sollten beim nächsten Mal morgens um 10 Uhr über Wirtschaftspolitik debattieren, damit Sie Zeit zum Lernen haben.

(Widerspruch bei der CDU)

Schauen wir doch einmal in den Bericht, der angefordert worden ist und der jetzt vorliegt! Darin steht einiges, was die CDU scheinbar nicht hören will. Die **Übertragung der Provinzial-Trägerschaft** des Landes an den Sparkassen- und Giroverband 1995 war angesichts der Liberalisierung der Versicherungs-

märkte durch die EU eine richtige Entscheidung. Das Land selbst hatte nie finanzielle Mittel in die Provinzial investiert. Das muss man immer wieder sagen, wenn Sie davon sprechen, dass **Landesvermögen** verschleudert worden sei. Im **Kaufvertrag** ist abgesichert worden, dass es bei einem Weiterverkauf von Aktien - dort steht nichts von einer Fusion - der Provinzial Nord durch den SGV im Falle eines **Übererlöses** einen finanziellen Ausgleich für das Land gibt. Es ist vertraglich festgelegt worden - auch wenn Ihnen dies nicht passt -, dass der **Sitz** der Provinzial **in Kiel** bleibt, mit dem Ziel, den Finanzplatz Schleswig-Holstein zu sichern und Arbeitsplätze in der Region zu halten.

Die Landesregierung hat uns mehrfach erläutert, warum es erst einmal nur ein Rechtsgutachten und kein Wertgutachten gibt. Ich habe oft genug hier vorn gestanden und angemahnt, dass das **Rechtsgutachten** nun zügig folgen müsse. Es hat etwas länger gedauert, als ich es mir vorgestellt habe. Das kann man hier auch offen und ehrlich sagen.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Ich begrüße allerdings, dass der Gutachter - so steht es im Bericht - jetzt gleich mit beauftragt worden ist, auch das aktuelle Fusionsmodell mit zu begutachten. Wenn die Zahlen vorliegen - ich hoffe, sie liegen bald vor, Herr Arp -, ist der Zeitpunkt gekommen, zu dem wir uns sachorientiert - möglichst im Ausschuss - mit den Zahlen und mit der Situation beschäftigen können und auch müssen. Ich hoffe, dass wir diese Debatte gut und parlamentarisch angemessen so führen, dass wir nicht der Provinzial schaden, dass wir nicht dem Sparkassen- und Giroverband schaden, dass wir nicht dem Land Schleswig-Holstein schaden und dass wir, wenn es rechtlich möglich ist und wenn die Zahlen dies ergeben, natürlich auch etwas Profit für das Land herausholen. Mit Letzterem habe ich überhaupt kein Problem. Das ist nach der Diskussion heute Morgen auch in meinem Interesse.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Jetzt erteile ich der Frau Abgeordneten Anke Spoorendonk das Wort.

**Anke Spoorendonk** [SSW]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Bei der Debatte zum Wirtschaftsbericht 2004 sprach mein Kollege Lars Harms bereits den zunehmenden Trend der Wirtschaft zu Fusionen und Zusammenlegungen an. Diese Entwicklung macht natürlich auch

(Anke Spoorendonk)

nicht vor der Finanzwirtschaft und dem öffentlich-rechtlichen Sektor hier im Lande Halt. Erst letztes Jahr wurden bekanntlich die beiden Landesbanken in Kiel und Hamburg miteinander verschmolzen. Obwohl es sich bei diesen Fusionen um Zukunftssicherung dreht, werden kurzfristig Arbeitsplätze wegfallen. Aber die Alternative wäre womöglich der völlige Wegfall der Arbeitsplätze bei uns in der Region.

Genauso ist es bei der jetzt bekannt gewordenen **Fusion** der **Provinzial Münster** und der **Provinzial Nord**. Wenn die Provinzial Nord nicht fit gemacht wird für den verstärkten Wettbewerb auf dem Finanzmarkt, könnte sie womöglich in Zukunft in große Probleme geraten.

Auch wenn die geplante Fusion aus schleswig-holsteinischer Sicht noch glimpflich verlaufen ist, so müssen wir leider zur Kenntnis nehmen, dass in Kiel wohl bis zu 190 Stellen gestrichen werden sollen. So stand es wenigstens in der Presse. Leider wird dies immer so sein, wenn sich zwei ungleiche Partner zusammenschließen. Immerhin hat die Provinzial Münster Prämieinnahmen in Höhe von 1,9 Milliarden €, während auf die Provinzial Nord gut 1 Milliarde € entfallen.

Dies ist natürlich trotzdem schmerzhaft für die Betroffenen und die Stadt Kiel. Dennoch vertritt der SSW die Ansicht, dass dieser Zusammenschluss trotz allem auch Perspektiven für Schleswig-Holstein beinhaltet. Denn im Gegensatz zu den ersten Erwartungen bleibt die Lebensversicherungsabteilung mit ihren Beschäftigten der Provinzial Nord in Kiel erhalten. Auch der **Sitz des vereinten Lebensversicherers** wird in Kiel bleiben. Vor dem Hintergrund der faktischen Verhältnisse zwischen den zwei Versicherungen ist das insgesamt ein akzeptables Ergebnis für die Provinzial Nord.

Das ist also die Beurteilung der jetzt angedachten **Fusion**, die ja vom Haupt-eigentümer der Provinzial Nord, dem Schleswig-Holsteinischen Sparkassen- und Giroverband, vorangetrieben wird. Wenn der **Verkauf** jetzt erfolgen wird, dann kann ja wohl endlich auch das vom Landtag seit Jahren geforderte **Wertgutachten** erstellt werden. Denn es ist ja weiterhin wichtig zu erfahren, ob das Land aus dem jetzt erfolgten Verkauf ein Anrecht auf einen möglichen **Übererlös** hat. Beim Verkauf der Provinzial an den Sparkassen- und Giroverband war dies ja bei einem Weiterverkauf der **Aktien an Dritte** ein wichtiges Thema.

Der SSW bedauert in diesem Zusammenhang weiterhin, dass die Landesregierung einem klaren Beschluss des Landtages zur Erstellung eines Wertgutachtens

zur Ermittlung eines möglichen Übererlöses mit Verweis auf die Verweigerung des Sparkassen- und Giroverbandes nicht nachkommen konnte oder wollte. Wir haben in dieser Frage immer auch die Position der CDU und der FDP vertreten,

(Beifall bei SSW, CDU und FDP)

denn ein Landtagsbeschluss muss ohne Wenn und Aber umgesetzt werden. Bei dieser Auffassung bleiben wir, auch wenn jetzt die Realitäten den damaligen Beschluss eingeholt haben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, auch das ist ein Thema, das uns im Finanzausschuss weiter begleiten wird.

(Beifall)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich gehe davon aus, dass der Bericht der Landesregierung an den Ausschuss überwiesen werden soll, und zwar federführend an den Finanzausschuss und mitberatend an den Wirtschaftsausschuss. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe jetzt Tagesordnungspunkt 25 auf:

**Gemeinsame Agrarpolitik der EU sinnvoll umsetzen**

Antrag der Fraktion der FDP

Drucksache 15/3436

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat Herr Abgeordneter Hildebrand.

**Günther Hildebrand [FDP]:**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! In einer Zeit, in der eine Reform die nächste jagt, mag dem einen oder der anderen die aktuelle Reform der gemeinsamen Agrarpolitik kaum auffallen. Tatsächlich wird in Berlin und den meisten Landesparlamenten aber bereits seit Wochen heftig über die seit langem wohl größten **Strukturveränderungen** in der Landwirtschaft gestritten. Seitens der EU ist diese Reform darauf angelegt, das bisherige System der **Subventionierungen** so umzustrukturieren, dass die Landwirtinnen und Landwirte mit den Auswirkungen der Liberalisierung der Marktordnungen, den Auswirkungen der EU-Erweiterung und den von den WTO-Verhandlungen noch zu erwartenden Problemen besser zurecht kommen sollen.

(Günther Hildebrand)

Die FDP unterstützt diese Entwicklung - Entkoppelung und Regionalmodell - und trotzdem sage ich bewusst „sollen“, denn die Art und Weise, wie die Bundesregierung die gemeinsame Agrarpolitik, wie sie Entkoppelung und Einführung des Regionalmodells in Deutschland umsetzen will, gefährdet bislang mehr die Existenz deutscher Landwirte, vor allem der tierhaltenden Betriebe, als dass sie ihnen nützt.

Nicht von ungefähr hat deshalb der Bundesrat Mitte des Monats den Vermittlungsausschuss angerufen. Ich hoffe sehr, dass bei der Umsetzung der EU-Agrarreform für die Landwirte in Schleswig-Holstein wenigstens jetzt noch gerettet wird, was gerettet werden kann.

Denn Schleswig-Holstein ist von den von Frau Künast unterbreiteten Vorschlägen härter betroffen als alle anderen Bundesländer. Sie nennt das „Solidarität beim Verteilen der Steuergelder“, ich nenne das eine Bestrafung der leistungsstarken und investierenden Betriebe hier im Lande.

Herr Minister Müller, immerhin Landwirtschaftsminister unseres Landes, unterstützt seine grüne Parteifreundin auch noch bei diesem Vorhaben. Statt sich bei der Entkoppelung in der Landwirtschaft für das eigene Land einzusetzen, verschenkt er lieber 18,3 Millionen €, nur um die künastschen Vorschläge nicht zu blockieren. Im Bundesratsprotokoll vom April können Sie das eindrucksvoll nachlesen:

„Der Gesetzentwurf sieht vor, dass für alle Regionen der Abstand zum Durchschnitt um 35 % verkürzt wird. Für Schleswig-Holstein bedeutet das einen Betrag von 18,3 Millionen €, der nicht nur unseren Landwirten, sondern dem ländlichen Raum insgesamt verloren geht.“

(Beifall bei FDP und CDU)

„Wir haben uns dafür entschieden, an dieser Stelle nicht zu blockieren, nicht auf dem Status quo zu verharren.“

- So unser Landwirtschaftsminister im Bundesrat!

Sieht so eine Interessenvertretung für Schleswig-Holstein aus? Seit Jahren schon ist Schleswig-Holsteins Landwirtschaft Spitze, liegen alle landwirtschaftlichen Daten weit über dem bundesdeutschen Durchschnitt, und zwar deshalb, weil unsere Landwirte hierzulande im Rahmen einer günstigen Agrarstruktur großartige Arbeit leisten. Was soll deshalb die grüne Gleichmacherei aller Landwirte in Deutschland, Minister Müller, Ihr Gerede von historischen Ungleichgewichten zwischen den Bundesländern, die überwunden werden sollen? Wenn Sie wirk-

lich für eine **Gleichbehandlung** in der Landwirtschaft eintreten, dann machen sie es bitte auch richtig. Das heißt, dass dann Gleiches gleich und Ungleiches ungleich zu behandeln ist. Das heißt, Schleswig-Holstein angemessen bei der Entkoppelung zu berücksichtigen und nicht blind, aber parteilinienförmig mit allen anderen über einen Kamm zu scheren.

Bei der geplanten **Umverteilung** der Prämienvolumen zwischen den Regionen muss die weit über dem Bundesdurchschnitt liegende Leistungsfähigkeit der schleswig-holsteinischen Landwirtinnen und Landwirte angemessen Berücksichtigung finden.

(Beifall bei FDP und CDU - Zuruf des Abgeordneten Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Das **Leistungsprinzip** darf durch die Agrarreform nicht infrage gestellt werden und wird es übrigens auch durch die EU-Vorgaben nicht. Darüber hinaus fordern wir für die Landwirte in Schleswig-Holstein Übergangsregeln bei der Umsetzung der Agrarreform. Wir müssen den landwirtschaftlichen Betrieben Planungssicherheit gewährleisten, schließlich sind die gesamten Investitionen, die ein Betrieb leistet, um nach den Regeln der guten fachlichen Praxis zu wirtschaften, kein Pappenstiel. Wir brauchen deshalb vernünftige **Übergangszeiten** beim Abschmelzen der entkoppelten Betriebsprämie. Die Landwirte müssen in die Lage versetzt werden, den Kapitaldienst möglichst in den kalkulierten Zeiträumen bedienen zu können.

Herr Minister Müller, mir ist schleierhaft, wie Ihnen da der vorgesehene Gleitflug bis 2012 tendenziell zu lang ist, wie Sie in einer Ausschusssitzung gesagt haben. Darüber hinaus wollen wir die besonderen Belastungen, die mit der Entkoppelung für Grünlandbetriebe, insbesondere für die Milchwirtschaft, ohne Frage verbunden sind, durch einen gezielten Einsatz der **Modulationsmittel** verringern.

Schließlich noch ein Wort zu Cross Compliance! Wir müssen alles daran setzen, dass wir hier keinen Sonderweg schaffen und **Cross Compliance** zu einem bürokratischen Monster ausufern lassen. Bereits heute sorgen unsere Landwirte für einen guten Zustand der Natur und der Umwelt in Schleswig-Holstein.

(Beifall bei FDP und CDU)

Auch Rot-Grün sollte diese Fakten zur Kenntnis nehmen.

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Herr Abgeordneter, bitte kommen Sie zum Schluss.

**Günther Hildebrand [FDP]:**

Ich komme zum Schluss. - Nutzen wir deshalb die anstehende Reform als einen Schritt zu einer **markt-orientierten Landwirtschaft**. Schleswig-Holsteins Landwirtschaft hat Zukunft.

(Beifall bei FDP und CDU)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Wodarz.

**Friedrich-Carl Wodarz [SPD]:**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Das ist nun die dritte Sitzung hintereinander zu diesem Thema. Die Erkenntnisse des Kollegen Hildebrand sind aber noch nicht tief greifender geworden. Wissen Sie was? - Ich sehne mich manchmal nach der Kollegin Happach-Kasan zurück. Sie hat mich zwar viel genervt und einige werden das nicht verstehen, aber wenn ich mir das heute Morgen wieder angehört habe, muss ich sagen, mit ihr konnte man sich doch besser streiten.

So naiv wie allein die Überschrift Ihres Antrages ist, so ist auch die Antragslage. Es liegen uns ein Bericht und eine Beschlussempfehlung des Agrarausschusses vor, die vielleicht nicht ganz vollständig sind; denn wir haben es in der Tat mit dem Antrag des SSW - das ist die Ausgangslage gewesen -,

(Lars Harms [SSW]: Ein guter Antrag!)

dem Änderungsantrag der CDU - da würde ich nicht sagen „guter Antrag“ - und dem Antrag der FDP zu tun. Da hat uns Herr Hildebrand einen Umdruck eingereicht mit der Nummer 15/3436. Was soll ein solcher Unsinn? Lediglich die Überschrift und den Passus zu Cross Compliance haben Sie ein bisschen modifiziert aufgrund der Diskussion im Agrarausschuss. Und dann kommen Sie hier mit einem solchen Antrag. Natürlich haben Sie das Recht, Kollege Hildebrand, mit solchen Anträgen hier in den Landtag zu kommen.

(Günther Hildebrand [FDP]: Vielen Dank!)

Ich frage mich allerdings, was Sie zu einem solchen Vorgehen treibt. Kompetenz vermitteln Sie damit nicht.

Meine Damen und Herren, ich hatte eigentlich vor, mich noch inhaltlich mit den Ergebnissen der Ausschussberatung zu beschäftigen. Das können Sie aber alles nachlesen.

(Zuruf von der CDU: Du bist wohl nicht im Thema!)

- Ich bin im Thema, mein lieber Freund! Wir haben ja auch - da solltest du ein bisschen freundlicher sein - einige Punkte der CDU übernommen. Da sind wir uns ja einig gewesen. Ich möchte es Ihnen aber angesichts der bevorstehenden Mittagspause ersparen, das Ganze hier noch einmal herunterzubeten. Lesen Sie das nach; da steht alles drin. Ich überschlage das jetzt einfach alles.

Ich möchte Ihnen aber dennoch ein Zitat vorhalten.

(Rainer Wiegard [CDU]: Beten würde dir nicht schaden!)

- Was soll ich machen? - Beten? Rainer, ich bete jeden Abend für dich!

Lassen Sie mich zum Schluss aus einer Sitzung des Bundestags-Agrarausschusses zitieren. Hören Sie gut zu, das ist interessant. Die FDP kritisiert aus ihrer Sicht die unklare Haltung der Union bei der Frage, ob sie den mit der EU-Agrarreform verbundenen Paradigmenwechsel in der Landwirtschaft grundsätzlich unterstütze oder nicht. Die CDU/CSU möchte sich erklären, ob sie für mehr marktwirtschaftliche Ansätze und mehr unternehmerische Freiheit für die Landwirte eintrete. Ich vermute, diese Aussage kommt von der Kollegin Happach-Kasan.

(Günther Hildebrand [FDP]: Du hast nicht zugehört!)

Wenn sie wüsste, was Sie hier im Landtag verbreiten, insbesondere gestern zu der Frage der Marktwirtschaft im Zuge der Milchpolitik, ich glaube, ihr würden die Haare zu Berge stehen.

(Günther Hildebrand [FDP]: Du hast nicht zugehört!)

Meine Damen und Herren, ich möchte Sie bitten, über den FDP-Antrag in der Sache abzustimmen. Wir haben im Ausschuss eine gute Diskussion geführt, muss ich sagen. Sie war kontrovers, aber fair. Den FDP-Antrag lehnen wir ab. Wir haben der Ausschussberatung nichts weiter hinzuzufügen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Ehlers das Wort.

**Claus Ehlers [CDU]:**

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn die FDP etwas schneller gewesen wäre, hätte ihr Antrag „Gemeinsame Agrarpolitik der EU sinnvoll umsetzen“ zusammen mit den Anträgen

(Claus Ehlers)

der CDU und des SSW zur Entkoppelung der Prämien behandelt werden können.

(Zuruf des Abgeordneten Friedrich-Carl Wodarz [SPD])

- Hör mal zu, das ist für dich Nachhilfeunterricht. - Inhaltlich sind CDU und FDP auf einer Linie und der SSW ist nahe dran, Herr Harms. Es wäre besser gewesen, alle drei Anträge zusammenzuführen. Es ist aber nicht so.

Die **Agenda 2000** war bisher die einschneidendste Agrarreform der Europäischen Union. Sie wurde der Landwirtschaft mit der Behauptung verkauft, damit erhielten die Betriebe langfristige Planungssicherheit. Jetzt, nach nur vier Jahren, ist die Planungssicherheit beendet. Die neue Agrarreform der Europäischen Union war ursprünglich nur als Halbzeitbilanz gedacht. Daraus ist erneut eine umfassende Reform entstanden.

Jetzt geht es darum, Strukturbrüche zu vermeiden, keine neuen Ungerechtigkeiten zuzulassen und Übergangsregelungen zu schaffen, die Existenznöte - Herr Wodarz - vermeiden. Es ist völlig verfehlt, diese Reform mit einem ideologischen Unterbau versehen zu wollen. Die jetzige Agrarreform hat so wenig Bestand wie alle vorhergehenden. Die **EU-Kommission** hat die nächste Halbzeitbilanz fest im Auge, und damit ist sichergestellt, dass für den nächsten Scherbenhaufen bereits Maß genommen wird.

Aus Presseerklärungen entnehme ich, dass bei einigen Damen und Herren in den Regierungsfractionen die wichtigste Agrarbotschaft der CDU immer noch nicht angekommen ist. Wir wollen, dass die **Landwirte** Einkommen durch ihre Arbeit und ausreichende Produktpreise erzielen, also **Preis und Markt**.

(Beifall bei CDU und FDP)

Die Abhängigkeit von öffentlichen Kassen muss ein Ende finden, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei CDU und FDP - Zuruf von Minister Klaus Müller)

- Das kommt auch von uns Bauern, Herr Minister! Deshalb ist auch das **neue Prämiensystem** kein Weg in eine planbare Zukunft, sondern es führt in eine Sackgasse.

Unsere Landwirtschaft leistet für die Allgemeinheit vielfältige Aufgaben, die unverzichtbar sind. Diese Leistungen sind dann auch zu honorieren. Denjenigen, für die das alles neu ist, empfehle ich, einen Blick in unsere Wahlkampfprogramme zu werfen.

(Lachen bei der SPD)

Dort können Sie das genau nachlesen, meine Damen und Herren.

Wir klammern uns nicht an Prämienzahlungen, die noch nie eine langfristige Perspektive geboten haben. Daran wird auch das neue System nichts ändern. Ich hoffe sehr, dass alle Beteiligten die Kraft aufbringen, sich irgendwann in naher Zukunft davon zu lösen.

(Beifall bei der CDU)

Umso wichtiger ist es, einen fließenden Übergang - darauf kommt es an - zu gestalten. Unter diesem Gesichtspunkt bietet die EU-Agrarreform eine Chance. Es ist daher verfehlt, neue Prämienbesitzansprüche zu schaffen, die nur sehr schwer wieder einzusammeln sind. Dies ist ein wichtiger Grund dafür, die Prämienumverteilung abzulehnen.

Tausende Menschen sind damit beschäftigt, Prämien zu berechnen, zu verteilen oder zu kontrollieren. Ich glaube, es hat noch kein Mensch in Europa ausgerechnet, wie viele Mitarbeiter sich in der Verwaltung mit unseren Problemen befassen. Es wäre besser, sie würden sich mit der Zukunft Europas befassen als mit der Festschreibung vorhandener Strukturen, zumal das sowieso nicht gelingt. Die Prämien haben auch den **Strukturwandel** nicht aufgehalten, sondern beschleunigt. Dies wird uns in den kommenden Jahren in aller Deutlichkeit vor Augen geführt.

Dem Antrag der FDP stimmen wir zu, da er sich, wie ich eingangs bereits erläutert habe, mit unseren Vorstellungen weitgehend deckt.

(Beifall bei der FDP)

Inhaltlich haben wir die Diskussion im Zusammenhang mit unserem Ergänzungsantrag zur Prämienentkoppelung bereits im Agrarausschuss geführt.

(Friedrich-Carl Wodarz [SPD]: Das haben wir nicht mitgekriegt!)

Insofern beantrage ich, dass wir heute über den von der FDP gestellten Antrag abstimmen.

(Beifall bei CDU und FDP)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Matthiessen das Wort.

**Detlef Matthiessen** [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Die FDP schreibt: Bei der geplanten Umverteilung von Prämienvolumen zwischen den Regionen - Sie meinen wahrscheinlich zwischen den Bundesländern, Herr Hildebrand - soll sich die Landesregierung

(Detlef Matthiessen)

dafür einsetzen, dass die auf das Land entfallenden Beihilfen in voller Höhe erhalten bleiben. Das ist ein frommer Wunsch. Politik heißt aber nicht wünschen und träumen, sondern in der Wirklichkeit möglichst viel erreichen.

Die FDP hat außerdem beim Schleswig-Holsteinischen Bauernverband abgeschrieben. Bauernverbandspräsident Steensen warf der Landesregierung „Verrat“ an den schleswig-holsteinischen Bauern vor. Das hat er bereits Anfang Februar diesen Jahres gemacht. Warum kommen Sie erst jetzt im Mai mit diesem Thema, nachdem das lange durch ist?

„18 Millionen Prämienvolumen verschenkt“ - das ist eine völlig verdrehte Sichtweise. **Schleswig-Holstein** nimmt mit dem überdurchschnittlichen Betrag von 378 € pro Hektar bei der Höhe der **Agrarprämien** eine Spitzenstellung ein. Das sind 15,8 % über dem Durchschnitt der Bundesländer.

(Claus Ehlers [CDU]: Das ist auch in Ordnung! - Günther Hildebrand [FDP]: Warum wohl?)

- Ich wollte mich kurz fassen. Aber: Warum wohl? - Das liegt natürlich daran, dass es ehemals als ein Preisausgleichssystem gestartet ist und da standen wir mit unseren hervorragenden landwirtschaftlichen Bedingungen auch hervorragend da. Es ist natürlich richtig, von dem Prämienvorteil, den Schleswig-Holstein hat, möglichst viel für Schleswig-Holstein zu bewahren. Aber die Kampfplage im Bundesrat, Herr Kollege - das haben wir im Agrarausschuss nun hinlänglich diskutiert - ist nun einmal so, dass solche Länder wie Saarland, die 29 % unter dem Bundesdurchschnitt liegen, natürlich die Hand aufhalten und sagen, unter dem Lichte der Entkoppelungspolitik, jetzt, wo es sich nicht mehr um Ausgleichszahlungen handelt, wollen wir alle Bundesländer gleich behandelt haben. So, in dieser Situation - wenn der vorliegende Gesetzentwurf also durchkommt - wird Schleswig-Holstein von den bisherigen 50 Millionen € Prämienvorteilen immerhin noch über 32 Millionen € weiter verfügen können. Es sind also nicht 18 Millionen € verschenkt worden, Herr Hildebrand, sondern 32 Millionen € mal sechs Jahre für Schleswig-Holstein gerettet worden, so, wie es zurzeit aussieht.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ist ein großer Erfolg im Verteilungskampf auf Bundesebene und beweist das Verhandlungsgeschick unseres Landwirtschaftsministers.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

In den anstehenden **Bundesratsverhandlungen** haben wir somit eine gute Ausgangsposition geschaffen.

Die FDP schreibt in ihrem Antrag weiter von der Umverteilung des **Direktausgleichs** zwischen den Betrieben. Also, von einem Direktausgleich zwischen landwirtschaftlichen Betrieben höre ich durch Ihren Antrag zum ersten Mal in einer agrarpolitischen Debatte. Vielleicht könnten Sie erklären, was das sein soll. Ich kann mir natürlich denken, dass Sie damit das **Regionalmodell** meinen und ansprechen wollten, in welcher Geschwindigkeit wir dahin kommen. Drücken Sie das doch einfach korrekt aus.

Bei der FDP geht es mit Nebelkerzen weiter. Maßnahmen sollen sein: In den Bereichen der Milchviehhaltung und Tierhaltung erst 2010 mit dem Abschmelzen der entkoppelten Betriebsprämie zu beginnen. Sie wissen doch genau oder Sie wissen es nicht - beides ist gleich schlimm -, dass die **bisherigen Agrarprämien** so verteilt sind, dass die milchwirtschaftenden Grünlandbetriebe deutlich im Nachteil sind. Wenn Sie die so ungerechte Verteilung bis 2010 einfrieren wollen, dann hat die Milchwirtschaft, der Sie angeblich helfen wollen, dadurch eindeutig den Schaden.

Die FDP schreibt dann noch etwas von **Modulation**. Machen Sie bitte einen Vorschlag, Herr Hildebrand, wie Sie sich das vorstellen, zugunsten der Grünlandbetriebe hier weitere Programme zu kreieren. Selbstverständlich sind wir da für solche Vorschläge offen.

**Cross Compliance!** Dazu hatten wir uns im Ausschuss verständigt - weil es sich um eine sehr komplexe Thematik handelt, zu der ich jetzt etwas sagen könnte, aber nicht will -, dass uns das Ministerium zu diesen komplizierten Fragen noch einmal etwas vortragen wird.

Ich finde es schade, dass die FDP nach der sehr konstruktiven Diskussion im Ausschuss - der SPD-Kollege Fritz Wodarz hat das schon angesprochen; wir hatten dort alle Anträge auf dem Tisch und haben dann aus dem SSW-Antrag, dem CDU-Papier und den rot-grünen Vorstellungen gemeinsame Positionen erarbeiten können -, nun heute hier im Plenum trotzdem Ihren Antrag vorlegt. Das hat nur etwas mit Profilierung zu tun. Das gelingt allerdings in keiner Weise. Phrasen, weiße Salbe und Nebelkerzen, gewürzt mit „Antiumwelt“ und Unkenntnis - das ist die Agrarpolitik der FDP! Wir lehnen den Antrag ab.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Lassen Sie mich aus aktuellem Anlass noch auf eine Sache hinweisen: Es besteht im Plenarsaal absolutes Handyverbot. Das gilt auch für Abgeordnete und Mitglieder der Regierung.

(Vereinzelter Beifall)

Das Wort hat Herr Abgeordneter Harms.

**Lars Harms [SSW]:**

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wie auch schon die Vorredner sagten, muss man den Antrag der FDP natürlich vor dem Hintergrund unseres Antrages zur Entkoppelung in der Landwirtschaft vom November 2003 betrachten. Wir haben ja den FDP-Antrag deshalb schon in der letzten Agrarausschusssitzung quasi mit beraten, auch wenn dies leider nicht protokolliert wurde. Ich nehme an, das ist der Hintergrund, warum der Antrag noch einmal gestellt worden ist.

(Günther Hildebrand [FDP]: Unter anderem!)

Zukünftig werden **Direktzahlungen** von der **Produktion** entkoppelt und an andere Kriterien gebunden. Man will auch in der Landwirtschaft weg von Produktionsprämien hin zu einer mehr **marktwirtschaftlich orientierten Landwirtschaft** - das wird auch vom Bauernverband inzwischen so gesehen. Worauf wir hierbei aber zu achten haben ist, dass bei der Umstellung der Prämienzahlungen die Interessen des Landes gewahrt bleiben. Dieses Ziel haben wir seinerzeit auch in unserem Antrag zur Entkoppelung formuliert.

Deshalb ist es positiv, dass man sich auf Bundesebene weitgehend auf das so genannte **Regionalmodell** geeinigt hat. Das heißt, die auszahlenden Prämien orientieren sich an dem, was bisher in den einzelnen Bundesländern gezahlt wurde. Es wird zwar nach heutigem Stand Einbußen für uns geben, aber wenn wir bisher bezogen auf unser Land überdurchschnittlich hohe Prämienzahlungen erhalten haben, weil die Produktionsbedingungen hierzulande so gut sind, dann mussten wir auch mit Einschnitten rechnen. Würden wir eine nationale einheitliche Prämie erhalten, müssten wir mit Verlusten von bis zu 50 Millionen Euro rechnen. Das galt und gilt es zu verhindern und dies war ein Ziel unseres Antrages von November letzten Jahres.

Weiter haben wir seinerzeit in unserem Antrag gefordert, dass der **Übergang** von Betriebs- zu **Flächenprämien** über einen längeren Zeitraum erfolgen sollte. Dieses Ziel wird von der Landesregierung leider

eher halbherzig verfolgt. Im Bericht zur Entkoppelung in der Landwirtschaft steht, dass sie die im Referentenentwurf zur Entkoppelung vorgesehene Übergangsphase bis ins Jahr 2012 als zu lang ansieht. Wir sehen dies anders. Die Betriebe haben mittel- und langfristig in ihre Strukturen investiert und haben sich auf die bestehende Förderkulisse verlassen. Wenn diese jetzt – weil politisch gewollt - geändert wird, müssen wir auch eine entsprechende Übergangsphase haben. Die EU erlaubt eine Übergangsphase bis 2012 und ich glaube, acht Jahre sind nicht zuviel. Deshalb muss die Landesregierung hier ihre Haltung korrigieren und wir freuen uns natürlich, dass wir anhand unseres Antrages für diese Sichtweise auch eine Mehrheit gefunden haben. Denn so hat sich der Ausschuss geäußert.

Die **Modulationsmittel** werden inzwischen schon für alle möglichen Maßnahmen verplant. Da wurde in der Vergangenheit vorgeschlagen, diese Mittel in Programme für die Direktvermarktung zu stecken und es gibt natürlich auch den berechtigten Wunsch, das Geld in die Entwicklung des ländlichen Raumes zu leiten. Andere sagen, das Geld soll in **Agrar-Umweltmaßnahmen** fließen und der Umweltminister wird dabei schon konkret, in dem er das Geld für die Entschädigungen in den Vogelschutzgebieten Eiderstedt und Eider-Treene-Sorge verplant. Die FDP schlägt nun vor, die Finanzmittel für benachteiligte Grünlandbetriebe zu verwenden. Die Vielzahl der Vorschläge zeigt, dass wir mehr Geld brauchen als wir haben. Wenn wir aber wollen, dass Naturschutzmaßnahmen wie Vogelschutz- und FFH-Gebiete akzeptiert werden, müssen wir deren Finanzierung auf sichere Beine stellen und da bieten sich die Modulationsmittel an.

Der **Strukturwandel** in der Landwirtschaft muss sozialverträglich gestaltet werden. Die EU-Verordnung zur Entkoppelung der Prämien erlaubt den Mitgliedstaaten, bis zu 10% der bisherigen Ausgleichszahlungen in einem bestimmten Sektor für spezielle Ergänzungszahlungen einzusetzen. Ein solcher bestimmter Sektor könnte zum Beispiel der von der Entkoppelung besonders betroffene Sektor der intensiven Rindermastbetriebe sein. Die Ergänzungszahlungen könnten dort für besondere Formen der landwirtschaftlichen Tätigkeit, zum Beispiel für Verbesserung der Umwelt, Qualität des Produktes oder Direktvermarktung, eingesetzt werden. Dass sich die Landesregierung und auch die Parlamentsmehrheit hierzu nicht durchringen konnten, bedauern wir sehr, weil man so besondere Härten für diese Betriebe und deren Beschäftigte abmildern und gleichzeitig - ebenso wie an anderer Stelle - nachhaltige Ziele erreichen könnte.

(Lars Harms)

Die meisten im Antrag der FDP aufgeführten Punkte sind entweder schon entschieden oder aber schon in unseren Antrag vom November angesprochen, deshalb ist der Antrag eigentlich inhaltlich nicht nötig. Wir werden diesen Antrag ablehnen und natürlich der Beschlussempfehlung zustimmen.

(Beifall beim SSW und vereinzelt bei der SPD)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Das Wort hat Herr Minister Klaus Müller.

**Klaus Müller**, Minister für Umwelt, Naturschutz und Landwirtschaft:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Verehrte Damen und Herren! Lieber Claus Ehlers, das Interesse der CDU-Fraktion an diesem Thema, das uns zurzeit vorliegt, ist momentan bombastisch. Das hat offensichtlich etwas mit eurem internen Einfluss zu tun.

Verehrte Damen und Herren! Die heutige Debatte ist bereits die dritte oder vierte zu diesem Thema.

(Zuruf von der CDU: Das spricht für die Bedeutung des Themas!)

Wir hätten uns nach der langen und eigentlich sehr konstruktiven Debatte im Agrarausschuss die heutige Behandlung ersparen können. Da aber das Anliegen der FDP besteht, auf die Kernpunkte noch einmal einzugehen, möchte ich das gerne tun.

Es ist schon merkwürdig, dass hier die Reform des Kommissars Fischler als Scherbenhaufen bezeichnet wird. Man soll doch nie vergessen, dass er Mitglied einer christdemokratischen Partei in Österreich ist und insofern von den heutigen Hauptkritikern ideologisch und politisch nicht weit entfernt ist. Ich will mich an dieser Stelle ausdrücklich hinter Franz Fischler stellen, weil er mit seiner Agrarreform, die die Unterstützung der Mehrheit der Agrarminister der EU - die momentan tendenziell eher christdemokratisch orientiert sind - gefunden hat, eine Reform eingeleitet hat, die ihresgleichen suchen kann und wirklich Bahnbrechendes für die Landwirtschaft bewegt.

Warum tut sie das? - Weil sie endlich dazu führt, die Kompliziertheit der verschiedensten Prämienzahlungen, die es zurzeit gibt, zu entrümpeln und das **Prämiensystem** zu einem einfacheren marktwirtschaftlichen und damit ökologischeren Bestandteil der Agrarunterstützung zu machen. Darauf hat die Agrarpolitik seit Jahren - eigentlich seit Jahrzehnten - gewartet. Dies ist höchst überfällig und dass dieses jetzt Renate Künast und Franz Fischler gemeinsam Hand

in Hand auf den Weg gebracht haben, ist ein eindeutiger Fortschritt für die Landwirte.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Jetzt gehe ich in die Historie zurück und schaue, was die CDU in dieser Husumer Erklärung kundgetan hat, was die FDP-Fraktion seit Jahren vertreten hat; Rot-Grün weiß das schon viel länger. Vor diesem Hintergrund sehe ich einen großen Konsens und die kleinlichen Auseinandersetzungen, die hier zu schüren versucht werden, eigentlich schlicht überflüssig und eher von Peinlichkeit getragen.

(Beifall des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

Die Position der Landesregierung ist in diesem Punkt ausgesprochen konsistent. Seit dem ersten Mal, seit wir dieses diskutierten, hat die Landesregierung Ja zu einer schnellen vollständigen Koppelung gesagt; dieses wird so eintreten. Wir haben von Anfang an Ja zu einer einheitlichen regionalen Flächenprämie als Honorierung der Gemeinwohlleistung der Landwirte gesagt; dieses wird kommen. Wir haben von Anfang an Ja zu ausreichenden Übergangsfristen zur Vermeidung von Einkommenseinbrüchen gesagt; dieses wird so kommen. Wir haben von Anfang an Ja zu Cross Compliance gesagt, das heißt zur Verknüpfung von Subventions- und Umweltrecht; dieses wird so kommen. Und wir haben uns von Anfang an für die Modulation stark gemacht, als CDU und FDP davon noch nichts wissen wollten; dieses wird so kommen.

Das heißt, die Position der Landesregierung hat von Anfang genau an auf der Linie gelegen, wie sie jetzt von 13 von 16 Bundesländern unterstützt wird.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Unruhe)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Ich bitte um etwas mehr Ruhe. Es ist eindeutig zu laut. - Herr Minister, Sie haben wieder das Wort.

**Klaus Müller**, Minister für Umwelt, Naturschutz und Landwirtschaft:

Meine Damen und Herren, ich möchte noch drei Bemerkungen machen und dann die Debatte zum Abschluss führen.

Erstens. Eine Position - wie von CDU und FDP vertreten -, die besagt, wer leistungsstark sei - ja, das ist unsere Landwirtschaft in Schleswig-Holstein -, der müsse auch dauerhaft mehr Subventionen bekommen

(Minister Klaus Müller)

als andere, empfehle ich Ihnen in anderen Politikbereichen durchzudeklinieren.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich kann mir kaum vorstellen, dass Sie für diese Vorstellung bei einem normal sterblichen Menschen draußen auf der Straße irgendein Verständnis fänden. Ihrer Ansicht nach muss jemand, der stark, produktiv und effizient ist, auch noch ein überdurchschnittliches Mehr an staatlichen **Subventionen** bekommen. Lassen Sie uns, verehrte Damen und Herren Agrarpolitiker der traditionellen Schule, einmal darüber nachdenken, ob das nicht ein Hauptargument dafür ist, warum die Öffentlichkeit leider nicht so hinter der Agrarpolitik und der Unterstützung unserer Landwirte steht, wie sie es eigentlich verdienen würden.

Gleiches gleich, Ungleiches ungleich behandeln. - Natürlich geht das. Dann sollten aber wettbewerbsstarke Regionen auf diese Wettbewerbsstärke vertrauen können. Unsere Landwirte können und tun das.

Zweite Bemerkung. Hier wird immer wieder kritisiert, Schleswig-Holstein werde 18 Millionen € von seinem historischen Vorteil verlieren. Ja, danach sieht es aus. Verehrte Damen und Herren, Ihre Politik eines Status quo, eines Kopf-in-den-Sand-Steckens wie bei Straußen und eines einfachen lauten Nein-Blökens würde dazu führen, dass wir 50 Millionen € verlieren.

(Beifall des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

Sie wissen, dass die treibenden Kräfte in Baden-Württemberg - CDU und FDP -, die treibende Kraft im Saarland - CDU - und die Kräfte in vielen anderen Bundesländern mit dazu beitragen, dass wir zu einer **Umverteilung** kommen. Sie wissen genau, dass diese Position im **Bundesrat** die Mehrheit hat. Sie sind scheinheilig und unredlich in dieser Angelegenheit. Sie streuen den Landwirten Sand in die Augen. Das ist keine ehrliche Politik, die Sie hier betreiben.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Letzte Bemerkung. Sie setzen sich für eine lange Übergangsfrist ein. Ich hätte mir gewünscht, dass Frau Todsens-Reese, Frau Sassen und andere dazu geredet hätten. Sie betreiben eine Politik, mit der Sie gerade den Eiderstedter Landwirten, die darauf angewiesen sind, eine Grünlandprämie zu bekommen, in den Rücken fallen. Da ist die Position der Landesregierung ehrlicher, fairer und gerechter.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Zu einem Kurzbeitrag nach § 58 Abs. 2 der Geschäftsordnung erteile ich Herrn Abgeordneten Hildebrand das Wort.

**Günther Hildebrand [FDP]:**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich will nicht auf alles Gesagte eingehen, aber einige Punkte bedürfen der Erläuterung.

Seit die Bundesagrarministerin Künast den entsprechenden Gesetzentwurf zur Reform der gemeinsamen Agrarpolitik eingebracht hat, haben wir im Plenum darüber noch nicht gesprochen und diskutiert. Wenn dies möglicherweise die tief greifendste Reform in der Agrarpolitik der Nachkriegszeit ist, dann ist sie es wert, darüber im Plenum zu diskutieren.

(Beifall des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

Das halte ich schon im Hinblick auf unsere Landwirte in Schleswig-Holstein für erforderlich.

Wir haben diese Anträge in der Tat im Agrarausschuss sehr konstruktiv beraten und Kollege Harms hat es eben schon gesagt: Auch der FDP-Antrag lag im Agrarausschuss vor, allerdings findet er sich jetzt nirgendwo wieder. Insofern besteht mit diesem Antrag die Chance, die Diskussion fortführen zu können.

Herr Minister, sie wählten gerade die Worte „scheinheilig“ und „unredlich“. Gerade dieser Agrarausschuss hat am 13. Mai einen Beschluss gefasst, in dem es unter anderem in Punkt 1 im vorletzten Absatz heißt:

„Es ist anzustreben, die Milchprämie zu 100 % betriebsindividuell bis 2013 zuzuweisen.“

Mir liegt jetzt ein Antrag aus dem Bundesrat vom 14. Mai vor, in dem genau dieses - wenn auch etwas schwammig - gefordert wird. Da steht:

„Dazu sind die Möglichkeiten einer Weitergewährung der betriebsindividuellen Milchprämie bis 2013 einschließlich der sich daraus ergebenden Auswirkungen auf die anderen Bereiche der Agrarproduktion zu überprüfen.“

Allerdings vermisse ich bei diesem Antrag leider den Namen des Landes Schleswig-Holstein. Dieser Antrag ist von Sachsen, Baden-Württemberg, Bayern, Hessen, Niedersachsen und Thüringen gestellt worden. Ich hätte es wenigstens begrüßt, wenn sich das Land Schleswig-Holstein oder die Landesregierung Schles-

(Günther Hildebrand)

wig-Holstein diesem Antrag angeschlossen hätten; dann wäre es nämlich konform mit dem Beschluss des Agrarausschusses.

(Beifall bei FDP und CDU)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Ich schließe damit die Beratung.

Es ist Abstimmung in der Sache beantragt worden. Wer dem Antrag der Fraktion der FDP zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dann ist dieser Antrag mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP abgelehnt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich werde Ihnen jetzt den aktuellen Stand der weiteren Beratungen mitteilen. Die Fraktionen haben sich darauf verständigt, dass die Tagesordnungspunkte 11 und 36 ohne Aussprache behandelt werden. Der Tagesordnungspunkt 18 wird im Juni aufgerufen und jetzt fahren wir mit Tagesordnungspunkt 26 zur Europapolitik fort.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 26 auf:

**Europapolitik ist Landespolitik**

Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 15/3437

Das Wort zur Begründung wird nicht gewünscht. - Mit diesem Antrag wird ein mündlicher Bericht in dieser Tagung erbeten.

Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dies ist einstimmig so beschlossen.

Dann lasse ich zunächst durch die Landesregierung den Bericht erteilen. Ich erteile Frau Ministerpräsidentin Heide Simonis das Wort.

**Heide Simonis, Ministerpräsidentin:**

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die **Europäische Union** steht vor einer neuen Phase in ihrer Politik. Mit der geplanten Verfassung, der **Erweiterung** um zehn neue Länder seit dem 1. Mai und dem ehrgeizigen Ziel, bis 2010 zum dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt zu werden, wagt die EU den größten Entwicklungssprung in ihrer Geschichte.

Mit der **europäischen Verfassung** wird ein Prozess in Gang gesetzt, der mit dem Jahrhundertprojekt der Wirtschafts- und Währungsunion vergleichbar ist.

Diese Entwicklung hätten wir noch vor ein paar Jahren nicht für möglich gehalten. Die neu hinzugekommenen berichten mir, was es für sie bedeutet hat, den mittlerweile 80.000 Seiten umfassenden Acquis communautaire einzuarbeiten. Von daher freuen sie sich auf die europäische Verfassung, weil diese leichter zu überblicken ist als diese riesigen bürokratischen Berge.

Gott sei Dank ist diese Entwicklung noch schneller gelaufen, als wir es uns gewünscht haben, denn alle wollten mitmachen. Die Verfassung, die hoffentlich noch in diesem Jahr verabschiedet wird, wird nicht alle Wünsche erfüllen, aber sie wurde auch nicht hastig, sondern in aller Ruhe diskutiert. Hier habe ich Herrn Ministerpräsident Teufel aus Baden-Württemberg zu danken, der dort als unser Ländervertreter unsere Interessen eingebracht hat. Er hat auch nicht alles geschafft, aber immerhin ist das, was uns wichtig war, mit hineingekommen.

(Beifall der Abgeordneten Ulrike Rodust [SPD] und Dr. Heiner Garg [FDP])

Die Verfassung ist ein **Kompromiss**. Sie wirkt jetzt aber für die Europäerinnen und Europäer, die nach einer Umfrage, über die ich gerade heute Morgen gelesen habe, am Gang zur Europawahl kein großes Interesse haben. Hoffentlich wird dies dazu beitragen, Europa ein wenig durchschaubarer und verstehbarer zu machen.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der SPD)

Damit würden auch **Entscheidungsprozesse** stärker in den Blick der Öffentlichkeit geraten. Ein weiter gestärktes **EU-Parlament** wird zur Demokratisierung von Entscheidungsprozessen beitragen. Der Verfassungsentwurf beendet die Geheimdiplomatie der Räte. Wir brauchen nicht mehr darauf zu warten, wie müde die Damen und Herren morgens um 4 Uhr aussehen, die nachts gegessen haben, um irgendetwas zu erfinden. Wir können dies jetzt verfolgen. Die Entscheidungen in öffentlicher Ratssitzung sind für Bürgerinnen und Bürger allemal leichter zu verstehen als in der Zeitung zu lesen, dass einer mit einer Lokomotive in ein Verfahren hereinkam und mit einer Nähmaschine wieder heraus.

Ein starker **Kommissionspräsident** mit Richtlinienkompetenz, ein für jeweils zweieinhalb Jahre gewählter **hauptamtlicher Ratspräsident** und ein europäischer Außenminister sollen Europa ein neues erkennbares Gesicht verleihen. Dass all dies überfällig ist, wissen wir. Nun kommt es, da wollen wir vergessen, wie lange es gedauert hat. Wir sollten gemeinsam in die Zukunft gucken.

**(Ministerpräsidentin Heide Simonis)**

Vor wenigen Wochen haben wir das historische Ereignis der Erweiterung gefeiert. Durch diesen Schritt öffnet sich die Union von der westeuropäischen Gemeinschaft mit starker Südlastigkeit zu einer gemeinschaftlichen Verantwortung für den gesamten Kontinent. Europa wird Europa.

(Beifall bei SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben nun neue Nachbarn: Russland, Weißrussland, Frau Präsidentin, und auch die Ukraine kommen uns näher. Schleswig-Holstein hat in der Vergangenheit zur Einbindung Russlands in die europäische Entwicklung weiß Gott seinen Beitrag geleistet. Hierzu gehört unter anderem auch die Partnerschaft mit Kaliningrad. Hierzu gehört auch die Tätigkeit einzelner, die immer wieder neu angefangen haben, dieses ganz dicke Brett zu bohren. Ich hoffe, dass Sie, meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordneten, es mir hier erlauben, dass ich mich bei der Frau Landtagsvizepräsidentin bedanke, denn Sie gehört zu den ganz wenigen Dickbrettbohrern an dieser Stelle.

(Beifall bei SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir kriegen zwar etwas Neues, aber das bedeutet, wir müssen uns auch anstrengen und neu definieren, was wir zu tun haben und wie wir den Prozess gestalten können, damit er auch uns zum Positiven gereicht. Europa-, Bundes-, Ostsee- und Landespolitik verschränken sich immer stärker. Wir werden den Menschen zu erklären haben, dass Richtlinien nicht bedeuten, dass man sich danach richten kann oder nicht. Das Wort Richtlinien ist ein anderes Wort für **europäische Gesetze**.

Wir sehen an der Tagesordnung durch Punkte wie den Bologna-Prozess, Hochschul- und Agrarpolitik und so weiter, dass all dies Themen sind, die die Menschen hier im Land als Landespolitik bewegen, die aber später auch durch Europa beeinflusst werden. Deswegen ist es unsere Strategie, diese Bereiche stärker als bisher miteinander zu verzahnen, damit es nicht so aussieht, als ob man sich hinter Europa verstecken würde, wenn man die europäischen Richtlinien zitiert. Wir müssen alle verstehen, was in so einer Richtlinie steht. Manches, was da definiert wird, ist nicht ganz richtig. Heute Morgen habe ich gelesen, dass die Elbestuare dazu führen würden, dass der Hamburger Hafen verschlickt und daher als Hafen von der Landkarte verschwinden würde. Da weiß man, dass das falsch ist, es schreibt sich aber so schön. Es ist unsere Aufgabe, dies den Menschen klar zu machen.

Wir werden uns frühzeitig mit unseren Interessen auf den verschiedensten Ebenen einbringen müssen, da-

mit wir nicht herunterkippen, wenn alle anderen schon angekommen sind. Wir werden versuchen, effektive deutsche Mitwirkung an europäischen Entscheidungen so zu gestalten, dass wir mit dabei sind. Ich kenne meinen Kollegen Stoiber, der über nichts so gern redet, und zwar negativ, wie über Europa. Dann baut er sich dort ein Haus mit 90 Leuten hin, die alle Pötte daraufhin absuchen, ob nicht etwas davon nach Bayern zu leiten ist. Ganz so wollte ich es nicht machen, aber es zeigt: Man kann mit einer gewissen Geschicklichkeit zwei sehr unterschiedliche Bilder vermitteln. Ich finde das nicht ganz richtig, aber Töpfe abzugreifen, halte ich immer für richtig. Das sollten wir versuchen, von ihm zu lernen.

(Beifall bei SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir werden unser **Hanse-Office**, das übrigens eine der ältesten Vertretungen deutscher Länder in Brüssel ist, ausbauen, und zwar gemeinsam. Es wird in der Struktur anders aussehen. Ich behaupte, dass die alte Struktur besser war, aber das macht nichts. Wenn wir uns darauf einigen können, dass die neue Struktur von uns gemeinsam positiv vertreten wird, dann kann man auch mit der leben. Ich möchte mich bei unserem langjährigen Leiter des Hanse-Office, Franz Froschmaier, der am 31. März seine Tätigkeit beendet hat, bedanken. Das Land Schleswig-Holstein hat ihm viel zu verdanken. Seine Eleganz, mit der er seine alten Netzwerke zum Wohle Hamburgs und Schleswig-Holsteins ausgenutzt hat, ohne dass es jemand gemerkt hat, wobei es uns trotzdem etwas gebracht hat, ist schon wirklich gekonnt gewesen. Wir haben ihm hier zu danken.

(Beifall bei SPD, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der CDU)

Zu danken habe ich auch Frau Abgeordneter Ulrike Rodust, die im Ausschuss der Regionen sitzt und dafür sorgt, dass Schleswig-Holstein immer da ist, was mir nicht immer gelungen ist. Die Arbeitsteilung zwischen uns beiden ist sehr gut. Ich freue mich, dass ich mit ihr eine sehr kundige Mitstreiterin und Vertreterin gefunden habe.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es ist aber nicht nur die Politik, sondern es sind auch Wirtschaft und Wissenschaft, die Institutionen, die Verbände und die Kommunen gefordert, sich jetzt aktiv für Europa einzusetzen und auf die veränderten Bedingungen einzugehen. Ein gutes Beispiel hierfür ist der „Baltic Media Summit“ der schleswig-holsteinischen Zeitungsverlage und ihrer Partner rund um die Ostsee, der am 14. Mai auf Gut Schierensee

**(Ministerpräsidentin Heide Simonis)**

stattgefunden hat. Anwesend waren der Präsident der Europäischen Zentralbank, der Präsident der Estnischen Zentralbank und der estnische Finanzminister. Es waren aus allen politischen, wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Teilen rund um die Ostsee 150 Menschen gekommen, um die **Schierensee-Erklärung** abzugeben. Der Ort Schierensee wird einmal eine große Rolle im Rahmen der Ostseezusammenarbeit spielen.

Es war interessant, zu sehen, wie sich Herr Genscher, unser ehemaliger Außenminister, und Uffe Ellemann-Jensen, der ehemaligen dänische Außenminister, gemeinsam bemüht haben, eine Erklärung zu finden, hinter die sich alle stellen konnten, mit der man arbeiten kann, die man nach Brüssel schicken kann und mit der sich das Land Schleswig-Holstein auch identifizieren kann. Wenn die Leute in ein paar Jahren unter Schierensee-Vertretungen sozusagen die Geburt eines Bündnisses erahnen, das wir damit geschaffen haben, dann könnten wir darauf sehr stolz sein.

(Beifall bei SPD, FDP und BÜNDNIS  
90/DIE GRÜNEN)

Die großen Aufgaben der Europapolitik werden es sein, nicht nur die Währung zusammenzuhäkeln, die im Übrigen eine der stärksten **Währungen** der Welt geworden ist. Sie ist in nahezu allen Ländern, in denen früher der Dollar war, zur Ersatzwährung geworden. Wir müssen Arbeit, Wirtschaft, Wissenschaft und Forschung so zusammenbringen, dass wir langsam aber sicher - und nicht Hals über Kopf - gemeinsam in eine Wirtschaftsstruktur hineinkommen, in der wir nicht nur den Euro als etwas Gemeinsames betrachten, sondern auch die Fragen: Wie viel Arbeitslose wir haben? Was wir tun müssen, um sie zu bekämpfen? Was müssen wir tun, um die soziale Sicherheit der Menschen zu garantieren? Was müssen wir tun, um wettbewerbsfähig zu sein? Das alles fragen wir für 450 Millionen Menschen. Dabei hat der Euro auch eine große Rolle zu spielen. Er ist aber nicht allein von Bedeutung. Europa ist mehr als die Summe aller Euros, die jetzt ausgegeben werden.

(Beifall bei SPD, FDP und BÜNDNIS  
90/DIE GRÜNEN)

Wir haben hier in Schleswig-Holstein angefangen, unsere Wirtschaftsförderung, die auch stark mit EU-Mitteln ausgestattet ist, besonders auf die chancenreichen **Wachstumsfelder** in Europa zu konzentrieren. Dazu gehören - wie Sie wissen - die Gesundheitswirtschaft, die Mikrosystemtechnik, die Informationstechnik, Multimedia, die maritime Wirtschaft, die erneuerbaren Energien, Tourismus und die Ernährungswirtschaft. Meine Reise in der kommenden

Woche in die drei baltischen Staaten mit einer hochkarätigen Delegation aus Schleswig-Holsteins Gesundheitswirtschaft ist ein Beispiel dafür, wie wir durch ein gemeinsames Auftreten, denn es wird bestimmt auch ein Hamburger Vertreter dieser Wirtschaft dabei sein, unsere Wettbewerbsfähigkeit im Ostseeraum darstellen und stärken können. Die strategische Allianz mit Hamburg in der Boomregion Ostsee ist dabei für uns genauso von Nutzen wie für Hamburg. Die STRING-Kooperation hat uns gezeigt, wie man so etwas aufbauen muss, nämlich ganz langsam, von Grund auf und nicht von oben übergestülpt.

Wir wissen, dass das Meer Zukunft hat. Wir wollen der maritimen Wirtschaft und der Forschung stärkeren Rückenwind geben. Ich finde es immer wieder verblüffend: Wenn ich irgendwo erzähle, dass wir das Thema „Zukunft Meer“ haben, zum Beispiel gestern Abend bei dem ersten Sponsorenessen des Musikfestivals, dann gucken die Menschen mich einen Moment an und sagen: Eigentlich haben Sie Recht! Warum sind wir darauf nicht früher gekommen? Es ist witzig, wie lange etwas vor der Haustür liegen kann, ehe man den gemeinschaftlichen wirtschaftlichen Nutzen erkennt. Dass wir ein Meer hatten, wussten wir; dass wir Werften haben, die arbeiten, wussten wir auch. Dass es hier Reeder gibt, die größte Schiffsfinanzierungsbank der Welt - das wussten wir alles. Aber die Erkenntnis, dass dies alles zusammen etwas ergibt, was mehr ist als die Summe all dieser einzelnen Teile, scheint sich bei uns erst jetzt langsam durchzusetzen. Ich bin froh, dass ich diesbezüglich einmal einen sehr lichten Moment gehabt habe. Sonst habe ich lichte Momente. Hier hatte ich einen sehr lichten Moment.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN - Glocke der Präsidentin)

- Ich komme langsam zum Ende. - Ich wollte noch darauf aufmerksam machen, dass für Sie die so genannte Kieler Erklärung, der 14-Punkte-Katalog zum geschützten Seeverkehrsgebiet der Ostsee, durchaus vorzeigbar ist. Wir haben uns bei dieser Konferenz vorgestellt, es gäbe so etwas wie die „Prestige“ in der Kadettrinne. Diese Vorstellung ist so schrecklich, dass vor lauter Schreck alle diese 14 Punkte mit unterschrieben haben, ganz gleich, woher sie gekommen sind. Sogar die russische Seite hat sich bereit erklärt mitzumachen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
und vereinzelt bei der FDP)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich kann zum Schluss nur noch appellieren, dass wir all unsere Überzeugungskraft aufbringen, unsere jeweiligen

**(Ministerpräsidentin Heide Simonis)**

Wähler zu bitten, zur **Europawahl** zu gehen. Die 99 Sitze sind uns sicher, aber unser Einfluss wächst mit der Wahlbeteiligung. Wer nur 20 % seiner Leute an die Urne bekommt, kann hinterher in den Ausschüssen nicht für 100 % Wünsche äußern. Deswegen wäre es gut, wenn wir alle zusammen den Menschen im Land sagen würden: Geht zur Wahl. Dies ist auch in unserem Interesse.

(Starker Beifall im ganzen Haus)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Für die antragstellenden Fraktionen erteile ich zunächst der Frau Abgeordneten Rodust das Wort.

**Ulrike Rodust [SPD]:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben gerade gehört: Europapolitik ist Landespolitik. Unsere Ministerpräsidentin hat dies in ihrem Bericht sehr anschaulich dargestellt.

Im neuen Europa ist **Schleswig-Holstein** ökonomisch und geopolitisch in die Mitte gerückt. Wir sind eine **europäische Region** mit besonderen Chancen, mit Verbindung zu den nordischen Staaten und zu den östlichen Anrainern. Deshalb wollen und werden wir Wegbereiter von Vereinbarungen und Verbindungen mit unseren Freunden in Dänemark, in Norwegen, in Schweden, in Finnland, in den baltischen Staaten und in Polen sein und uns in besonderem Maße für eine zügige Integration der russischen Regionen an der Ostsee einsetzen.

Auch wenn wir in der Europapolitik des Landes zu meist über Fraktionsgrenzen hinweg einvernehmlich politische Beschlüsse fassen, möchte ich doch an dieser Stelle daran erinnern: Es waren Sozialdemokraten, die das Mare Balticum wieder mit Leben erfüllt haben.

„Das Mare Balticum, die Ostsee, als Region einer aufblühenden wirtschaftlichen und kulturellen Begegnung ist eine unserer großen Visionen. Unser Land Schleswig-Holstein steht als Partner dafür bereit.“

Dies konnten wir in der Regierungserklärung von Björn Engholm im Jahre 1988 lesen. Es war Heinz-Werner Arens, der die Parlamentarier der Ostsee-Anrainer zusammengebracht hat. Es war Franz Froschmeier, der das Hanse-Office zu einer leistungsfähigen Vertretung in Brüssel aufgebaut hat. Es war Gerd Walter, der diese Initiativen über die Ostsee hinaus verkörperte. Es ist Heide Simonis, die Europapolitik in diesem Land zur Chefsache gemacht hat.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Idee der **Zusammenarbeit im Ostseeraum** als Region mit eigener Identität hat sich seitdem durchgesetzt und etabliert. Ostseekooperation steht heute auf der politischen Tagesordnung der Europäischen Union, der nationalen Regierungen, der Nichtregierungsorganisationen und zahlreicher lokaler und regionaler Gebietskörperschaften.

Die Ostseekooperation ist schon heute eine faszinierende Erfolgsgeschichte. Wo vor knapp 60 Jahren Krieg und Zerstörung herrschten und noch vor wenigen Jahren verfeindete Blöcke aufeinander stießen, hat sich in den letzten Jahren ein Klima des Vertrauens, der Zusammenarbeit und der Verständigung entwickelt. Heute trennt die Ostsee nicht mehr, sondern sie ist ein Identitätsstifter geworden, ein Meer, das verbindet.

Grundlage dieses Erfolges ist die zunehmende Besinnung auf das gemeinsame Potenzial dieser Region: die Gemeinsamkeiten in Kultur und Geschichte, die den Ostsee-Anrainern das Gefühl der Zusammengehörigkeit geben, und der gemeinsame Markt mit mehr als 50 Millionen Menschen.

Handel und Verkehr sind auf Wachstumskurs. Ohne Zweifel gehört der Ostseeraum zu den Zukunftsregionen Europas. Ostseepolitik wird in einer erweiterten Europäischen Union immer wichtiger. Je größer die Europäische Union wird, desto nötiger ist eine gemeinsame Entwicklungspolitik der Ostsee-Anrainer für die Regionen und ihr gemeinsames Handeln in Brüssel. Nur so können sie im Wettbewerb mit anderen Großregionen in Europa bestehen. Die Alternative heißt: Entweder behauptet sich der Nordosten Europas gemeinsam in einer größeren Europäischen Union oder er wird politisch und ökonomisch an den Rand gedrängt.

Diese Richtungsentscheidung hat auch für Schleswig-Holstein Konsequenzen. Wenn die Ostseeregion als Ganzes wächst, wird auch unser Land besser vorankommen. Die Stärken Schleswig-Holsteins liegen nicht nur im fachlichen Bereich, sondern in erster Linie darin, dass die neuen Beitrittsländer großes Vertrauen in Deutschland und hier insbesondere in Schleswig-Holstein setzen. Unsere fachlichen Stärken liegen in den Bereichen Gesundheit, Energie und Ernährungswirtschaft. Hierin haben wir Know-how, sind kooperationsfähig und können daraus am ehesten einen neuen Markt entwickeln.

In der Medizintechnik sind wir führend. Wir haben zwei medizinische Universitäten, die weit über die Grenzen anerkannt sind. Im Umfeld haben sich un-

(Ulrike Rodust)

zählige Firmen mit großem Wissen angesiedelt, die die Möglichkeiten und Chancen für **Zusammenarbeit und Kooperation** nutzen werden. Beispielhaft erinnere ich an die gute Zusammenarbeit mit Norwegen auf diesem Gebiet.

Kein Bundesland hat mehr Erfahrung mit erneuerbarer Energie als wir. Nach der Zusammenführung der Energiestiftung und der Technologiestiftung zur Innovationsstiftung haben wir unsere Kräfte so gebündelt, dass auch hier mit großen Erfolgen zu rechnen ist.

Für unsere Ernährungswirtschaft haben wir eine leistungsfähige Landwirtschaft im ökologischen und ökonomischen Landbau. Bei der Veredelung von Nahrungsmitteln besitzen wir Kompetenzen, die die Fachleute gewinnbringend einbringen können.

Die Politik hat in den letzten Jahren die Rahmenbedingungen für eine erfolgreiche **Zusammenarbeit** mit unseren Nachbarn erarbeitet. Meine Damen und Herren, die Ostseepolitik braucht den Motor Schleswig-Holstein. Das gilt für die großen **Verkehrsprojekte** wie die A 20 und die Fehmarnbelt-Querung, für die grenzüberschreitende Vernetzung der Hochschulen, für die Europäisierung von Bildung und Ausbildung und so weiter. Diese erfolgreiche Kooperation der Partner aus Schweden, Dänemark und Schleswig-Holstein im Projekt „Südliche Ostsee“ wollen wir fortsetzen und vertiefen.

Die Wachstums- und Zukunftsregion Ostsee birgt hervorragende Chancen im Europa von morgen. Dabei kann der Ostseerat eine führende Rolle übernehmen. In dem vom **Ostseerat** im Jahre 1996 in Kalmar beschlossene Aktionsprogramm sind alle wichtigen Forderungen für die Entwicklung der Ostseeregion enthalten: Förderung menschlicher Begegnungen und Sicherheit der Bürger, wirtschaftliche Entwicklung und Integration, Schutz der Umwelt und ökologische Erneuerung. Dies gilt es, Schritt für Schritt unter Einbeziehung aller Akteure umzusetzen.

Wir wollen die gemeinsame Interessenvertretung der Ostseepartner in Brüssel stärken. Dabei ist das **Hanse-Office** für uns eine große Hilfe. Das Hanse-Office - die Ministerpräsidentin sagte es bereits - ist nicht nur das älteste Länderbüro, sondern auch eines der erfolgreichsten. Mehrere Tausend Anfragen aus unserem Land pro Jahr beweisen, dass viele Firmen, Kommunen, Institutionen und auch Privatpersonen das Wissen dieses Büros und diesen Service nutzen.

Erstaunt hat mich allerdings vor einigen Tagen, als ich im „Flensburger Tageblatt“ las, dass der Spitzenkandidat der CDU davon noch nichts mitbekommen hat.

(Lothar Hay [SPD]: Reisen bildet! Er sollte einmal hinfahren!)

Unter der Telefonnummer 0032 2285 4640 wird ihm geholfen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, die politische Union Europas ist nicht nur Kern und Garant künftiger Stabilität auf dem Kontinent, sondern auch die europäische Antwort auf die **Globalisierung** und auf die Frage nach der künftigen geistigen und politischen Identität der europäischen Völker und Staaten.

Die Prinzipien der Aufklärung, die Tradition des Sozialstaates, die Achtung der Menschenrechte, die Bereitschaft zu ökologischer und ökonomischer Verantwortung und internationaler Solidarität sind vor allem im Norden in Europa stärker ausgeprägt als in anderen Teilen der Welt. Europa ist für die Sozialdemokraten nicht nur eine Wirtschaftsgemeinschaft, sondern vor allem eine politische Wertegemeinschaft. Die Seele Europas ist eine **soziale Demokratie**.

Mit der künftigen **europäischen Verfassung** werden große Fortschritte in Kernbereichen der europäischen Politik gemacht. Die Europäische Union wird dadurch bürgerlicher, handlungsfähiger und demokratischer. Schon heute ist klar: Das Ergebnis ist ein Meilenstein in der Geschichte der europäischen Integration. Europas Verfassung wird ein fortschrittlicher und zukunftsweisender Werte- und Zielkatalog vorangestellt. Werte wie Frieden, Solidarität und Gerechtigkeit werden in der europäischen Politik zukünftig qua Verfassung eine zentrale Rolle spielen.

Meine Damen und Herren, zum Schluss fasse ich wie folgt zusammen. Die Osterweiterung der Europäischen Union ist kein Gnadenakt des Westens gegenüber dem Osten, sondern ein Vorhaben von gegenseitigem Nutzen. Die bisherigen Mitgliedstaaten der Europäischen Union und auch Schleswig-Holstein haben politische und wirtschaftliche Vorteile bei der Erweiterung. Die neue Europäische Union wird durch die damit verbundene Intensivierung der Kontakte zu einer Stabilisierung von Demokratie, Rechtsstaat, Wirtschaft und Gesellschaft in den Reformländern führen und die Gefahr unkontrollierter politischer Entwicklungen vermindern. Gleichzeitig verbessern sich die Voraussetzungen für die Vertiefung der wirtschaftlichen Beziehungen entscheidend. Vor diesem wirtschaftlichen Hintergrund wird sich auch das soziale und kulturelle Europa schneller entwickeln. Wichtig ist in diesem Zusammenhang, dass die gemeinsam erarbeitete Verfassung auch eine gemeinsame Grundlage wird. Das Zusammenwachsen Europas zu einem

(Ulrike Rodust)

Raum des Friedens, der Sicherheit, des Wohlstands und der Stabilität ist nach wie vor die historische Aufgabe der Europäischen Union und oberstes Ziel ihrer Politik. Für uns in Schleswig-Holstein ist dies Verpflichtung und Chance zugleich. Darum bitte ich auch Sie: Werben Sie dafür, dass Ihre Kolleginnen und Kollegen zur Europawahl gehen!

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Ich erteile Herrn Abgeordneten Ritzek das Wort.

**Manfred Ritzek [CDU]:**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Ministerpräsidentin und liebe Kollegin Ulrike Rodust, was Sie gesagt haben, ist zum großen Teil richtig, das könnte auch ich sagen, ich glaube, das könnten wir alle sagen. Aber ich habe die Aufgabe etwas anders verstanden. Ich habe sie so verstanden, dass Instrumente und Konzepte herausgearbeitet werden, die uns ermöglichen, im Rahmen der vier Herausforderungen auch wirklich Landespolitik zu machen. Sie haben die Herausforderungen erwähnt, Frau Ministerpräsidentin, einmal die zehn neuen, ehrgeizigen Mitgliedstaaten, die am 1. Mai in die EU eingetreten sind, dann die neue EU-Verfassung, die Lissabon-Strategie und die Strukturdebatte über die Mittel, die wir für unser Land erwarten können.

Es ist nichts Neues, dass **Europapolitik** auch Landespolitik ist. Das haben wir auch immer so gemacht, da gibt es genug Berichte, Reports und Reisen, auch Sie haben es wieder erwähnt. **Landespolitik** wird schon als Europapolitik gemacht. Aber wir müssen für die Zukunft Konzepte entwickeln. Wir müssen unseres Chancen im Rahmen der Herausforderungen nutzen.

(Beifall bei der CDU)

Ich möchte durchaus auf positive Entwicklungen hinweisen, aber auch auf Gefahren, auf Schwachstellen und auf ständige Verbesserungsnotwendigkeiten.

Zur Verfassung. In Teil I des Verfassungsentwurfs wurden in den Artikeln 11 bis 18 - das geschah unter Mitwirkung der zehn neuen Mitglieder - die Kompetenzen definiert in ausschließliche und geteilte Zuständigkeiten sowie in Bereiche, in denen die Union die Länder unterstützt und koordiniert. Die ausschließliche **Kompetenz der Union** ist sicherlich unstrittig.

Mit der geplanten Verabschiedung der **europäischen Verfassung** werden jedoch erhebliche Veränderun-

gen verbunden sein, da sich die Kommissare dann ihre verfassungsrechtlich definierten Politikfelder aneignen werden. Auf den Umfang müssen wir achten. Ist sich die Landesregierung der Politikbereiche bewusst, wo der Einfluss der Union dann zu groß werden kann? Gibt es vorbereitete konkrete Abgrenzungen der Aktivitäten der Landesregierung zu den Aktivitäten der Europäischen Union, wenn diese in Bereiche geteilter Zuständigkeiten fallen?

Für die geteilten Zuständigkeiten gilt: Ich zitiere Artikel 11 der Verfassung:

„Die Mitgliedsländer nehmen ihre Zuständigkeit wahr, sofern und soweit die Union ihre Zuständigkeit nicht ausübt oder entschieden hat, diese nicht mehr auszuüben.“

Diese Definition bedeutet: Wir hängen am Tropf der Union. Wir müssen aufpassen.

Es gilt eine Balance herauszufinden und zu definieren, wie Landespolitik nach den Grundsätzen der **Subsidiarität** und der **Verhältnismäßigkeit** gestaltet werden kann. Diese Abwägung muss von der Landespolitik im Rahmen ihrer Europapolitik stets vorgenommen werden - ab heute.

Nur bei Klarheit dieser Verantwortlichkeiten lässt sich auch eindeutig die Zuordnung der **Koordinierungsfunktion** durch die Union in den verschiedensten Politikbereichen definieren und akzeptieren. Auch wenn aus verschiedensten Fonds der Europäischen Union für diese Koordinierungsbereiche Finanzmittel zur Verfügung gestellt werden, die Verantwortung für effektive und effiziente Durchführung muss bei den Ländern bleiben.

Auch im Bereich der Ergänzungs- oder Unterstützungsmaßnahmen kann die **Kommission** alle Initiativen ergreifen, die dieser Koordinierung förderlich sind. Das betrifft die Bereiche Gesundheitswesen, Industrie, Kultur, allgemeine und berufliche Bildung, Jugend und Sport und den Katastrophenschutz. Aufgabe der Landespolitik ist es, diese Koordinierung für die speziellen Anforderungen unseres Landes zu nutzen, nicht aber Kompetenzen abzugeben. Die nationale Bildungspolitik zum Beispiel gerät zunehmend unter europäischen Einfluss, obwohl der Subsidiaritätsvorbehalt besonders die Lehrinhalte vor einer Harmonisierung schützt, so die IHK in einem Artikel im vorigen Jahr.

Im Entwurf der Eckpunkte des Europaberichts 2003/2004 der Landesregierung mit dem Titel „Europapolitik ist Landespolitik - Europapolitische Grundsätze und Handlungsperspektiven der Landesregierung 2004 bis 2006“ wird ausdrücklich darauf hinge-

(Manfred Ritzek)

wiesen, dass auf die deutschen Länder durch die Verabschiedung einer europäischen Verfassung in den nächsten Jahren erhöhte Anforderungen zur Ausfüllung ihrer **Mitwirkungsrechte** zukommen. Schon im Europabericht 2001 schreibt die Landesregierung:

„Bei der Umsetzung von europäischen Politiken brauchen Länder größere Gestaltungsmöglichkeiten, um den Aufgaben vor Ort besser gerecht werden zu können.“

Zu begrüßen ist, dass die Landesregierung das schon einmal erkannt hat. Handelt sie aber auch danach? Hat die Landesregierung zum Beispiel das **zweistufige Kontrollsystem** entwickelt? Dazu gehört als erste Stufe das so genannte Frühwarnsystem, mit dem die nationalen Parlamente der Mitgliedsstaaten durch einen so genannten Subsidiaritätsbogen von der Kommission über ein neues europäisches Rechtssetzungsverfahren informiert werden. Innerhalb von sechs Wochen müssen dann die Parlamente, auch unser Landesparlament, sofern es vom Bund informiert wurde, über mögliche Beschneidungen ihrer Kompetenzen bezüglich des Subsidiaritätsgebotes Einspruch erheben. Hat die Landesregierung diese Beteiligungsinstrumente, mit der Sachkompetenz, mit den Informationswegen entwickelt? Die zweite Stufe der Kontrollfunktion ist das eigene Klagerecht zum Schutz der Subsidiarität, das über den Bundesrat oder Bundestag eingebracht werden kann. Ich bezweifle, dass diese Kontrollfunktion bei uns schon lebt. Ferner muss sich die Landesregierung verstärkt dafür einsetzen, dass sich der AdR insbesondere nach der Erweiterung auf 25 Mitglieder verstärkt zu einem europapolitischen Forum entwickelt, das sich für die Stärkung des Föderalismus, der Regionalisierung, der Dezentralisierung und der kommunalen Selbstverwaltung einsetzt. Der **AdR** hat mit der Erwähnung in Artikel 31 als beratende Einrichtung der Union Verfassungsrang erhalten. Fordern wir unsere AdR-Vertretung heraus. Dann könnten wir auch einmal die Effektivität unserer Vertretung evaluieren, vielleicht auch ihre Effizienz.

Alle bisherigen Aktivitäten, Meine Damen und Herren, in der Ostseeregion sind zu begrüßen, fortzusetzen und ständig zu verbessern. Unser **Hanse-Office** leistet gute Arbeit. Allerdings müsste es uns in Zukunft noch mehr über den Beginn von Gesetzgebungsverfahren informieren, um die beiden Kontrollfunktionen ausüben zu können.

(Beifall bei der CDU)

Betrachten wir noch einmal unsere **Repräsentanten** in Tallin, Riga, Vilnius und Danzig, also in den neuen EU-Ländern, vor dem Hintergrund der Erweiterung!

Vor Ort Flagge zeigen - das ist das Motto dieser Repräsentanten. Die Büros haben Aufgaben zu erfüllen. Diese müssen an die neuen Entwicklungen und die Herausforderungen durch die Erweiterung angepasst werden. Gibt es neue Jahresprogramme für die Büros? Welche Kooperationsprojekte für die Nutzung von grenzüberschreitenden EU-Programmen wurden oder werden konkret entwickelt?

Die Reform der **Strukturpolitik** der Europäischen Union können wir als Land nicht direkt beeinflussen. Wir müssen aber überall, wo Einflussmöglichkeiten bestehen, und bei jeder Gelegenheit darauf hinweisen, wie bedeutend die Strukturmittel für die Entwicklung unseres Landes sind. Mitte nächsten Jahres will die Europäische Union den Strukturfonds verabschieden.

Die Lissabon-Strategie für den Zeitraum von 2000 bis 2010 beinhaltet - wie im rot-grünen Antrag erwähnt - eine Menge Anforderungen, die auch von unserem Land erfüllt werden müssen. Immerhin verweist die Landesregierung in dem Eckpunktepapier auf die Lissabon-Strategie. Sie beschränkt sich aber eben nur auf den Zeitraum von 2004 bis 2006, statt bis zum Jahre 2010 zu gehen, wie es die Lissabon-Strategie vorgibt.

Der Wirtschaftsminister hat in der vorigen Debatte bei der Vorstellung des Strategiepapiers bis zum Jahre 2020 die Lissabon-Strategie nicht einmal erwähnt, geschweige denn gestern bei der Vorstellung des Wirtschaftsberichtes 2004. Das ist sehr bedauerlich, denn die **Lissabon-Strategie** betont ja gerade das Wachstum und die Bedeutung der Wirtschaft für unser Land.

(Beifall bei der CDU)

Wo steht Schleswig-Holstein? Was waren bisher die Inhalte der Landespolitik im Rahmen dieser Europapolitik, diese Lissabon-Strategie? Sie beinhaltet ja konkrete Ziele, zum Beispiel für die Höhe der Investitionsquote, der Arbeitslosenquote, des Verschuldungsgrades, der Neuverschuldung, der Studienquote, ebenso im Hinblick auf Beschäftigungsgrad, lebenslanges Lernen und so weiter. Wie entwickelten sich diese **Kennziffern** seit der Initiierung der Lissabon-Strategie in unserem Land? Hat unser Land zur Verbesserung der europaweit geforderten Ergebnisse beigetragen? Darüber wurde nichts berichtet.

Europapolitik ist Landespolitik. Warum aber beginnt die Landesregierung so spät, Konzepte zu entwickeln, um den neuen Herausforderungen gerecht zu werden? Der 1. Mai ist ja nicht vom Himmel gefallen. Eine europapolitische Zukunftskonzeption ist bei der jetzigen Landesregierung nicht erkennbar. Wegen des

(Manfred Ritzek)

dringenden Handlungsbedarfs beantragen wir die Überweisung an den Europaausschuss.

(Beifall bei der CDU)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Ich erteile Herrn Abgeordneten Behm das Wort.

**Joachim Behm [FDP]:**

Frau Präsidentin! Meine Damen! Meine Herren! Pünktlich zur Europawahl entdecken wir erneut, dass Europapolitik auch Landespolitik ist und verleihen dem mit einem besonderen Antrag Ausdruck. Ich denke, wenn nicht in wenigen Tagen die Europawahl anstünde, hätten wir in diesem Moment getrost darauf verzichten können. Dieser Landtag hat gewiss in vielen Aussprachen seinen Beitrag geleistet, um Interesse für die Erfolgsgeschichte der Europäischen Union zu wecken. Dabei wird häufig vergessen, dass mittlerweile ein Großteil der gesetzlichen Regelungen und die Politik in Deutschland vom Europarecht nicht nur beeinflusst, sondern auch bis in das kleinste Detail bestimmt werden. Wir sehen uns dann häufig nur noch in der Rolle, Europarecht umzusetzen.

Ein aktuelles Beispiel macht dies besonders deutlich: das Landesseilbahngesetz. Zwar ist der höchste Berg, den wir derzeit in Schleswig-Holstein haben, der Schuldenberg, den diese Landesregierung in den letzten 16 Jahren angehäuft hat, doch für die sichere Besteigung dieses Gipfels benötigen wir nicht das Landesseilbahngesetz.

(Beifall bei FDP und CDU)

Allein dieses Gesetz zeigt, dass nicht nur bei der Umsetzung europäischer Richtlinien und Verordnungen, sondern auch über Förderprogramme und Beschlüsse die Europäische Union immer kleinteiliger auf Schleswig-Holstein einwirkt.

Die einzelnen Regionen spielen in der Europäischen Union noch immer eine zu geringe Rolle,

(Beifall bei der FDP sowie vereinzelt bei der CDU)

da diese im Regelfall nicht die Ansprechpartner bei entsprechenden Entscheidungen sind. Zwar wurde durch die Einrichtung eines **Ausschusses der Regionen** der europäischen Vielfalt an Völkern, Sprachen und Kulturen ein Sprachrohr gegeben, doch leider sind die Möglichkeiten dieses Ausschusses weiterhin zu sehr beschränkt. Daran hat auch der vom Konvent vorgelegte Verfassungsentwurf wenig geändert. Diese sehr wichtige Institution, der Ausschuss der Regionen, hat immer noch zu wenig Gewicht. Neben einer

rein beratenden Funktion hat es lediglich eine Aufwertung im so genannten Protokoll über die Anwendung der Grundsätze der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit gegeben. Das ist einfach zu wenig.

(Beifall bei der FDP sowie vereinzelt bei der CDU)

Um so wichtiger ist es deshalb, dass wir in Schleswig-Holstein unseren Einfluss in der Europäischen Union noch stärker geltend machen. Die Einrichtung des **Hanse-Office** ist dabei ein erster und wichtiger Schritt, um in Brüssel vor Ort eine Vertretung unseres Landes zu etablieren. Der jetzt verabschiedete Chef dieser Einrichtung, der ehemalige Wirtschaftsminister dieses Landes, Franz Froschmaier, hat, soweit ich das beurteilen kann, einen gewichtigen Anteil am Ansehen des Hanse-Büros.

(Beifall bei der FDP sowie vereinzelt bei der CDU)

Gleichzeitig wird angesichts der jetzt erweiterten Union immer deutlicher, dass Schleswig-Holstein eine noch bessere und intensivere **Lobbyarbeit** vor Ort braucht. Zukünftig werden wir uns auf immer weniger Förderung vonseiten der EU einzustellen haben, da die neuen Mitglieder in der Union die Verbesserung ihrer Strukturen ebenfalls anstreben. Deshalb ist es umso wichtiger, die Informations- und Beratungsstrukturen für Schleswig-Holstein in der Union weiter zu optimieren und auszubauen.

Ein wichtiges Anliegen ist es deshalb für mich, dass wir das vorhandene **Netzwerk** mit den Partnern in den **Nachbarstaaten** noch enger knüpfen, um die Interessen des Ostseeraumes in der EU noch weiter zu intensivieren. Wenn es stimmt, dass die Bundesrepublik bereits heute mit Abstand der größte Handelspartner der am 1. Mai beigetretenen neuen Mitgliedsländer ist und allein durch den „Osthandel“ rund 100.000 Arbeitsplätze im deutschen Mittelstand gesichert werden, dann sollte Schleswig-Holstein eigentlich einen wesentlichen Anteil daran haben.

(Beifall bei der FDP sowie vereinzelt bei der CDU)

Diese Hoffnungen haben sich für Schleswig-Holstein leider nicht erfüllt - und dies, obwohl mit dem Beitritt der neuen Mitgliedsländer gerade die gesamte **Ostseeregion** einen immer größeren Stellenwert in Europa einnimmt. Die Vorteile, die wir allein aus unserer geographischen Lage hätten ziehen können, wurden in den letzten Jahren noch zu wenig genutzt.

Anstatt sich immer mehr zu einer Drehscheibe für das nördliche Europa zu entwickeln und damit von den Handelsströmen zu profitieren, begeben wir uns in die

(Joachim Behm)

Gefahr, mittelfristig zu einem Transitland zu werden. Eine entsprechende Entwicklung zeichnet sich jetzt bereits ab: Nach wie vor hinken wir bei der Zahl der Arbeitsplätze und in unserer Wirtschaftskraft hinter den westdeutschen Flächenländern her. Firmen wandern in die Metropolregionen oder gleich in die neuen Mitgliedsländer ab. Dabei hat auch der in den letzten Jahren gewollte und von der EU geförderte Strukturwandel das Land noch lange nicht so weit vorangebracht, dass es mittlerweile auf eigenen Füßen stehen könnte. Die Chancen, die durch die entsprechenden **Förderprogramme** der EU in der Vergangenheit eröffnet worden sind, wurden durch Rot-Grün nicht vollständig ausgeschöpft, weil die Möglichkeiten, die geforderten Eigenmittel einzubringen, in unserem Lande nicht gegeben waren. Siehe dazu meine Anmerkungen zum Schuldenberg.

Europapolitik ist Landespolitik. Das ist ein schönes Schlagwort. Leider wird dieses Schlagwort in unserem Land aber allzu gern dazu missbraucht, erfolglose Landespolitik zu verdecken. Ob beim Ausbau unserer Infrastruktur oder der wirtschaftlichen Entwicklung: Immer wieder werden die Vorgaben oder Zwänge aus Brüssel vorgeschoben, um eine weitere Entwicklung unseres Landes zu verhindern oder zu behindern. Konkrete Beispiele kann ich hier gern anführen. Sei es der Ausbau der A 20 oder die feste Fehmarnbelt-Querung, sei es der Ausweis von weiteren Gewerbegebieten: Anstatt unser Land wirtschaftlich weiter voranzubringen, werden fleißig und systematisch FFH-Gebiete oder auch gleich ganze Landstriche als Vogelschutzgebiete ausgewiesen. Dabei wird immer die gleiche Leier gespielt: Angeblich zwingt Brüssel Schleswig-Holstein dazu, das Land nach und nach unter Schutz zu stellen. Dass sich die Landesregierung dabei ab und an selber in die Quere kommt, zeigt der Umstand, dass unsere Ministerpräsidentin im Jahre 2004 erfahren muss, dass die gesamte Fehmarnbelt-Querung durch einen Bereich verläuft, der bereits seit 2001 als FFH-Gebiet ausgewiesen ist.

Meine Damen, meine Herren, Europapolitik kann nur dann erfolgreich sein, wenn die Bürger im Land nicht die Erfahrung machen müssen, dass die Landespolitik mittlerweile von Brüssel ferngesteuert wird. Dazu gehört für mich eine umfassende und transparente **Informationspolitik**. Dazu gehört auch, dass den Bürgern deutlich gemacht wird, welche Perspektiven die rot-grüne Landesregierung in der künftigen Europapolitik verfolgen wird. Denn wenn Europapolitik Landespolitik sein soll, hat diese Politik direkte Auswirkungen auf unser Land. Ich hoffe, dass dies viele Bürgerinnen und Bürger unseres Landes durch die

Teilnahme an der Europawahl demonstrativ bekunden.

(Beifall bei FDP und CDU)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Ich erteile Herrn Abgeordneten Matthiessen das Wort.

**Detlef Matthiessen** [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Nach der EU-Osterweiterung positioniert sich Schleswig-Holstein neu. Wir liegen nun endgültig nicht mehr an der Grenze zwischen Ost und West, sondern verlassen unsere Randlage und sind inzwischen an einem europäischen Binnengewässer, nämlich der Ostsee, gut positioniert.

Schon in den vergangenen Jahren hat die Landesregierung mit der EU gut kooperiert. Mit dem **Hanse-Office** haben wir gemeinsam mit Hamburg eine gute und verhandlungsfähige Vertretung in Brüssel. Ich rege an, dass man noch einmal den Versuch unternimmt, das Bundesland Mecklenburg-Vorpommern in diesen Verbund zu integrieren.

Mit **Strukturhilfen** wie den URBAN-Projekten und vor allem Ziel und ZAL konnte vieles in unserem Lande finanziert und entwickelt werden. In Zukunft müssen wir diese Mittel sehr effektiv nutzen. Unsere Ministerpräsidentin hat ja die neue strategische Lage Schleswig-Holsteins deutlich gemacht. Wir müssen uns noch einmal intensiv mit der Zukunft der europäischen Fonds in diesem Hause beschäftigen.

Zentrales Anliegen der Landespolitik ist die **Ostsee-Kooperation** mit Skandinavien, den drei baltischen Staaten Litauen, Estland und Lettland, Polen, von Russland der Enklave Kaliningrad und der Region um Sankt Petersburg. Nur Norwegen und Russland sind nicht Mitglieder der EU.

Der Ostseeraum gehört zu den Zukunftsregionen Europas. Hier leben über 50 Millionen Menschen, die einen eigenen innereuropäischen Markt bilden. Die Landesregierung hat bereits seit langem die **Zusammenarbeit** im Ostseeraum initiiert und zu einem politischen Schwerpunkt gemacht. Zahlreiche Kooperationsbündnisse sind inzwischen entstanden. Angefangen hat das Ganze mit einer parlamentarischen Konferenz, die sich Jahr für Jahr fortsetzt und demnächst in Norwegen stattfinden wird.

Heute sind praktisch alle relevanten Organe und Institutionen im Lande in Bündnissen organisiert mit **Partnern im Ostseeraum**. Dazu gehört zum Beispiel auch die Baltic Sea Chambers of Commerce Associa-

(Detlef Matthiessen)

tion, die ihren Sitz bei der IHK in Kiel hat. Die Zusammenarbeit wird durch den Ostseerat der Außenminister, CBSS, jetzt auch formal durch staatliche Kooperationen fortgesetzt.

Die bestehenden vielfältigen **Verflechtungen** eröffnen der Ostseeregion die Chance, gemeinsam im schärfer werdenden Wettbewerb der europäischen Großregionen um Handelsströme und Standortentscheidungen bestehen zu können. Dabei wird auf nachhaltige Entwicklung und die Beachtung von ökologischen Kriterien Wert gelegt, jedenfalls aus schleswig-holsteinischer Sicht. Da hat Schleswig-Holstein unter den Staaten der Ostseekooperation durch die Beschlüsse der parlamentarischen Konferenzen stets eine Vorreiterrolle inne gehabt.

Wir wollen weiterhin Motor im Ostseeraum bleiben. Wir brauchen die Kooperation mit unseren Nachbarstaaten, zum Beispiel bei der Sicherung der Wasserstraßen auf der Ostsee. Auch hier nimmt Schleswig-Holstein bereits heute eine Vorreiterposition ein.

Ich freue mich übrigens besonders - ich weiß nicht, ob Sie das mitgekriegt haben -, dass die Fähren der schleswig-holsteinischen Häfen beim jüngsten A-DAC-Test im europäischen Vergleich als besonders sicher eingestuft worden sind. Wir haben - glaube ich - die einzige Fähre, die von Lübeck abgeht, mit der Note eins bewertet bekommen

(Werner Kalinka [CDU]: Und hier mit Note zwei!)

und alle andere Fähren hier mit Note zwei. Ich finde, darauf können wir stolz sein.

(Vereinzelter Beifall)

Das ist auch ein Signal für die Kooperation im Ostseeraum im **Tourismus und Warenverkehr**.

(Zurufe)

Es gibt Schleswig-Holstein-Büros in Danzig, Kaliningrad, Malmö, Tallinn, Vilnius und Riga. Wir können auch ein bisschen stolz sein, dass wir uns damit so etwas Ähnliches wie eine Landesaußenpolitik leisten.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Zuruf des Abgeordneten Werner Kalinka [CDU])

Natürlich erleichtern auch diese **Ostseebüros** den wirtschaftlichen Warenaustausch. In der Regel sind dort Muttersprachler aus den Ländern beschäftigt, die hervorragend deutsch sprechen und die Verhältnisse sowohl bei uns als auch in ihren Ländern kennen. Wir durften das zum Beispiel bei unserem Aufenthalt in

Polen zur Kenntnis nehmen mit der hervorragenden Betreuung des Schleswig-Holstein-Büros in Danzig.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Manfred Ritzek [CDU])

Eine besondere Rolle spielt **Russland** als Partner in der Ostseezusammenarbeit. Die Kooperation mit der dortigen Duma und auch mit der Universität sind ein gutes Beispiel, wie Zusammenarbeit gerade auch von Schleswig-Holstein aktiv betrieben wird.

Ich habe in meiner Rede - es ist ja ein bisschen die Luft heraus - sehr viel gestrichen, aber eines habe ich doch stehen lassen. Unsere Landtagsvizepräsidentin Gabi Kötschau hat in der Zusammenarbeit mit den ehemaligen GUS-Staaten mit ihrer Sprachkompetenz und ihrem kulturellen und sozialen Einfühlungsvermögen eine hervorragende Arbeit geleistet.

(Beifall)

Liebe Gabi, ich freue mich, dass du diese Arbeit im Interesse des Landes fortsetzen wirst.

(Zuruf der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Ich finde, das hat sie wirklich verdient.

Wir müssen in Zukunft weiter auf enge Zusammenarbeit im Bereich der Hochschulen setzen. Sowohl bei uns im Lande als auch bei unseren Partnerländern im Baltikum ist Bildung eine strategische Aufgabe. Bildungsarbeit wollen wir weiter ausbauen. Die Ostseeregion muss eine **Wissensregion** werden.

Auch in anderen Bereichen wollen wir deutlich machen, dass wir ein Europa sind. Es gibt keine Grenzen mehr, die Zusammenarbeit verhindern. Nehmen wir zum Beispiel die Arbeit des Landesjugendringes mit dem Ostseebüro, so ist das ein weiteres Beispiel für die strategische Option: Schleswig-Holstein und die Ostsee-Zukunftsregion für junge Menschen.

Schleswig-Holstein liegt jetzt im Herzen der EU, wenn auch etwas am nördlichen Rande dieses Herzens. Mit unseren beiden großen **Häfen in Kiel und Lübeck-Travemünde** haben wir tägliche Verbindungen zu unseren Nachbarstaaten. Wir wollen dies nutzen, um den Warenaustausch von road to sea, also die Verlagerung von der Straße auf die wassergebundenen Transportwege, vorwärts zu bewegen.

Meine Damen und Herren, Schleswig-Holstein ist von seiner Randlage jetzt mitten in die EU gerutscht. Up plattdüütsch: Wi sin midden mang dorbi. Unsere Ministerpräsidentin genießt hohes Ansehen im Raum

(Detlef Matthiessen)

des Mare Balticum, in Deutschland und Europa. Davon profitiert Schleswig-Holstein.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben mit allen Parteien hier im Hohen Hause große Einigkeit. Wir wollen weitermachen auf dem Kurs, Schleswig-Holstein im erweiterten Europa voranzubringen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Ich erteile der Frau Abgeordneten Spoorendonk das Wort.

**Anke Spoorendonk [SSW]:**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! „Politik ist Landespolitik“ heißt es in dem vorliegenden Antrag der regierungstragenden Fraktionen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, Recht haben Sie! Denn einerseits wird die Landespolitik mehr, als wir uns es in unser täglichen Arbeit bewusst sind, von Brüssel gesteuert. Andererseits ist es natürlich auch so, dass uns in Schleswig-Holstein durch Einbeziehung der europäischen Perspektive in die Landespolitik neue Chancen geboten werden. Was - in Klammern bemerkt - nicht so aufgefasst werden soll, dass es bei der anstehenden Europawahl darum geht, irgendwelche innenpolitische Denkkzettel zu verabreichen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, ich frage Sie einmal: Hat der sehr geschätzte Kollege Carstensen, Ihr Landesvorsitzender, etwa vor, in das Europaparlament einzuziehen? Wenn man gewisse Plakate sieht, könnte man auf den Gedanken kommen.

(Zurufe von der CDU)

Ich sage nicht, dass das hübsche Bilder sind. Aber wenn ich mir die Plakate ansehe, frage ich mich: Kandidiert er für die Europawahl oder was will er?

(Zuruf von der CDU: Europapolitik ist Landespolitik!)

Doch jetzt zum Thema! Auch der SSW ist der Auffassung, dass die **Ostseekooperation** ein zentrales Element in der Europapolitik unseres Landes ist und auch künftig sein soll. Für diese Art der regionalen Zusammenarbeit spricht weiterhin, dass sie breit gefächert und von unten gewachsen ist. Historisch betrachtet gehört es auch zu ihren Stärken, dass sie sowohl Mitglieder der EU als auch Nicht-EU-Mitglieder umfasst. Zugegeben, jetzt nach der EU-Erweiterung muss man nach Nicht-EU-Mitgliedern in

der Ostsee-Kooperation suchen. Umso wichtiger wird vor diesem Hintergrund die Weiterentwicklung eines guten nachbarschaftlichen Verhältnisses zu Russland sein. Man könnte auch sagen, dass die Strategie der nördlichen Dimension in der EU jetzt aktueller ist denn je.

War die Ostsee-Kooperation mit der Etablierung des **Ostseerates** anfänglich eine Initiative der Landesregierung, so spielt inzwischen auch die parlamentarische Zusammenarbeit eine wichtige Rolle. Aus Sicht des SSW könnte man ruhig selbstbewusst hinzufügen, dass sich auch der Schleswig-Holsteinische Landtag mit guten Initiativen eingebracht hat und einbringt. Die Ostsee-Parlamentarierkonferenz stellt dafür einen wichtigen Rahmen dar. Daher unterstützen wir die Bemühungen des Landtagspräsidenten, diese Arbeit weiter zu stärken. Diskutiert wird unter anderem, dass die Mitglieder der Ostsee-Parlamentarierkonferenz künftig für eine ganze Legislaturperiode gewählt und dass transparentere Beziehungen zwischen dem Ostseerat und der Parlamentarierkonferenz hergestellt werden. Wir bleiben aber dabei, dass wir es weiterhin mit einer Konferenz und nicht mit einem Regionalparlament zu tun haben. Und wir bleiben auch dabei, dass die Anbindung an den Nordischen Rat sehr hilfreich und eine gute Perspektive für diese Arbeit ist.

Vor diesem Hintergrund wünschen wir uns, dass die Ostseepolitik der Landesregierung wieder einen eigenständigeren Stellenwert erhält, frei nach dem Motto: Chefsache ist gut, aber auf zwei Beinen gehen ist besser.

(Beifall bei SSW und CDU)

Nur so können wir nach außen hin dokumentieren, wie wichtig diese **regionale Außenpolitik** ist, und den Einfluss auf die Bundesebene stärken. Eines sollten wir alle befürworten: Die nördliche Dimension, von der ich vorhin sprach, und die damit zusammenhängende Ostsee-Kooperation müssen in Zukunft auch ein zentrales Element deutscher Europapolitik sein.

Die andere Seite dieser Medaille, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist natürlich die Arbeit des **Hanse-Office** und auch die Arbeit des **Schleswig-Holstein-Büros**. Diese Arbeit müssen wir künftig nicht nur stärken, sondern weiter ausbauen; denn das ist das, worauf wir als Parlamentarier eigentlich angewiesen sind, wenn wir auf Partnerschaftskooperationen oder auf Partnerschaftsverträge eingehen oder die regionale Zusammenarbeit weiterhin stärken wollen.

Doch jetzt noch einige Worte zur künftigen **EU-Verfassung**. Wenn wir der Meinung sind, dass die Wahrung der kulturellen und sozialen Vielfalt in ei-

(Anke Spoorendonk)

nem zusammenwachsenden Europa höchste Priorität hat, dann müssen auch die Minderheiten und Volksgruppen in allen Mitgliedsländern Anerkennung, Schutz und Förderung genießen.

(Beifall beim SSW)

Wichtig ist dabei, dass die Kopenhagener Kriterien nicht nur für neue EU-Mitgliedstaaten gelten müssen, sondern auch für die alten Mitgliedsländer, zum Beispiel auch für Frankreich, Griechenland und Spanien.

(Beifall beim SSW)

Die Menschen- und Minderheitenrechte müssen also nicht nur politisch, sondern auch rechtlich abgesichert sein. Daher müsste aus unserer Sicht ein dementsprechender Minderheitenpassus in der kommenden EU-Verfassung festgeschrieben werden.

(Beifall bei SSW und SPD)

Ich habe es mehrfach gesagt: Die EU hat bisher keine formulierte Minderheitenpolitik. Daher ist für den SSW Europapolitik auch immer eine Politik, die die Arbeit des Europarates umfasst.

Dazu fordert der SSW eine **Volksabstimmung** über die europäische Verfassung.

(Beifall bei SSW, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Die wichtigen Fragen der Europapolitik werden in Deutschland seit jeher fern von der Bevölkerung entschieden. Es ist daher nicht verwunderlich, dass viele Menschen kein Interesse und auch kein Vertrauen in die EU haben; denn sie dürfen nicht dazu Stellung beziehen, wie die Zusammenarbeit überhaupt aussehen soll. Das Volk muss mitreden können, wenn das Land Souveränität abgibt, um mit anderen Ländern eng zusammenzuarbeiten.

(Beifall beim SSW)

Deshalb fordert der SSW, dass auch in Deutschland Volksabstimmungen zu wichtigen EU-Vertragsänderungen durchgeführt werden. Die erste muss dem aktuellen europäischen Verfassungsvertrag gelten. Dabei können wir auf Erfahrungen mit Volksabstimmungen über EU-Verträge in anderen EU-Ländern verweisen.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Ulf von Hielmcrone [SPD])

Dort, lieber Kollege von Hielmcrone, ist die Bevölkerung durch die Abstimmungskampagnen weit besser über EU-Fragen informiert als in der Bundesrepublik.

(Beifall beim SSW)

Das ist eine Tatsache. Die Menschen wollen auch in Deutschland, so behaupte ich jetzt einfach, sachlich informiert werden, um Stellung beziehen zu können. Aber solange man sie nur vor vollendete Tatsachen stellt, wird die Europäische Union für sie ein Projekt der Mächtigen bleiben.

Interessant ist in diesem Zusammenhang auch, dass es bei den Wahlen zum Europaparlament in der Vergangenheit in diesen Ländern relativ gesehen eine gute **Wahlbeteiligung** gegeben hat, während die Wahlbeteiligung in Schleswig-Holstein 1999 nur bei etwa 38 % lag. Es ist leider zu befürchten, dass dieser Wert bei der kommenden Wahl noch unterboten wird. Könnte es nicht sein, dass eine Abstimmung über die neue EU-Verfassung die Bürgerinnen und Bürger nicht nur mehr für Europa öffnen, sondern auch das Interesse am Europaparlament fördern würde? Ich verstehe daher nicht, warum insbesondere die beiden großen Volksparteien in der Bundesrepublik den Menschen nicht zutrauen, sich in dieser wichtigen Zukunftsfrage ihre eigene Meinung zu bilden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie wissen, dass der SSW selbst nicht an der Wahl zum Europaparlament teilnimmt. Dennoch werden wir unseren Mitgliedern und Wählern empfehlen, am 13. Juni zur Europawahl zu gehen.

(Zuruf von der CDU: Welche Partei?)

- Die Leute sollen zur Wahl gehen, lieber Kollege; das ist, glaube ich, der demokratische Aufruf. Jetzt kommt die Aufgabe für uns alle: Um die Wahlbeteiligung auch nur einigermaßen erträglich zu gestalten, haben wir alle noch sehr viel Überzeugungsarbeit zu leisten. Das müssen wir gemeinsam anpacken.

(Beifall bei SSW, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe daher die Beratung. Der Berichts Antrag ist durch die Berichterstattung erledigt. Ein Antrag ist nicht gestellt. Dieser Tagesordnungspunkt ist damit erledigt. Wir kommen jetzt zu den Tagesordnungspunkten ohne Aussprache.

Ich rufe auf Tagesordnungspunkt 2:

(Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau)

**Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Landesverwaltungsgesetzes**

Gesetzentwurf der Fraktion der CDU

Drucksache 15/2730

Bericht und Beschlussempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses  
Drucksache 15/3440

Ich erteile der Berichterstatterin des Innen- und Rechtsausschusses, der Frau Abgeordneten Schwalm, das Wort.

**Monika Schwalm [CDU]:**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Innen- und Rechtsausschuss hat den Gesetzentwurf in mehreren Sitzungen, zuletzt in seiner Sitzung am 19. Mai 2004, beraten und er hat auch eine schriftliche Anhörung durchgeführt. Er empfiehlt dem Landtag mit den Stimmen von SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der CDU, den Gesetzentwurf so zu ändern, wie es in der Drucksache 15/3440 dargestellt ist.

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Ich danke der Frau Berichterstatterin. - Wortmeldungen zum Bericht sehe ich nicht. Eine Aussprache ist nicht vorgesehen.

Es wird die Annahme des Gesetzentwurfs in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung beantragt. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 5 auf:

**Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Landesbeamtengesetzes und anderer Gesetze**

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 15/3122

Bericht und Beschlussempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses  
Drucksache 15/3443

Ich erteile wiederum der Berichterstatterin des Innen- und Rechtsausschusses, der Frau Abgeordneten Schwalm, das Wort.

**Monika Schwalm [CDU]:**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Ausschuss hat sich auch mit diesem Gesetzentwurf in mehreren Sitzungen, zuletzt in seiner Sitzung am 19. Mai 2004, befasst und eine schriftliche Anhörung zum Gesetzentwurf sowie zu einem Änderungs-

vorschlag der Landesregierung zu § 95 Abs. 2 des Landesbeamtengesetzes und anderer Gesetze im Hinblick auf die Beihilferegelung für Beamtinnen und Beamte durchgeführt. Der Innen- und Rechtsausschuss empfiehlt dem Landtag einstimmig, den Gesetzentwurf so anzunehmen, wie er in der Anlage zur Drucksache 15/3443 formuliert ist.

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Ich danke der Frau Berichterstatterin. Auch hier sehe ich keine Wortmeldung zum Bericht. Dann lasse ich über den Gesetzentwurf in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Das ist einstimmig so angenommen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 7 auf:

**Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Förderung der rechtsverbindlichen elektronischen Kommunikation in der Verwaltung**

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 15/2938

Bericht und Beschlussempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses  
Drucksache 15/3445

Ich erteile wiederum der Berichterstatterin des Innen- und Rechtsausschusses, Frau Abgeordneter Schwalm, das Wort.

**Monika Schwalm [CDU]:**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Ausschuss hat zu dem Gesetzentwurf eine schriftliche Anhörung durchgeführt und sich mit der Vorlage in mehreren Sitzungen, zuletzt in seiner Sitzung am 19. Mai 2004, befasst. Er empfiehlt dem Landtag einstimmig, den Gesetzentwurf der Landesregierung in einer etwas geänderten Fassung anzunehmen. Den Text finden Sie in der Drucksache 15/3445.

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Ich danke der Frau Berichterstatterin. Auch hier gibt es keine Wortmeldungen zum Bericht.

Dann lasse ich über den Gesetzentwurf in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung abstimmen. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Auch das ist einstimmig so angenommen.

(Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau)

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 11 auf:

**Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Verbesserung der Sicherheit in den schleswig-holsteinischen Hafenanlagen (Hafenanlagensicherheitsgesetz - HaSiG)**

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 15/3452

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Eine Aussprache ist nicht vorgesehen. Ich schlage vor, dass wir den Gesetzentwurf federführend dem Innen- und Rechtsausschuss

(Heinz Maurus [CDU]: Mitberatend Wirtschaft!)

- und mitberatend dem Wirtschaftsausschuss überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Dies ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 13 auf:

**Nachwahl eines Mitglieds für den Richterwahlausschuss**

Wahlvorschlag der Fraktion der CDU  
Drucksache 15/3423

Es ist keine Aussprache vorgesehen. Ich lasse über den Wahlvorschlag abstimmen und schlage Ihnen hierfür offene Abstimmung vor. Gibt es Widerspruch? - Das ist nicht der Fall.

Ich weise noch einmal darauf hin, dass für die Wahl die Mehrheit von zwei Dritteln der abgegebenen Stimmen erforderlich ist. Wer diesem Wahlvorschlag, Drucksache 15/3423, seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Dies ist einstimmig - -

(Zuruf: Nein! - Silke Hinrichsen [SSW]: Enthaltung!)

- Das ist bei Enthaltung der Abgeordneten Hinrichsen im Übrigen einstimmig so beschlossen. Ich stelle fest, dass die erforderliche Zweidrittelmehrheit für die Annahme erreicht ist. Damit ist der Herr Abgeordnete Wolfgang Kubicki als Mitglied des Richterwahlausschusses gewählt.

(Beifall bei CDU und FDP - Zurufe)

- Darf ich um etwas mehr Ruhe bitten, wir sind gleich fertig.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 29 auf:

**Ausbau der Verkehrsinfrastruktur in Schleswig-Holstein**

Antrag der Fraktion der CDU  
Drucksache 15/3454

Das Wort zur Begründung wird nicht gewünscht, wie ich sehe. Die Fraktionen haben sich darauf verständigt, über den Antrag Drucksache 15/3454 mit der Maßgabe abzustimmen, dass die Landesregierung den beantragten Bericht in der 44. Tagung des Landtages abzugeben hat.

(Holger Astrup [SPD]: In der 45. Tagung!)

Ich schlage deshalb vor, über den Antrag mit dieser Maßgabe in der Sache abzustimmen. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen.

(Zurufe)

- Herr Abgeordneter Maurus zur Geschäftsordnung!

**Heinz Maurus [CDU]:**

Ich bitte zu berichtigen: in der 45. Tagung!

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Wer mit dieser Maßgabe, 55. Tagung des Landtages - -

(Heiterkeit und Zurufe: 45. Tagung!)

- Wer mit der Maßgabe, dass der Bericht in der 45. Tagung abgegeben werden soll, dem Antrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Das ist einstimmig so angenommen.

So haben Sie mich verwirrt, Herr Abgeordneter Maurus.

(Zurufe: Oh, oh!)

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 32 auf:

**Gemeinsame Beratung**

**a) Entkoppelung von Prämien in der Landwirtschaft**

Antrag der Abgeordneten des SSW  
Drucksache 15/3001

Änderungsantrag der Fraktion der CDU  
Drucksache 15/3417

**(Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau)**

**b) Entkoppelung von Prämien in der Landwirtschaft**

Bericht der Landesregierung  
Drucksache 15/3209

Bericht und Beschlussempfehlung des Agrarausschusses  
Drucksache 15/3287 (neu)

Ich erteile zunächst der Berichterstatterin des Agrarausschusses, der Frau Abgeordneten Kruse, das Wort.

**Maren Kruse [SPD]:**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Den Bericht der Landesregierung hat der Ausschuss in zwei Sitzungen, den Antrag der Abgeordneten des SSW in drei Sitzungen beraten. Den Änderungsantrag der Fraktion der CDU hat der Ausschuss im Rahmen seines Selbstbefassungsrechtes in seiner Sitzung am 13. Mai 2004 in seine Beratungen mit einbezogen. Er empfiehlt dem Landtag, den Antrag in der nachstehenden Fassung anzunehmen.

Die Beschlussempfehlung erfolgt für die Absätze 1, 2 und 4 einstimmig, für den Absatz 3 mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU und bei Enthaltung der FDP. Einstimmig empfiehlt der Ausschuss, den Punkt 4 des Antrages der Abgeordneten des SSW, Drucksache 15/3001, mit der Vorlage des Berichtes der Landesregierung, Drucksache 15/3209, als erledigt zu betrachten und den Bericht der Landesregierung zur Kenntnis zu nehmen.

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Ich danke der Frau Berichterstatterin. Auch hier ist eine Aussprache nicht vorgesehen. Ich lasse über die Beschlussempfehlung des Agrarausschusses, Drucksache 15/3287 (neu), abstimmen. Wer dieser Beschlussempfehlung zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Diese Drucksache ist mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen der Fraktion der CDU bei Enthaltung der Fraktion der FDP angenommen.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 36 auf:

**Ablehnung einer Ausbildungsplatzabgabe**

Antrag der Fraktion der FDP  
Drucksache 15/3329

Änderungsantrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 15/3365

Änderungsantrag der Abgeordneten des SSW  
Drucksache 15/3403

Bericht und Beschlussempfehlung des Wirtschaftsausschusses  
Drucksache 15/3449

Ich erteile der Berichterstatterin des Wirtschaftsausschusses, der Frau Abgeordneten Schmitz-Hübsch, das Wort.

**Brita Schmitz-Hübsch [CDU]:**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich verweise auf die Vorlage.

(Beifall)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Ich danke der Frau Berichterstatterin und sehe auch hier keine Wortmeldung zum Bericht. Dann lasse ich über den Bericht und die Beschlussempfehlung des Wirtschaftsausschusses, Drucksache 15/3449, abstimmen. Wer dem so zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Das ist mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP sowie der Abgeordneten des SSW angenommen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 37 auf:

**Verdeckte Feldbeobachtung in der Landwirtschaft**

Antrag der Fraktion der FDP  
Drucksache 15/3366

Bericht und Beschlussempfehlung des Agrarausschusses  
Drucksache 15/3450

Ich erteile der Berichterstatterin des Agrarausschusses, der Frau Abgeordneten Kruse, das Wort.

**Maren Kruse [SPD]:**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich verweise auf die Vorlage.

(Beifall)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Ich danke der Frau Berichterstatterin. Der Ausschuss empfiehlt die Ablehnung des Antrages Drucksache 15/3366. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Der Beschlussempfehlung ist mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW gegen die

**(Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau)**

Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP zugestimmt worden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich habe jetzt noch anzukündigen, dass sich im Anschluss an diese Plenarsitzung die SPD-Fraktion zu einer Fraktionssitzung treffen wird.

(Zurufe - Minister Klaus Buß tritt ans Rednerpult)

- Haben wir alles schon beschlossen, Herr Minister!  
Es ist bereits alles erledigt.

(Heiterkeit und Beifall)

Ich wünsche Ihnen allen ein paar frohe und sonnige Pfingsttage. Der Beginn der nächsten Tagung des Landtages, der 44. Tagung, ist am 16. Juni 2004.

Ich wünsche Ihnen noch einen schönen Tag und frohe Pfingsten!

Die Sitzung ist geschlossen.

**Schluss: 14:30 Uhr**